

Basler Stadtbuch
Dossier 2020

Die Wirtschaft besser ausbalancieren
Felix Erbacher

Die Wirtschaft besser ausbalancieren

Felix Erbacher

Die Volkswirtschaften wandeln sich permanent. Die regionale Wirtschaft erlebt das seit Jahrhunderten eindrücklich, meist zu ihren Gunsten. Nach der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre, im Verlauf der 1930er-Jahre oder nach der Weltwirtschaftskrise ab 2007 hat sie sich gut erholt. Auch schwere Rezessionen hat sie gemeistert. Die Basler Chemie ist durch das Giftunglück von Seveso 1976 und die Brandkatastrophe von Schweizerhalle 1986 schwer getroffen worden; sie musste ihre Unternehmenspolitik infrage stellen und bezüglich Sicherheit und Umwelt überprüfen und anpassen.

Die Wirtschaftsstrukturen der Region Nordwestschweiz haben sich gewandelt, aber im Mittelpunkt stand stets die Chemie. Deren ältere Ausprägung – Farben, Kunststoffe, Pestizide oder Feinchemie – befindet sich nicht mehr im Sortiment, sie wurde in den letzten dreissig Jahren sukzessive ausgelagert oder verkauft. Die Textilindustrie spielte phasenweise eine respektable Rolle. Wie die Basischemie ist sie schon vorher ausgezogen, vornehmlich nach Asien. Uhren- und Décollagebetriebe im oberen Baselbiet haben aufgegeben oder sich neuen Geschäftsfeldern zugewandt. Der einst stolze Bankenplatz befindet sich schon seit Jahrzehnten in einem kontinuierlichen Schrumpfungsprozess. Vor zwölf Jahren gehörten 35 Institute der Basler Bankenvereinigung (BBVg) an, momentan sind es noch 26. Die Zahl der Mitarbeitenden ist in dieser Zeit um über fünf Prozent auf 6'300 (Vollzeit) zurückgegangen.

Das Coronavirus stellt aktuell eine besondere Herausforderung dar. Ein Ende dieser Pandemie ist schlecht absehbar, deshalb besteht anhaltende Planungsunsicherheit. Strukturen und Strategien der Unternehmen und die Wirtschaftspolitik werden sich verändern. Der Cluster Basel könnte auch diesmal besser davonkommen als andere Ballungen von Betrieben mit ähnlichen Ausrichtungen – dank der Pharmaindustrie.

Differenzierter Ist-Zustand ...

Bei Roche und Novartis gingen während des Lockdowns wegen geschlossener Praxen und Apotheken die Verkaufszahlen zurück. Die Konzernverkäufe haben sich bei beiden Firmen bis ins dritte Quartal in lokalen Währungen gegenüber dem Vorjahr dennoch nicht gross verändert, die Gewinnaussichten fallen bei beiden für das Gesamtjahr 2020 günstig aus. Ausgezeichnet geht es den Wirkstoffherstellern Lonza und Bachem. Die Börse zeigt es an: Die Lonza-Aktie ist bis Mitte Oktober um 70 Prozent teurer geworden, der Bachem-Kurs ist um 160 Prozent in die Höhe geschossen. Erneut zeigt sich, dass die Life-Sciences für die Region enorm wichtig sind. Sie erwirtschaften gemäss BAK Economics eindrucksvolle 44 Prozent der Wertschöpfung (2018). Roche beschäftigte Anfang 2020 rund 11'000 Mitarbeitende in Basel und Kaiseraugst, Novartis rund 9'500 in Basel und Schweizerhalle.

... mit Licht

Zahlreiche Klein- und Mittelunternehmen (KMU) präsentieren sich ebenfalls ordentlich und sehen vorläufig nicht schwarz. Drei Beispiele: ein Hersteller von Spannzangen, ein Lamellenproduzent im Oberbaselbiet und ein Verpackungsbetrieb im Birstal. Alle drei leben von Kunden, die verschieden stark von der Pandemie betroffen wurden. Dank geschicktem Risikomanagement halten sich die Rückschläge der drei erwähnten Firmen jedoch im Rahmen. Einer anderen, in den Bereichen Spenglerei, Flachdacharbeiten und Inneneinrichtungen tätigen Firma in Allschwil geht es sogar ausserordentlich gut – keine Kurzarbeit, volle Auftragsbücher. Ebenso hat die gesamte Baubranche derzeit viel zu tun.

Die Immobilienwirtschaft, das Baugewerbe, die Finanz- und Versicherungsdienstleister, der IT- und Telekommunikationssektor konnten den Corona-Schaden in Grenzen halten oder sogar von der Krise profitieren. Dazu gehören auch Bildung und Wissenschaft sowie das Ge-

sundheits- und Sozialwesen. Die Kantonsverwaltungen der beiden Basel mit ihren über 20'000 Angestellten stützen die Wirtschaft. Eine vom Arbeitgeberverband Basel, dem Gewerbeverband Basel-Stadt, der Handelskammer beider Basel und der Standortförderung Baselland durchgeführte Umfrage bei 635 Entscheidungsträgern hat mit Stand Mitte Jahr ergeben, dass es eine stark betroffene Gruppe mit guten Perspektiven auf eine Erholung gibt, zu der die Bereiche Detailhandel, Grosshandel, Dienstleister im Allgemeinen sowie Logistik, Transport und Verkehr gehören.

... und Schatten

Nicht so rosig sieht es für andere Sektoren aus. Industriell tätige KMU mit Risiko- und Schwerpunktkunden zum Beispiel in der Auto- und Luftfahrtindustrie leiden besonders. Im Gewerbe sind das Gastgewerbe, die Hotellerie, die Kultur- und Event-Veranstalter sowie die Reisebranche stark betroffen. Zwei Beispiele: Ein Hotelier klagt über ein praktisch leerstehendes Haus. Der Niedergang der Messe Schweiz hat zu seiner Misere beigetragen. Die Grossmessen Baselworld und Art Basel sind 2020 ausgefallen. Der Inhaber eines Reisebüros mit drei Angestellten steht für viele seiner Branche. Er sagt, dass seit Beginn des Lockdowns am 13. März Funkstille herrsche. Zudem musste er viele Reisen mehrmals umbuchen oder absagen, ohne dafür entschädigt zu werden. Der Hotelier und der Reisespezialist leben von der Substanz. Und diese ist ohne namhafte Bundeshilfe absehbar aufgebraucht. Das weltweit tätige Reise-Detailunternehmen Dufry kommt nach massiven Umsatzeinbrüchen nur langsam wieder in Fahrt und musste sich zum Überleben frisches Kapital beschaffen. Auch die Kulturbetriebe wissen nicht, wann sie ihre Säle wieder voll besetzen dürfen. Und die Krise des FC Basel wurde durch Corona vertieft. Das Gastgewerbe kann immerhin wieder Gäste bedienen.

Langsam aus der Krise

Insgesamt hat die regionale Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte den Weg aus der Krise angetreten. Gut ein Drittel der befragten Firmen ist gut unterwegs; 17 Prozent rechnen gemäss Umfrage mit einer Erholung bis Ende 2020 und weitere 30 Prozent erwarten eine Erholung bis Ende 2021 – immer abhängig vom weiteren Verlauf der Covid-19-Pandemie. Mit Blick auf 2021 sagen 69 Prozent der Unternehmen eine gleichbleibende oder gar bessere Geschäftslage voraus.

Von grosser Bedeutung sind die Perspektiven von Roche und Novartis. Sie geben Anlass zu Optimismus. Roche dürfte das Jahr 2020 mit einem Umsatzwachstum und einem höheren Konzerngewinn abschliessen. Das Unternehmen hebt sich etwas von Novartis ab und zeigt Engagement im Kampf gegen das Coronavirus. Novartis hat bisher bezüglich Tests, Impfungen und Medikamenten gegen die Pandemie nichts ins helle Licht stellen können. Beide Konzerne dürfen sich für die nächsten Jahre Hoffnungen auf schöne Gewinne mit neuen Präparaten machen. Vom guten Geschäftsgang beider Firmen profitieren nicht zuletzt die lokalen Zuliefer- und Servicefirmen. Gemäss BAK Economics entstehen mit jedem Arbeitsplatz in der Pharmaindustrie zusätzliche 3,2 Vollzeitstellen in Unternehmen anderer Branchen, die von der Produktions- und Forschungstätigkeit der Pharmaindustrie indirekt profitieren.

Lonza liefert weltweit Pharma-Wirkstoffe und hat besonders gute Aussichten. Die Firma hat Verträge mit potenziellen Produzenten von Impfstoffen gegen das Coronavirus abgeschlossen. Auch Bachem beliefert die Pharma- und Biotechnologiebranche mit Peptid-basierten Wirkstoffen. Beide Unternehmen rechnen mit starken Umsatz- und Gewinnzuwächsen für das Jahr 2020. Sie sind unbestritten die regionalen Profiteure der Pandemie.

Die Corona-Krise hat das Gewerbe hart getroffen. Natürlich waren die Auswirkungen von Sparte zu Sparte unterschiedlich. «Während sich einige Bereiche relativ gut durch die Krise gekämpft haben, sind andere überwiegend oder total zum Erliegen gekommen», sagt der Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt, Gabriel Barell. Trotzdem hätten viele KMU-Betriebe mit Innovation, Anpassungen des Geschäftsmodells und einem Digitalisierungsschub die Umsätze

wieder steigern können. Eindrücklich ist, dass in Basel-Stadt die Anzahl der Lehrverträge konstant geblieben ist. Allerdings dürfte die Krise im nächsten Jahr auf dem Lehrstellenmarkt deutlicher zu spüren sein, meint der Basler Gewerbedirektor. Corona zeige aber auch die Notwendigkeit KMU-freundlicher Rahmenbedingungen, die es den Unternehmen ermöglichen, Reserven zu bilden, um Krisen besser zu überstehen. Das sei eine Daueraufgabe der Politik und er hoffe, dass pragmatische Lösungen über den Tag hinaus Bestand hätten. Dennoch warnt Barell: «So eindrücklich viele Betriebe die Krise durchgestanden haben – allen wird das nicht gelingen. So ehrlich müssen wir sein.»

Die Gefahr des Klumpenrisikos

Das Selbstvertrauen unserer Pharmariesen manifestiert sich an den beiden Roche-Türmen und am Novartis Campus. Sie veranschaulichen deutlich, auf welch starken Füßen die regionale Wirtschaft steht. Aber auch, dass Big Pharma ein Klumpenrisiko für die Region darstellt. Zwar haben wir dank «der Chemischen» während der letzten hundertfünfzig Jahre auf einem soliden Fundament leben können – das bedeutet aber keine Garantie für die Zukunft. Gefahren lauern von preissenkenden nationalen Gesundheitsbehörden, von falschen Managemententscheidungen, schwächelnden Forschungsabteilungen oder von zugelassenen Arzneien mit nicht vorhergesehenen Nebenwirkungen, was Milliarden an Schadenausgleichszahlungen und Bussen nach sich ziehen könnte.

Auch für die übrige Schweiz ist Pharma als Arbeitgeber und Devisenbringer ein Klumpenrisiko. Die Branche bestreitet mehr als die Hälfte der Schweizer Ausfuhren. Ohne diese Exporte hätte die schweizerische Handelsbilanz in den letzten fünfzehn Jahren ein Defizit ausgewiesen. Der Firmennachwuchs schliesst nicht auf eine grosse Veränderung der Branchenstruktur. Von 25 Start-ups in der «Basel Area» (BL, BS, JU) sind 18 auf dem Gebiet der Gesundheitsindustrie aktiv. Nicht günstig für die Region sieht eine Liste der 100 Start-ups mit dem grössten Zukunftspotenzial aus, die in Zusammenarbeit von Credit Suisse, Swiss Prime Site, SECA, digitalswitzerland und dem Swiss Venture Club erstellt wurde. Auf ihr stammen nur gerade vier Firmen aus der Region Nordwestschweiz.

Auch eine andere Namensliste schmeichelt der Region wenig. Das Wirtschaftsmagazin «Bilanz» hat in Zusammenarbeit mit Credit Suisse und digitalswitzerland das Who's who der digitalen Schweiz zusammengestellt. Diese 100 ausgewählten Spezialisten bringen nach Ansicht der Jury die Schweiz im digitalen Zeitalter bezüglich neuer Geschäfts- und Arbeitsmodelle weiter. Sie setzen sich mit der Transformation der analogen in die digitale Welt auseinander, schaffen digitale Strukturen, kreieren Software, digitale Infrastrukturen oder treiben die Digitalisierung der Finanzindustrie voran. Von ihnen arbeiten 41 in Zürich, 20 im Kanton Waadt, je 11 in den Kantonen Bern und Genf. Aus dem Kanton Baselland werden 2, aus Basel-Stadt gar keine Person aufgeführt. Immerhin sitzt eine Frau aus Basel in der zwölfköpfigen Jury.

Die ehemals renommierten Logistikfirmen Danzas und Panalpina sind nach Deutschland und Dänemark verkauft worden. Der Messeplatz Basel befindet sich in der Krise. Ob er sich erholen wird, steht in den Sternen. Was abermals das Gewicht der Life-Sciences in der Branchenstruktur verstärkt. Im Gewerbe blüht auch in der Corona-Zeit die Baubranche. Aber was geschieht mit den Dienstleistungsbetrieben im Gewerbe?

Was zu tun ist

Es ist zu befürchten, dass sich die Branchenstruktur weiter zugunsten der Life-Sciences verschieben wird. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Dazu kann der Staat die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Er muss die vorzüglichen Standortfaktoren konsolidieren, damit die Unternehmen und Branchen dorthin gelangen können, wo sie sein wollen – was für sie nur heissen kann, in den nächsten Jahren auf einem höheren Niveau zu landen.

Mit der Verbesserung der Standortfaktoren legt der Staat die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit, das Wachstum und letztlich den Erfolg der Region. Diese verfügt über zahlreiche

Erfolgsfaktoren, die ständig weiterentwickelt werden sollten. Das Basler Amt für Wirtschaft und Arbeit hat in Zusammenarbeit mit BAK Economics besonders attraktive Standortvorteile identifiziert. Dazu zählt eine hohe Innovationskraft, die sich durch eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an Patenten pro Kopf, hervorragende Bildungseinrichtungen, die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften und ein entsprechend hohes Humankapital auszeichnet. Ein anderer Erfolgsfaktor heisst Verkehr: Die Region ist per Bahn, Auto oder Flugzeug aus Europa sowie aus anderen Regionen der Schweiz optimal erreichbar.

Die Region bietet darüber hinaus vorzügliche Standortvorteile nichtökonomischer Art: So haben wir einerseits die Kulturstadt Basel mit ihren zahlreichen Museen, dem Theater Basel, den diversen Kleintheatern, den Konzertsälen für klassische und moderne Musik und anderem mehr. Andererseits erhöht das Dreiland mit seinen unterschiedlichen Kulturen in Südbaden und im Elsass die Anziehungskraft der Region. Und auch die Natur bietet auf wenigen Quadratkilometern Abwechslung, vom Zentrum Basel aus in alle geografischen Richtungen.

Neue Wege suchen

Das weitere mittelfristige Gedeihen der regionalen Wirtschaft hängt sicher vom Verlauf der Corona-Pandemie ab, aber vor allem vom Verlauf des globalen konjunkturellen Umfeldes einerseits und der globalen und nationalen Wirtschaftspolitik andererseits. Das langfristige Gedeihen und Überleben aber bestimmt die Region selbst in der Entwicklung neuer Geschäftsfelder. Möglichkeiten liegen in der Nutzung der Künstlichen Intelligenz (KI). Vielleicht führt der Klimawandel ja zu unternehmerischen Initiativen? Die Digitalisierung bietet Chancen zur Entwicklung alter, aber auch neuer Wirtschaftszweige. Vielleicht finden sich in der Nordwestschweiz helle Köpfe, die sich in der Informationstechnologie (IT) engagieren? Vielleicht schaffen die Fachhochschulen und die Universität Basel die dafür notwendigen Voraussetzungen?

Noch geht es der Wirtschaft der Region Nordwestschweiz gut. Noch übertrifft sie das Wachstum der anderen Schweizer Regionen. Aber allzu passiv im gemachten Bett zu verweilen, kann zum Verhängnis werden. Das Jahr 2020 wird in jedem Fall für viele Wirtschaftszweige als eine Zäsur mit positiven und negativen Folgen in Erinnerung bleiben. Letztlich wird es aber erst aus einer grösseren zeitlichen Distanz differenziert beurteilt werden können. Wo wir Ende 2020 auch immer stehen: Die Denkprozesse für eine Neugestaltung der regionalen Wirtschaft drängen sich heute auf. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

Über den Autor

Felix Erbacher hat an der Universität Basel Nationalökonomie studiert und leitete von 1986 bis 2008 die Wirtschaftsredaktion der «Basler Zeitung». Heute ist er als freier Autor tätig.

Beiträge zum Thema im Basler Stadtbuch

«Seidenband, Schappe und Farbstoffe im Basler Wirtschaftsleben der letzten fünfzig Jahre» (Arthur Wilhelm, Basler Jahrbuch 1940, S. 142–167)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1940/1940_0746.html

«Hauptziele eines Stadtkantons. «Basel 75» und die Basler Wirtschaft» (Gaudenz Staehelin, Basler Stadtbuch 1975, S. 57–60)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1975/1975_1409.html

«Phantasie, Tatkraft und Zuversicht müssen Basels Zukunft sichern» (Peter Schai, Basler Stadtbuch 1976, S. 111–114)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1976/1976_1452.html

«Arbeitgeber rücken näher zusammen» (Peter Facklam, Basler Stadtbuch 1977, S. 103–106)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1977/1977_1482.html

«Wo steht Basels Wirtschaft?» (Géza Teleki, Basler Stadtbuch 1978, S. 185–189)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1978/1978_1521.html

«Die Regio-Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz» (Alfred Bürgin, Tobias Studer, Basler Stadtbuch 1979, S. 51–64)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1979/1979_1530.html

«Regio Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz II. Von der Momentaufnahme zur institutionalisierten Beobachtung» (Tobias Studer, Basler Stadtbuch 1981, S. 109–114)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1981/1981_1618.html

«Basler Chemie, Umbruch oder Entwicklung?» (Dieter B. Füglistaller, Basler Stadtbuch 1981, S. 115–122)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1981/1981_1619.html

«Eine gehaltvolle Basler Wirtschaftsgeschichte» (Urs Häusel, Basler Stadtbuch 1981, S. 183–184)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1981/1981_1634.html

«Eine Ära im Zeichen der Chemie» (Christiane Muschter, Basler Stadtbuch 1982, S. 115–119)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1982/1982_1668.html

«Basel und die Chemie – Basel braucht die Chemie» (Christoph Eymann, Basler Stadtbuch 1989, S. 15–18)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1989/1989_2010.html

«Basel und die Grenzgänger – die Grenzgänger und Basel. Die wirtschaftliche Bedeutung der Grenzgänger» (Stefan Abrecht, Basler Stadtbuch 1990, S. 80–81)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1990/1990_2114.html

«Wirtschaftsförderung – Das Basler Modell» (Richard Peter, Basler Stadtbuch 1990, S. 84–87)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1990/1990_2117.html

«Nur die Romandie und die beiden Basel sagten JA. Die Abstimmung über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)» (Basler Stadtbuch 1992, S. 69–70)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1992/1992_2225.html

«Gentechnologie in Basel. Die Suche nach einem Dialog» (Arthur Einsele, Basler Stadtbuch 1994, S. 42–44)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1994/1994_2328.html

«Wirtschaftsstandort Basel. Debatten über eine ungewisse Zukunft» (Edwin Meyer, Basler Stadtbuch 1995, S. 56–59)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2388.html

«Wirtschaftsstandort Basel. Plädoyer für eine gesunde Basler Wirtschaft» (Alex Krauer, Basler Stadtbuch 1995, S. 60–62)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2389.html

«Wirtschaftsstandort Basel. Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Basel» (Hans Schächli, Basler Stadtbuch 1995, S. 63–66)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2390.html

«Wirtschaftsstandort Basel. Chemiestandort Basel – Behauptung in der globalen Strukturkrise» (Daniel M. Hofmann, Basler Stadtbuch 1995, S. 67–70)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2391.html

«Wirtschaftsstandort Basel. Basler Wirtschaftsförderung mit neuen Impulsen» (Markus Kobler, Basler Stadtbuch 1995, S. 71–74)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2392.html

«Wirtschaftsstandort Basel. Das Basler Gewerbe zwischen Preisdruck und Innovationschancen» (Marc Keller, Basler Stadtbuch 1995, S. 75–78)

http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2393.html

«Im Alleingang. Die Folgen des EWR-Neins von 1992» (Rainer Füeg, Basler Stadtbuch 1995, S. 112–115)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1995/1995_2410.html

«Neue Firmen, neue Impulse. Schafft die regionale Wirtschaft den Aufschwung?» (Matthias Geering, Basler Stadtbuch 1997, S. 66–69)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/1997/1997_2514.html

«Die neue Landschaft der Basler Chemie. Spin-offs, neue Firmen, neue Beteiligungen» (Sergio Aiolfi, Basler Stadtbuch 2001, S. 118–120)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2001/2001_2735.html

«Überdurchschnittlich produktiv und dynamisch. Die Wirtschaftsregion Basel im Spiegel der Fakten des Benchmarking» (Christoph Koellreuter, Basler Stadtbuch 2002, S. 47–49)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2002/2002_2786.html

«Mehr denn je im selben Boot. Basel – Zürich: Ein Standortwettbewerb?» (Stefan Hotz, Basler Stadtbuch 2002, S. 50–53)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2002/2002_2787.html

«In der Provinz lebt, arbeitet und verdient es sich vorzüglich» (Rainer Borer, Basler Stadtbuch 2004, S. 20–23)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2004/2004_2866.html

«Fans, Mäzene und Sponsoren. Wie Basels Wirtschaft den lokalen Spitzensport neu entdeckt» (Thomas Bürgi, Basler Stadtbuch 2004, S. 174–177)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2004/2004_2905.html

«Im Spannungsfeld zwischen Akzeptanz und Skepsis. Um erfolgreich zu bleiben, braucht die Basler Industrie eine breite öffentliche Zustimmung» (Ulrike Hool, Basler Stadtbuch 2007, S. 65–67)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2007/2007_2992.html

«Arbeitslosigkeit in Basel. Auswirkungen der Wirtschaftskrise» (Hansjürg Dolder, Basler Stadtbuch 2009, S. 19–21)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2009/2009_3059.html

«Die chemisch-pharmazeutische Industrie als Stabilitätsanker» (Thomas Schoder, Basler Stadtbuch 2009, S. 25–28)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2009/2009_3061.html

«Kreativ wirtschaften in Basel. Aus dem Brachfeld der Ideen und Innovationen» (Thomas Bürgi, Basler Stadtbuch 2010, S. 58–61)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2010/2010_3102.html

«Die Basler Politlandschaft im Kraftfeld der übermächtigen Wirtschaft» (Jürg Stöckli, Basler Stadtbuch 2011, S. 57–61)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2011/2011_3156.html

«Basel und seine Wirtschaft» (Felix Erbacher, Basler Stadtbuch 2012, S. 94–97)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2012/2012_3223.html

«Gewerbe und Logistik bangen um ihre Flächen» (Christof Wamister, Basler Stadtbuch 2012, S. 82–84)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2013/2013_3273.html

«Basel-Stadt steht finanziell auf sehr gesunden Beinen» (Kaspar Sutter, Basler Stadtbuch 2015, S. 12–17)
http://www.baslerstadtbuch.ch/stadtbuch/2015/2015_3354.html

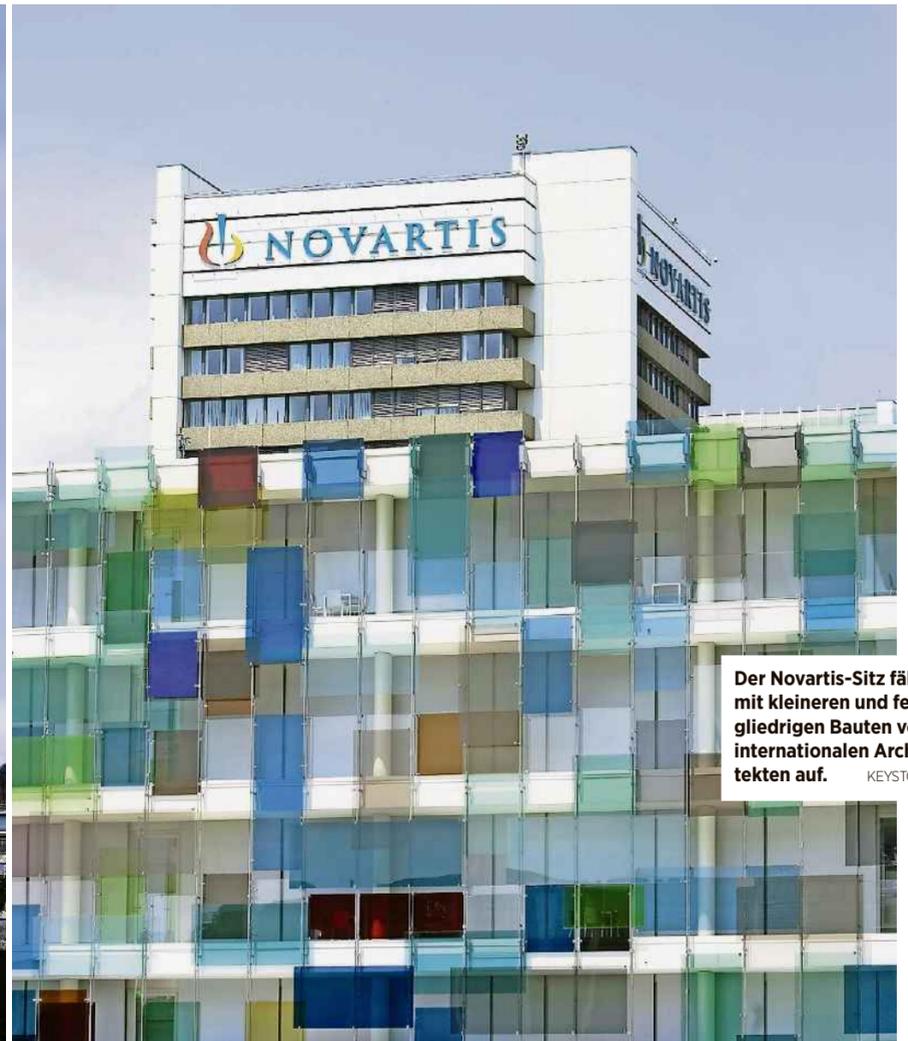
ERMOTTI UND THIAM

Die Aktienkurse von UBS und CS sinken – dennoch steigen die Boni der Chefs. **Seite 14**

Der Roche-Turm am Basler Hauptsitz überstrahlt zumindest höhenmässig alles am Rheinknie. REUTERS



Der Novartis-Sitz fällt mit kleineren und feingliedrigeren Bauten von internationalen Architekten auf. KEYSTONE



Kampf der Titanen

Roche und Novartis duellieren sich direkt bei Therapien von verschiedenen Krankheiten, darunter multiple Sklerose

VON ANDREAS MÖCKLI

Wenige Kilometer voneinander entfernt befinden sich in Basel zwei der weltgrössten Pharmakonzerne. Und dennoch haben die beiden Giganten bislang nur sehr punktuell die Klänge gekreuzt. Beide sind zwar wichtige Spieler im Bereich der Krebsbekämpfung, doch nur selten kam es bei den Anwendungsgebieten zu Überschneidungen. Auch sonst gab es kaum direkte Duelle.

Dies hat sich in den letzten Jahren zunehmend geändert und spitzt sich nun weiter zu. Inzwischen greift Novartis den Konkurrenten Roche direkt an. So stellt die Novartis-Tochter Sandoz eine Kopie des Roche-Kassenschlagers Rituxan her. Das Mittel wird gegen eine Form von Blutkrebs und rheumatoide Arthritis eingesetzt. Rituxan hat Roche seit 2010 im Schnitt jährlich rund 6,8 Milliarden Franken eingespielt. Damit ist es nun vorbei. Im vergangenen Jahr musste das Präparat in Europa eine Umsatzeinbusse von 47 Prozent hinnehmen, da der Patentschutz abgelaufen ist. Die Kopie von Novartis klingt ziemlich ähnlich wie das Original: Rixathon.

Seltene Muskelkrankheit

Doch das Geschäft mit neuartigen Generika, sie werden Biosimilars genannt, ist nicht ohne Tücken. In den USA musste Novartis jüngst einen Rückschlag hinnehmen. Die US-Gesundheitsbehörde FDA verlangte weitere Informationen, um Rixathon zuzulassen. In der Folge entschied Novartis, das Vorhaben nicht weiter zu verfolgen. Der Grund: Bis der Pharmakonzern hätte starten können, hätten andere Konkurrenten schon weite Teile des Marktes abgegraben. Für Roche gibt es daher keinen Grund, aufzuatmen.

Novartis dürfte auch andere potente Medikamente von Roche ins Visier nehmen, deren Patentschutz bald ausläuft oder schon abgelaufen ist. Aus Konkurrenzgründen lässt sich Novartis jedoch nicht in die Karten blicken, um welche Präparate es sich dabei handelt.

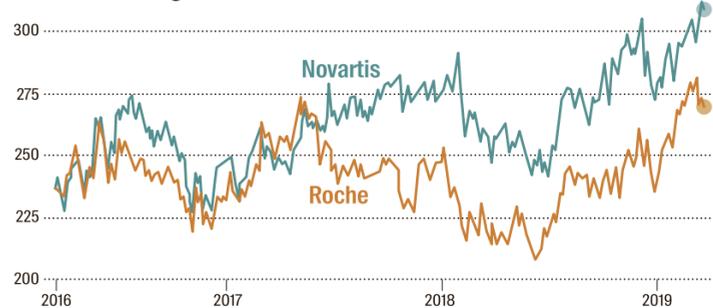


Roche-Chef Severin Schwan ist seit elf Jahren im Amt. CHRIS ISELI



Etwas mehr als ein Jahr Novartis-Chef: Vas Narasimhan. KEYSTONE

Novartis schlägt Roche Aktienkurse in Schweizer Franken



Quelle: Swissquote / Grafik: Martin Ludwig

Das Duell der beiden Basler Pharmakonzerne wird jedoch längst nicht nur auf dem Feld der Nachahmerpräparate ausgefochten. So entwickeln beide Firmen derzeit eine Therapie gegen die spinale Muskelatrophie. Dabei handelt es sich um eine seltene Krankheit, die Nervenzellen befällt, die für die willkürlichen Bewegungen der Muskulatur zuständig sind. Fast alle Kinder, die vom Typ 1 der Erkrankung betroffen sind, sterben vor ihrem zweiten Geburtstag. Die Babys können weder sitzen, noch den Kopf halten oder drehen. Atmen, Schlucken oder Husten ist kaum möglich.

Hat Roche eine Chance?

Novartis hat sich mit der 8,7 Milliarden Dollar teuren Übernahme einer US-Firma eine Gentherapie gesichert. Diese führt zur Heilung der betroffenen Babys, wie erste Studiendaten zeigen. Im besten Fall könnte Novartis in den USA die Zulassung bereits im Mai erhalten. Roche kann dagegen nicht ganz so spektakuläre Studiendaten vorweisen. Von 21 Babys mussten 20 während der ersten acht Monate nicht permanent beatmet werden, wie das sonst üblich ist. Gut 20 Prozent konnten selbstständig sitzen. Roche wird die Zulassung in der zweiten Jahreshälfte beantragen.

Die Frage ist, ob Roche überhaupt eine Chance hat, da die Novartis-Therapie Heilung verspricht. Doch im Unterschied zu Novartis beantragt Roche eine Zulassung für die Typen 2 und 3 der Krankheit. Bei diesen Formen sind die Symptome nicht ganz so schwerwiegend und werden je nach Typ zwischen 6 und 18 Monaten nach der Geburt entdeckt. Auch Novartis will für die Typen 2 und 3 eine Zulassung einreichen, dies dürfte jedoch frühestens im nächsten Jahr der Fall sein.

Roche-Chef Severin Schwan zeigt sich zuversichtlich, dass das eigene Präparat einen Platz neben der Gentherapie von Novartis haben wird. «Es könnte eine sehr wichtige Ergänzung zu anderen Therapien sein», sagte Schwan Anfang Jahr. Selbst von unabhängiger

Warte wird dem Roche-Mittel ein gewisses Potenzial eingestanden. Es gehe nicht nur um Symptomlinderung, sagt Michael Nawrath, Analyst der Zürcher Kantonalbank. Zudem könne die Novartis-Gentherapie nicht bei allen Patienten angewendet werden. Denn die Krankheit müsse spätestens in den ersten Tagen nach der Geburt diagnostiziert werden, damit die Injektion etwas nütze. Dazu bräuchte es eine praktikable wie auch zuverlässige Methode zur Diagnostik, die so noch nicht angeboten werden kann. Hinzu kommt: «Wir wissen heute nicht, wie lange die Gentherapie anhält», sagt Nawrath. Es sei nicht ausgeschlossen, dass die Behandlung nach einigen Jahren wiederholt werden müsse.

Beim Kampf in der Therapie von multipler Sklerose dürfte Roche die besseren Karten in den Händen halten. Erst vor zwei Jahren in den USA zugelassen, spielte das Präparat im vergangenen Jahr bereits 2,4 Milliarden Franken ein. Novartis hofft, mit dem gleichen Wirkmechanismus Boden gutzumachen. Das Unternehmen will in diesem Jahr die Zulassung für das entsprechende Medikament beantragen. Das Roche-Mittel weist sehr gute Daten bezüglich Wirksamkeit und Sicherheit auf, sagt Nawrath von der Zürcher Kantonalbank. «Novartis wird es sehr schwer haben, diese zu übertreffen.»

Der Analyst erinnert zudem daran, dass Novartis für die Rechte an seinem Medikament über eine Milliarde Dollar an den britischen Pharmakonzern GSK überweisen musste, damit es gegen multiple Sklerose eingesetzt werden darf. Dies geht auf einen Tausch von Firmenteilen im Jahr 2014 zurück.

Ein weiteres Duell zeichnet sich bei der Bekämpfung einer Form der Erkrankungen der Netzhaut des Auges ab. Hier haben die beiden Konzerne bisher zusammengespinnnet und das Mittel Lucentis auf den Markt gebracht. In den USA, wo Roche die Rechte hält, läuft das Patent nächstes Jahr ab. Für Spannung im Duell der beiden Titanen ist also gleich auf mehreren Feldern gesorgt.

Bei Novartis fallen weniger Jobs weg als geplant

Life Science 2150 Stellen will der Basler Pharmakonzern bis 2020 streichen – die Hälfte davon in Basel. Dank dem neuen Sozialplan wird wohl nur jedem zweiten Betroffenen gekündigt.

Kurt Tschan

Der Personalbestand des Basler Pharmakonzerns Novartis liegt aktuell in der Schweiz mit 12 300 auf dem Niveau von 2009. Der im letzten Jahr angekündigte Stellenabbau hat noch keine negativen Auswirkungen gehabt. Im vergangenen September war der Abbau von 2150 Jobs bis 2022 kommuniziert worden. Allein in der Schweiz sollten über 2000 Stellen abgebaut werden, die Hälfte davon in Basel. In der Fricktaler Gemeinde Stein waren es 700, in Schweizerhalle 350, in Locarno 30 und in Rotkreuz 10.

Vor allem das Ausarbeiten eines neuen Sozialplans soll den Abbau nun verträglicher machen. «Die interne Personalvertretung Angestellte (PV-A) und der Novartis-Angestellten-Verband (NAV) befassen sich intensiv mit dem Stellenabbau», schreibt der NAV-Vorsitzende Davide Lauditi auf Anfrage. Der Austausch mit der Firma und den Mitarbeitenden bezeichnet er als «sehr intensiv und lösungsorientiert».

Nettoabbau von 1000 Stellen

Die Firma informiere die Arbeitnehmervertretungen fortlaufend, und die PV-A würde regelmässig den Status überprüfen. Der Vorsitzende der Personalvertretung Angestellte äussert sich betont zurückhaltend. Insbesondere Mitarbeiter, die über 50 Jahre alt sind, profitieren vom neuen Sozialplan. «Ungefähr 1690 Positionen wurden bisher bewertet und sind voraussichtlich in den kommenden Jahren vom Abbau betroffen», bestätigt Novartis-Sprecher Satoshi Sugimoto. «Für fast 60 Prozent dieser betroffenen Positionen konnte bereits im Vorfeld eine Lösung gefunden werden.»

Sugimoto versteht darunter Überbrückungsrenten für Mitarbeitender über 55 Jahren, Vorruhestandslösungen ab Alter 58 sowie interne und externe Versetzungen sowie die Platzierung



Basel bleibt Hauptsitz von Novartis mit Schwerpunkten in Forschung, Entwicklung und qualifizierten Dienstleistungen. Foto: Urs Jaudas

auf offene Stellen. Unter dem Strich rechnet er noch mit einem Nettoabbau von rund 1000 Stellen in der Schweizer Produktion. Bereits durch den Aufbau einer neuen Plattform für Zell- und Gentherapien wurden bisher rund 130 neue Stellen aufgebaut. In Aussicht stehen weitere 320. Positiv für die Belegschaft wirkt sich gemäss Sugimoto aus, dass der Grossteil dieser neu geschaffenen Stellen mit internen Kandidaten besetzt werden konnte.

Novartis rechnet per Ende 2022 mit 8600 Mitarbeitenden in Basel-Stadt, 200 Mitarbeitenden in Schweizerhalle, 1400 in Stein sowie 450 in Rotkreuz. «Wir gehen davon aus, dass wir dannzumal irgendwo zwischen 10 500 und 11 000 Mitarbeitende

in der ganzen Schweiz haben werden», sagt er. Damit dürfte weiterhin jeder zehnte Mitarbeiter hierzulande beschäftigt sein.

Künstliche Intelligenz

Sugimoto gibt zu bedenken, dass Zahlenspiele dieser Art aber nur dann Sinn ergeben, wenn berücksichtigt wird, dass von 2009 bis heute aufgrund zahlreicher Zukäufe und Ausgliederungen von Geschäftsfeldern die Novartis-Organisationen nicht miteinander vergleichbar sind.

Bedenken, der Basler Campus könnte bald verwaist sein, zerstreut er. Mit ihm wollte der frühere CEO Daniel Vasella den Wandel vom Produktions- zum Wissensstandort vollziehen. Dafür investierte er über zwei Mil-

liarden Franken. Der Campus, erstell auf 20 Hektaren Land zum Preis von über zwei Milliarden Franken, wurde zum Symbol von Novartis. Der Name stammt aus dem Lateinischen (Nove artes) und steht als Begriff für neue Fähigkeiten. Erklärtes Ziel der Campus-Gründer war es, dort 10 000 Mitarbeiter arbeiten zu lassen. Ein Versprechen, das für die Zukunft nicht mehr eingehalten werden kann. «Wir sind ständig daran, unser weltweites Immobilienportfolio zu optimieren», bestätigt Sugimoto.

Eine optimale Ausnutzung des Campus in Basel bedeute «nicht automatisch eine maximale Belegung der Gebäude. Im Vordergrund steht eine positive Arbeitsplatzerfahrung für die

Mitarbeitenden», sagt er. Da die Vision für den Campus aus dem Jahr 2001 stamme, sei es «sicherlich möglich, dass diese Vision über die Zeit den Entwicklungen unseres Unternehmens und unserer Branche angepasst wird».

Klar verneint er die Frage, wonach Basel primär ein Standort für robotergesteuerte Arbeit werden soll. «Neben den Hauptsitzfunktionen werden hier qualifizierte Dienstleistungen für das ganze Unternehmen erbracht sowie Forschung und Entwicklung auf höchstem technischem Niveau betrieben.» Teile dieser Spitzenforschung basierten aber auf roboterunterstützten Arbeitsabläufen. Auch durch den Einsatz künstlicher Intelligenz

könne die Produktivität der hiesigen Arbeitsplätze weiter gesteigert werden.

Durch den Zusammenschluss dezentraler Einheiten, die im Klybeck angesiedelt sind, werde der Campus aber stärker ausgelastet. Allfällige weitere Verlagerungen in den Campus schliesst er nicht aus, kommuniziert sie aber nicht. w

Hohe Rentabilität

Ungeachtet der Transformation, ist Novartis äusserst rentabel geblieben. 2012 lag der Umsatz bei 56,7 Milliarden US-Dollar, 2018 waren er 51,9. Trotz 4,8 Milliarden weniger Umsatz wurde nicht nur die Zahl der Beschäftigten konstant gehalten, sondern auch deutlich mehr an den Fiskus abgeliefert.

Bezahlte Novartis 2013 in der Schweiz laufende Ertragssteuern im Wert von 470 Millionen Franken, so waren es fünf Jahre später bereits 700 Millionen. Der Anteil der globalen laufenden Ertragssteuern wurde dadurch von 22 auf 39 Prozent gesteigert.

Die höheren Steuererträge sind eine direkte Folge höherer Gewinne. Lag dieser 2012 noch bei 9,6 Milliarden US-Dollar, bezifferte er sich sechs Jahre später bereits auf 12,6 Milliarden. Berücksichtigt sind dabei Sondereffekte.

Wenn Novartis immer rentabler wird, dann liegt das auch an der immer besser werden Produktivität in der Schweiz. Im Jahr 2016 betrug die Arbeitsproduktivität in der Pharmaindustrie circa 669 000 Franken pro Vollzeitbeschäftigter. Damit wird pro Arbeitsplatz in der Pharmaindustrie rund viermal so viel Wertschöpfung erzielt wie in der restlichen Industrie. Im Vergleich zur Gesamtwirtschaft liegt die Wertschöpfung pro Arbeitsplatz überdurchschnittlich hoch. Allein zwischen 2014 und 2016 ist sie um 6,7 Prozent gestiegen. Der Aktienkurs stieg seit 2012 um mehr als ein Drittel.

Niedergang vor schöner Kulisse

Zukunft Basel steht vor grossen Aufgaben. Diese ähneln den Herausforderungen, die in der Vergangenheit die Handelsmetropole Venedig zu meistern hatte. Die Lagunenstadt scheiterte und verkam zur blossen Touristenattraktion. Blüht das auch Basel?

Simon Erlanger

Die eidgenössischen Wahlen vor zwei Wochen standen ganz im Zeichen grosser Themen wie Klima, Weltrettung und Gender. Auch in unserem kleinen Stadtkanton war dies der Fall. Nur sehr selten wurde hier die wesentliche Frage gestellt, wo denn Basel eigentlich steht, wie die Zukunft der stolzen alten Handels- und Industriestadt angesichts einer Welt im Umbruch aussehen wird.

Dabei wäre auch angesichts der Basler Gesamterneuerungswahlen im kommenden Jahr eine Standortbestimmung nötig. Der historische Vergleich mit einer anderen stolzen alten Handelsstadt, Venedig, drängt sich auf.

Heute Freilichtmuseum

Zunächst einmal hat auch Venedig eine weltberühmte Fasnacht. Mit seinen poetischen Masken und stilvollen Kostümen kreierte der Karneval von Venedig Jahr für Jahr Bilder von eindrucksvoller Schönheit. Dies geschieht vor einer der prächtigsten Kulissen, die unser Planet zu bieten hat. Der Canale Grande mit seinen uralten Palästen, der Markusdom, der Dogenpalast, der Markusplatz samt Campanile, die Kanäle und die Inseln in der Lagune – das alles bildet ein glanzvolles und atemberaubendes Gesamtkunstwerk, das weltweit seinesgleichen sucht.

Millionen von Touristen besuchen die Lagunenstadt jedes Jahr. Während des Karnevals wird Venedig mit täglich 130 000 Besuchern regelrecht überflutet. Der Ansturm der Touristen nahm in den letzten Jahren derart überhand, dass die Stadt nun Massnahmen gegen den Massentourismus ergreift. Ab Juli 2020 sollen Touristen Eintrittsgeld zahlen, wenn sie Venedig besuchen. Das so gewonnene Geld soll in die Instandhaltung und die Reinigung der historischen Stadt fliessen.

So wird Venedig vollends zum Freilichtmuseum mit grandioser Kulisse, zu einer Touristenattraktion, mehr nicht. Und dabei war Venedig über Jahrhunderte



Von der blühenden venezianischen Handels- und Seemacht, die Giovanni Antonio Canal 1730 festhielt, blieb nichts als die schöne Kulisse.

eine blühende Handelsstadt, das New York des Mittelalters und der frühen Neuzeit.

Einst Handelsimperium

Über tausend Jahre lang war Venedig eine unabhängige Republik, die nicht nur das Hinterland des Veneto beherrschte, sondern auch fast die gesamte Adriaküste und grosse Teile der Ägäis. Darüber hinaus unterhielt die Stadt Handelsnetze, Stützpunkte und Handelskontore bis ins Schwarze Meer hinein. In der Schiffsreederei, dem «Arsenale Grande», wurden ganze Flotten von Galeeren gebaut.

Das heute weitgehend verwaiste Areal beherbergte einen der ersten modern organisierten Industriebetriebe überhaupt. Venedigs Handelsbeziehungen reichten schon im Mittelalter bis

China, wie die Reisen des Marco Polo zeigen.

Eine führende Schicht aus politisch versierten Stadtherren, den Ratsherren und Dogen, sowie aus geschäftstüchtigen Handelsherren und ehrgeizigen Seeleuten und Soldaten setzte über Jahrhunderte mit Nachdruck und skrupellos die Interessen des dynamischen Stadtstaates durch.

So entwendete man etwa die Knochen des Stadtheiligen und Schutzpatrons, des Evangelisten Markus, im Jahr 828 aus Alexandria. Den Konkurrenten Konstantinopel schaltete man 1204 brutal aus, als der Doge Enrico Dandolo den vierten Kreuzzug nach Konstantinopel umleitete und die Stadt erobern liess. Noch heute zieren zur Freude der Touristen die damals am Bosphorus

geraubten Kunstwerke den Markusplatz. 1572 war bei der Seeschlacht von Lepanto der Einsatz Venedigs entscheidend, um den osmanischen Vormarsch im Mittelmeer zu stoppen.

Verwaltung des Niedergangs

Doch dann war Schluss mit der Glorie Venedigs. Das Zentrum des Seehandels verlagerte sich in den Atlantik. London und Amsterdam blühten auf, Venedig wurde zur Provinz. Die Angehörigen der über Jahrhunderte in Handel und Seefahrt tätigen patrizischen Familien zogen sich auf ihre Güter im Hinterland des Veneto zurück. Man zehrte vom Erwirtschafteten und von den Erträgen des Vermögens. Statt der Wirtschaft pflegte man nun die Kultur. Der Karneval wurde immer aufwendiger. Schönheit

und Verfeinerung trösteten über den Niedergang hinweg.

1797 schliesslich machten die Truppen Napoleons dem Spuk ein Ende und schafften die Markusrepublik ab. Seither ist Venedig nur noch ein Schatten seiner selbst. Im Italien von heute konzentriert sich die Politik in Rom, die Wirtschaft und die Industrie in Turin und Mailand. Venedig bleibt die Zelebrierung des vergangenen Ruhms. Davon lebt die Stadt allerdings nicht schlecht.

Auch Basel im Niedergang?

Nun ist auch Basel eine uralte Handelsstadt, die schon im 15. und 16. Jahrhundert eine internationale Ausstrahlung besass. Wie Venedig wurde auch Basel jahrhundertlang von einer wirtschaftlich aktiven Oberschicht beherrscht, die beträchtliche Ri-

siken einging und einerseits die Vorläufer der bis heute zentralen Pharmaindustrie begründete und andererseits mit der Gründung der Universität, der Messen und der Kunstsammlungen dafür sorgte, dass die Stadt bis heute kulturell und wissenschaftlich weltweit in einer Liga spielt, die ihre Grösse übersteigt.

Rückzug der alten Eliten

Wie im Falle Venedigs ändern sich aber die Umstände. Die Handelsströme fliessen anders, in einer globalisierten Welt wird der Standort weniger wichtig oder kann rascher verschoben werden. Wie im Falle Venedigs zieht sich in Basel gerade die führende Schicht aus der aktiven wirtschaftlichen und politischen Tätigkeit zurück. Sie überlässt das Feld weitgehend einer neuen Elite internationaler Manager, die lokal wenig verwurzelt sind und denen das Geschick der alten Stadtrepublik oft weniger am Herzen liegt.

Alles bestimmend ist – je nach wirtschaftlicher und politischer Grosswetterlage – die ewige Angst vor einem möglichen Wegzug der Pharmariesen und damit einhergehenden Steuereinbussen. Wie in Venedig lebt unterdessen auch in Basel die ehemalige Wirtschaftselite vom früher erwirtschafteten und wendet sich der Kultur zu. Statt Landgütern sind in Basel aber Anteile an den grossen Pharmaunternehmen bestimmend, ohne dass man dort selbst operativ aktiv wäre. Dazu kommen die exakt 882 üppig dotierten gemeinnützigen Stiftungen. So ist Basel heute die Stiftungshauptstadt Europas.

Wie Venedig lebt Basel von vergangener Grösse (und der Zelebrierung der Fasnacht). Der Niedergang scheint zwar aufgeschoben. Dank der Steuererträge der Pharma und dank der Stiftungen geht es der Stadt immer noch gut. Die Frage ist nur, wie lange noch. Es gilt, sich Gedanken darüber zu machen, was zu tun wäre, damit Basel ein blühendes Wirtschaftszentrum bleibt und nicht bloss zur schönen Kulisse für Touristen wird.

Basel Stadt Land Region

Dank tieferer Steuern könnten wieder mehr Firmen in die Stadt ziehen

Standortförderung Gute Rahmenbedingungen machen Basel-Stadt wieder attraktiver. Von dem Trend ausgenommen sind Handwerker.

Der Kanton Basel-Stadt hat die Gewinnsteuern für Firmen per Januar 2019 von 22,2 auf 13,04 Prozent gesenkt. Dies könnte gemäss dem Immobilien-Dienstleistungsunternehmen CBRE dazu führen, dass sich im Stadtkanton wieder mehr Unternehmen ansiedeln. CBRE stellte im Jahr 2018 noch fest, dass urbane Zentren wie Basel, Genf oder Zürich im Bereich der Firmen negative Wanderungssalden aufwiesen.

Aus Basel zogen von Januar 2017 bis Juli 2018 insgesamt 104 Firmen mehr weg und liessen sich in anderen Kantonen nieder als aus anderen Kantonen hinzuzogen. Seit Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform im Januar 2019 haben sich bis Oktober 2019 insgesamt 14 Unternehmen mehr in Basel angemeldet als weggezogen sind.

Die Resultate zieht CBRE aus 30 000 Auswertungen aus Ad-

ressänderungen aus dem Zentralen Firmenindex der Schweiz. Firmen, die vom Ausland in die Schweiz oder ins Ausland gezogen sind, sowie Einzelfirmen, sind darin nicht berücksichtigt. Dennoch lässt sich aus den Zahlen einiges herauslesen. «Wir sehen für den Kanton Basel-Stadt eine Trendwende und erste positive Signale, dass sich wieder mehr Firmen in Basel-Stadt ansiedeln», sagt CBRE-Direktor David Schoch.

Baselbiet verliert

Dieser für Basel-Stadt positive Wandel könnte zulasten des Baselbiets ausfallen. Zwar senkt auch der Landkanton die Steuern für Unternehmen – allerdings in einer gestaffelten Form bis 2025. Das könnte dazu geführt haben, dass unter dem Strich zwischen Januar 2019 und Oktober 2019 knapp 60 Firmen aus dem Baselbiet weggezogen sind. In der Pe-

riode zwischen Januar 2017 und Juli 2018 wies das Baselbiet gemäss CBRE noch eine positive Zugrate von rund 75 Firmen aus anderen Kantonen aus.

Auch in der Wechselwirkung der beiden Basler Kantone haben sich die Vorzeichen geändert. Von Januar 2017 bis Juli 2018 zogen laut CBRE insgesamt 173 Unternehmen vom Stadt- in den Landkanton. Umgekehrt waren es 88. Im Jahr 2019 bis Oktober sind 77 Unternehmen vom Land in die Stadt und umgekehrt 67 disloziert. Schoch: «Die Bilanz fällt nun leicht zugunsten von Basel-Stadt aus. Auch das deutet ohne jegliche Zweifel auf eine Trendumkehr hin nach den verlustreichen Jahren in Basel-Stadt.»

Die BaZ berichtete vor kurzem über Handwerksbetriebe wie den Elektrotechniker Moritz Hunziker oder Selmoni und die Lift AG Regensdorf, welche die Stadt in Richtung Land verliessen. Die

Firmen sind auf einen Fuhrpark und Parkplätze angewiesen. Da in Basel-Stadt allerdings Platznot herrscht, konnten diese Unternehmen in der Stadt keine Lösung finden. Auf eine Trendumkehr bei der Abwanderung von klassischen Handwerksbetrieben angesprochen, sagt Schoch allerdings: «Es sind nicht Handwerksbetriebe aus traditionellen Branchen, die in die Stadt zurückkehren werden. Sie werden die Stadt tendenziell verlassen. Es sind vielmehr Firmen der Wissensindustrie, die Bedarf an Büro- oder Laborflächen haben, die sich künftig in der Stadt ansiedeln werden.»

Im Hinblick darauf komme auf Basel-Stadt eine interessante Zeit zu, weil mittel- bis langfristig mit den Arealen Klybeck, Stücki, Lysbüchel, Dreispitz, Rosental oder Wolf viele Flächen frei werden oder entwickelt werden. Schoch: «Es kommen sehr

viele Flächen auf den Markt. Wenn es nicht gelingt, ab circa 2023 Firmen in die Stadt zu holen, wird es deutlich mehr Leerstände geben.» Bei den Büroflächen weise Basel-Stadt im Moment eine tiefe Leerstandsquote von 2,4 Prozent auf.

Vorsicht geboten

Für die Handelskammer beider Basel (HKBB) ist es noch verfrüht, eine abschliessende Beurteilung der Auswirkungen der Steuersenkung abzugeben. Noch nicht alle Kantone hätten die Steuervorlage 2017 umgesetzt. HKBB-Direktor Martin Dätwyler: «Zudem dürfte der Trend bei den Wanderungssalden nicht abschliessend auf die Unternehmenssteuerreform zurückzuführen sein, sondern auch auf die Dynamik und die Attraktivität der Städte im Allgemeinen.» Die HKBB schätzt auch für das Baselbiet nach der Annahme der

Steuervorlage eine positive Entwicklung. «Baselland profitiert zudem davon, dass in Basel-Stadt Platznot herrscht», sagt Dätwyler. Das Bachgraben-Areal in Allschwil werde sich auf das Baselbiet positiv auswirken.

Auch der Gewerbeverband Basel-Stadt mahnt bei den Prognosen zur Vorsicht. «Es ist erfreulich, wenn wieder mehr Firmen nach Basel kommen. Allerdings sind die Auswirkungen der Steuersenkungen noch nicht abschliessend bezifferbar», sagt Gewerbeverband-Politikleiter Patrick Erny. Für die KMU-Wirtschaft spielten neben der Steuerbelastung auch andere Standortfaktoren wie die Regulierungsdichte, die verfügbaren Wirtschaftsflächen oder die Verkehrsanbindungen eine Rolle. Erny: «Da ist die Situation in Basel-Stadt im Moment definitiv unbefriedigend.»

Martin Regenass

Die Stadt Basel verliert ihre einzige «Metall-Mine»

Industrie Die Schmolz AG zügelt nach Muttenz. Traditionsunternehmen erhielt von den SBB die Kündigung.

Felix Erbacher

Das Zentrum der Basler Abfallentsorgung liegt im Nordosten Basels nahe der Grenze zu Saint-Louis. Die Kehrrechtverbrennung und die Lottner AG haben dort ihre Anlagen. Über 101 Jahre gehörte auch die Schmolz AG zu ihren Nachbarn. Vor drei Monaten ist das 155 Jahre alte Unternehmen nach Muttenz gezügelt. Die Baurechtsnehmer und Mieter auf dem Lysbüchel haben von der Bodenbesitzerin SBB die Kündigung erhalten. Sie plant dort eine mehrstöckige Überbauung. Mit den Wohnungen lässt sich deutlich mehr verdienen als mit der bisherigen Nutzung. 400 Arbeitsplätze sind betroffen.

Die Schmolz AG hat nach langem Suchen eine Lösung gefunden, indem sie die ebenfalls in der Entsorgung tätige Multimetall AG gekauft hat und an deren Sitz an die Frohburgerstrasse 32 in Muttenz gezogen ist. Im Kanton Basel-Stadt gibt es nun keine Firma mehr, die Metall und metallhaltige Abfälle selbst aufbereitet. «Ist es sinnvoll, dass die Abfälle jetzt weitere Wege gehen müssen?», fragt sich Verwaltungsratspräsident Christian Wallach (59), mit seinem Cousin Jean-Marc Wallach Geschäftsleitungsmitglied der Schmolz AG. Basel-Stadt jedenfalls hat seine einzige «Metall-Mine» verloren.



Gewerbebetriebe auf dem Lysbüchel-Areal in Basel befinden sich auf dem Rückzug. Foto: Pino Covino

«Nun sind wir nicht mehr willkommen»

Christian Wallach blickt wehmütig, aber auch mit Stolz auf die Zeiten im St. Johann und auf seine Vorgänger zurück. Er ist jedoch von der Stadt enttäuscht. «Wir waren 155 Jahre im Kanton. Nun sind wir nicht mehr willkommen», sagt er. Der Kanton habe sich als Steigbügelhalter für die Ertragsmaximierungsstrategie der SBB Immobilien betätigt. Dass dabei das letzte grosse zusammenhängende Industrieareal auf Stadtboden geopfert werden musste, nehme er in Kauf, sagt Wallach.

Das Areal wurde übrigens anno 1901 allein zugunsten des Güterbahnhofes St. Johann enteignet. Dafür lobt er den Kanton Baselland: «Wir sind sehr gut empfangen worden. Auf dem Land herrscht gegenüber kleinen mittelständischen Unternehmen wie unserem ein ganz anderer Ton als in der Stadt.» In Muttenz fühlt er sich inzwischen wohl.

Metall, Baumwollenzug und Seide

Die beiden Wallachs sind Vertreter der sechsten Generation. Der Firmengründer Mathias Schmolz stammt aus dem elsässischen Hegenheim. Aus einem Ratsprotokoll von 1863 geht hervor, dass am 25. November 1863 Mathias Schmolz und dessen Sohn um die Niederlassungsbewilligung in Basel ersuchten. Am 5. Dezember 1863 wurde diesem Gesuch nachgegeben. Das Niederlassungskollegium berichtete gemäss Auszug vom 25. November über das Gesuch des Mathias Schmolz und dessen Sohn Jakob Emanuel von Hegenheim um Niederlassungs- und Gewerbe-

«Auf dem Land herrscht ein ganz anderer Ton gegenüber kleinen Unternehmen.»

Christian Wallach
Verwaltungsratspräsident der Schmolz AG

bewilligung und empfahl dieselbe: Der Vater komme seit 50 Jahren hierher und habe hier den Mittelpunkt seines Handels mit Metallwaren, Baumwollenzug und Seide, den er en gros betreibt. Gemäss Ragionenbuch (1859–1864) gründet Mathias Schmolz am 22. Januar 1864 sein Geschäft. Schon drei Jahre später übernimmt sein Sohn Jakob Emanuel das Zepter.

Die Geschäfte unterschieden sich im 19. Jahrhundert nicht von den heutigen: Metalle sind wertvoll, also werden sie eingesammelt, aufbereitet und neu wieder eingeschmolzen. Schmolz sammelt die Metalle hauptsächlich auf Baustellen und bei Industriebetrieben ein.

Der Kreis der Abnehmer in der Schweiz ist im Verlauf der letzten Jahrzehnte arg geschrumpft. Früher gehörten etwa die im Metallverband zusammengeschlossenen Schweizerischen Metallwerke AG in Dornach, die Schweizerischen Metallwerke Selve und Co. in Thun und die

Boillat SA in Reconville sowie die vier Stahlwerke von Roll (Gerlafingen und Bodio), von Moos (Emmenbrücke) und Ferrowohlen AG (Wohlen) zu den Grossabnehmern.

Zwei der Stahlwerke wurden geschlossen. Heute nehmen die Stahlwerke in Gerlafingen und die in Problemen steckende Swiss Steel AG in Emmenbrücke (Schmolz + Bickenbach) nur noch einen kleinen Teil des hierzulande anfallenden Eisenschrotts ab.

Den Grossteil jedoch dienen Schmolz und ihre schweizerischen Konkurrenten Stahlwerken im Ruhrgebiet, in Luxemburg, Frankreich und in Norditalien an. Wallach zählt weitere grosse Namen schweizerischer Industriegeschichte auf: Georg Fischer in Schaffhausen, die Compagnie des Produits Electrochimiques in Bex, das Metallwerk Refonda in Niederglatt, Blockmetall in Buchs-Dällikon, die Metallum in Pratteln und die Accumulatorenfabrik in Oerlikon. Diese Firmen betrieben alle Schmelzöfen – heute existieren sie bis auf Georg Fischer nicht mehr.

Recycling verbessert die Ökobilanz enorm

Wenn der wirtschaftliche Gedanke des Geschäftsmodells früher im Vordergrund stand, so ist mittlerweile der ökologische dazugekommen. Der Umweltgedanke spielte in der Vergangenheit keine Rolle. Heute schon. «Natürlich brauchen die Schmelzbetreiber viel Energie, aber noch viel mehr Energie muss zur Gewinnung der Metalle aus Erzen im Bergbau etwa in Lateinamerika und für den Transport derselben zu den

Stahl- und Metallwerken irgendwo auf der Welt aufgewendet werden», sagt Wallach.

Das Recycling verbessere die Ökobilanz enorm. Metalle haben den Vorteil, dass sie immer wieder ohne Qualitätsverlust verwertbar sind, im Gegensatz zu anderen Materialien wie etwa Papier, Karton, Glas und Kunststoffen, deren Qualität sich bei jedem Recyclingprozess verschlechtert und die letztlich nicht mehr verwertbar sind. Wallach gibt zu bedenken, dass zum Beispiel beim Recycling von Aluminium mehr als 90 Prozent der Energie gespart werden kann, die bei der Produktion von Aluminium aus dem Mineral Bauxit eingesetzt werden muss.

Ein Beruf, der nicht erlernbar ist

Die drei Eckpfeiler des Businessmodells sind das Einsammeln von Metallen (die logistische Aufgabe), die Aufbereitung derselben (industrielle Aufgabe) und letztlich die Finanzierung (die Lieferanten werden sofort bezahlt). Das Geld aus dem Verkauf des aufbereiteten Materials trifft mit Verzögerung ein.

Christian Wallach weist auf einen speziellen Punkt in seiner Branche hin. Für den Beruf des Metallhändlers gibt es keine Ausbildung. Man kann ihn nur «on the job» lernen. Ein besonderer Aspekt sind die vielen Metalle inklusive zahlloser Legierungen, die der Fachmann kennen muss.

Dazu kommt die komplexe, sich ständig ändernde Preisgestaltung. Daher ist es gar nicht so einfach, auf dem Arbeitsmarkt Personal zu finden. «Wer aber einmal in unser Geschäft eingestiegen ist, der bleibt dabei. Ich

kenne kaum jemanden, der die Branche verlassen hat», sagt Wallach.

Zu Stahl kommen Kupfer, Alu und andere Metalle

Schmolz beschäftigt in Muttenz und bei der Tochtergesellschaft im elsässischen Rosenau noch 35 Personen. In der Schweiz sammelt sie jährlich zwischen 25 000 und 35 000 Tonnen Metall ein. Stahl macht rund zwei Drittel des Umfangs aus.

Unter den restlichen Metallen befinden sich Kupfer, Aluminium, Messing, Bronze, Zink und andere. In Rosenau und bei Partnerunternehmen im Ausland findet die eigentliche Aufbereitung der Metalle für das Recycling in den Giessereien statt.

Die Schmolz AG wird in den nächsten Jahren hart um Marktanteile kämpfen müssen. Die Deindustrialisierung hat zur Folge, dass weniger Produktionsabfälle anfallen. «Der Verteilungskampf um die verbleibenden Mengen und Metallabfälle aus den Haushalten hat längst begonnen», sagt Wallach, der noch nicht weiss, ob dereinst eine siebte Generation ins Familienunternehmen einsteigen wird.

Er geht davon aus, dass die Anzahl spezialisierter Betriebe in der Branche weiter abnehmen wird, und hofft, dass die Schmolz AG zu den Überlebenden gehören wird.

Die Bedeutung der Branche, die sie während des Zweiten Weltkriegs im Rahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung hatte, wird sie freilich aber nicht mehr erlangen. Damals wurden Exporte von Metallabfällen verboten, und es galt eine Pflichtlagerhaltung.

Kollaps oder Boom?

Prognose Die Langzeittrends verheissen auf den ersten Blick nichts Gutes, aber gerade sie könnten die Lebensqualität verbessern.

Felix Erbacher

So pessimistisch waren die Konzernchefs schon lange nicht mehr. In den letzten Monaten September und Oktober erkundigte sich die Wirtschafts- und Beratungsgesellschaft PWC bei 1600 CEOs nach deren Einschätzung der Weltwirtschaft. Seit dem Beginn der Umfrage vor acht Jahren schaute das schlechteste Resultat heraus. Für 2018 rechneten 5 Prozent mit einem Rückgang des globalen Wachstums, für 2019 waren es schon 29 Prozent und für das laufende Jahr 53 Prozent. PWC betont, dass sich die Veränderungen in der Stimmung der Konzernchefs als «exzellenter» Indikator für das Weltwirtschaftswachstum erwiesen haben.

Diese Prognosen der Chefs sind kurzfristiger Natur und aufgrund der verfügbaren Daten einfacher zu stellen als die langfristigen. Aber auch die Kurzfrist-orakel haben ihre Tücken. Haben wir Anfang Jahr das Coronavirus auf dem Radar gehabt? Nein. Können wir dessen Folgen abschätzen? Nein.

Die Langfristprognosen basieren auf den Langfristtrends. Diese sind in ihrer Entwicklung und in ihren Auswirkungen auf das Wirtschaftsgeschehen wegen ihrer Komplexität schwer einzuschätzen. Die Klimaveränderung ist zurzeit in aller Munde. Gesichert ist, dass sie im äussersten Norden (Abschmelzung der Gletscher) und im Süden (steigende Wasserpegel) die Lebensgrundlagen der Bewohner zerstören wird.

Die «Kollapsologen» rechnen mit nicht weniger als dem Weltuntergang. Ein berühmter «Kollapsologe» ist der französische Agrarwissenschaftler Pablo Servigne. Er hält den «grössten Zusammenbruch der industriellen Gesellschaften vor 2030 für sehr wahrscheinlich».

Die Schuldenmacher

Während die «Kollapsologen» das Schlimmste befürchten, denken die meisten Klimawissenschaftler differenzierter. So sagt Nobelpreisträger William Nordhaus, dass sich zwar die global angepeilten Temperaturziele ausser Reichweite befänden, die Katastrophe dennoch weit entfernt sei. Fest steht, dass die Wissenschaft weder die Kosten noch den Nutzen (den gibt es ja auch)



Schulden abbauen oder weiterhin Kapital investieren? Die Baustelle des neuen Roche-Turmes in Basel. Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

der Klimaveränderung genau beziffern können.

Mit Sorgen blicken Ökonomen auf die wachsenden öffentlichen und privaten Schuldenberge. Sie sind imposant. Das Institut of International Finance (die einzige globale Vereinigung von Finanzinstituten) veranschlagt die weltweiten Schulden von Staaten, Unternehmen und privaten Haushalten im dritten Quartal 2019 auf 253 Billionen Dollar oder 322 Prozent des globalen Bruttoinlandsproduktes.

Wenn eine Rezession einträte, die Geldpolitik nicht mehr weiterwüsste, dann müssten die Regierungen mit der Fiskalpolitik die Konjunktur wieder anzukurbeln versuchen, was dann nochmals eskalierende Schuldenaufnahmen zur Folge hätte.

Konservativ denkende Ökonomen sehen darin verhängnisvolle Kettenreaktionen voraus. Steigen die Zinsen wieder, dann nehmen die Zinslasten zu, was in den Budgets zu Kürzungen bei Infrastruktur, Bildung, Forschung und der sozialen Sicherheit gehen könnte. Der Schuldenabbau wäre dann kaum mehr ein Thema. Im Privatsektor können die Haus-

besitzer mit einem Hypozins von 1 bis 2 Prozent gut leben, bei 4 Prozent kommen sie aber arg in Bedrängnis. Unternehmen, die zurzeit nur dank der günstigen Kredite über die Runden kommen, müssten bei steigenden Zinsen ihre Segel streichen.

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel warnt vor den zunehmenden Verbindlichkeiten vieler Staaten. «Wenn die Schulden weiter steigen, wird es immer schwerer für die Zentralbanken, die Zinsen wieder anzuheben, ohne Probleme zu kreieren», sagt Claudio Borio, Leiter der Währungskurs- und Wirtschaftsabteilung. Man müsse mit Turbulenzen rechnen. Seine Skepsis gründet auf den überbewerteten Märkten und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, auf den viel zu lockeren Finanzierungsbedingungen und auf den eben zu hohen Schuldenständen der Weltwirtschaft. Und die Harvard-Ökonomin Carmen Reinhart warnt: «Letztlich leiht man Geld auf Kosten der Zukunft.»

Ganz anders sieht das der frühere US-Finanzminister Larry Summers. Er rät Staaten, sich

noch stärker zu verschulden, das Kapital aber zu investieren. Spätere Generationen würden so nicht belastet.

Die Menschensetzer

Bei der Künstlichen Intelligenz (KI) sind die Ängste und Bedenken weniger ausgeprägt. Die Chancen stehen im Vordergrund. KI befasst sich mit der Automatisierung intelligenten Verhaltens und dem maschinellen Lernen. Systeme der KI sind in der Lage, eigenständig Lernprozesse zu durchlaufen. Zukunftstechnologien, die dank KI in wenigen Jahren einen hohen Reifegrad erreichen könnten, sind mit dem Internet vernetzte Kleidungsstücke, vollständig mittels 3-D-Drucktechnologie hergestellte Autos in Serienproduktion, zunehmend autonom fahrende Autos, Buchprüfungen mittels KI oder implantierbare Smartphones (Umfrage WEF bei 800 Experten).

Im Rahmen der digitalen Industrie 4.0 geht es auch um die Optimierung und Automatisierung von Produktions- und Logistikprozessen. Im Verlaufe dieser Prozesse gehen Arbeits-

Mehr Menschen sorgen für eine höhere Nachfrage nach Gütern, was den Volkswirtschaften zugute kommt.

plätze in Transport, Logistik, Produktion und Landwirtschaft, in Büro und Verwaltung verloren, neue kommen aber hinzu. Zukunftsforscher orakeln, dass dereinst 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung genügen, um die Wirtschaft in Gang zu halten.

Das Älterwerden

Erfreulich ist die demografische Entwicklung, sprich die zunehmende Lebenserwartung. Aber die gleichzeitig sinkenden Geburtenraten führen zu Problemen. Wir kennen sie in der Schweiz in Zusammenhang mit der Finanzierung der Altersvorsorge und der zunehmenden

Krankenkassenkosten. Ausgeprägt wirkt sich der demografische Wandel in Europa aus, wo Arbeitskräfte zur Mangelware werden. Weltweit steigt nicht nur das Durchschnittsalter der Menschen, sondern auch deren Anzahl. Der Bedarf an Wasser und Nahrungsmitteln nimmt zu, mehr Menschen sorgen aber auch für eine höhere Nachfrage nach Gütern, was den Volkswirtschaften zugute kommt.

Humus aus Hamburg

Für die nächsten Jahre wollen wir nicht in Weltuntergangsstimmung verfallen. Man sollte nicht ausser Acht lassen, dass sich die Menschheit neuen Gegebenheiten bislang immer wieder anpassen wusste. Rücken wir für einmal das Positive der Langzeittrends in den Vordergrund. Die insgesamt zunehmende Weltbevölkerung sorgt für Wachstum. Der Zwang zur Bekämpfung der Klimaveränderungen führt zu technischen Innovationen, die Künstliche Intelligenz macht die Volkswirtschaften effektiver und rentabler, und mit der Schuldenlast können sich die Akteure arrangieren.

Diese Ansicht vertritt auch der Schweizer Thomas Straubhaar, Professor für internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Uni Hamburg. Er verlängert den Trend der letzten zehn Jahre um ein Dezennium. «Entgegen allen Ängsten und Sorgen, Untergangsszenarien zeigt bereits ein Blick auf einschlägige Fakten ein unstrittiges Bild: Ende der 2010er-Jahre lebten mehr Menschen länger, gesünder und besser als je zuvor.» Dies gelte nahezu flächendeckend für alle Weltregionen und Volkswirtschaften.

Für die nächsten zehn Jahre stimmt auch ihn vieles optimistisch: die wachsende Weltbevölkerung und die ökologische Transformation zur Verlangsamung und Verhinderung des Klimawandels. Diese ist dank der niedrigen Realzinsen billig zu finanzieren. Sie ist der «Humus, auf dem ein Wirtschaftsboom erst spriessen und danach gedeihen kann». Er verweist zusätzlich auf den Aufholprozess in den aufstrebenden Volkswirtschaften. Daran sollten wir auch denken, wenn die Konjunktur ihren nächsten Sprung vollführt. So schnell sind wir also nicht tot. Aber langfristig?

Schwächt die Krise unsere Kaufkraft?

Folgen der Pandemie Die Inflation ist das Schreckgespenst dieser Tage. Die Corona-Krise könnte sich auch auf unser Portemonnaie auswirken: Antworten auf die vier drängendsten Fragen.

Markus Diem Meier

— Warum kommen erneut Inflationsängste auf?

Aus dem gleichen Grund wie schon nach der Finanzkrise: Die Notenbanken schaffen in einem gigantischen Ausmass Liquidität, und Staaten geben viel Geld aus. Allein die Bilanzsumme der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ist seit der Zeit vor der Finanzkrise um mehr als das Achtfache gewachsen. Doch im Zuge der Finanzkrise hatte eine geringere Gesamtnachfrage damals zur Folge, dass Unternehmen auf ihren Gütern sitzen blieben, was den Preisdruck gebremst und sogar zu negativen Inflationsraten geführt hat. Das ist diesmal anders. Wenn, wie im Lockdown, Unternehmen weniger anbieten dürfen, kann es zu Knappheit kommen, und das führt zu höheren Preisen. Auch dieses Argument hat die Frage nach einer steigenden Inflation erneut befeuert.

— Weshalb prognostizieren die meisten Ökonomen für die nächste Zeit dennoch keine höhere Teuerung?

Bisher geht die Nachfrage nach Gütern stärker zurück als das Angebot der Unternehmen. Die Sorge vor Konkursen, Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbussen hat zur Folge, dass die Leute oft nur das Nötigste kaufen und auf alles andere verzichten. Deshalb ist auch der Absatz von Uhren und Autos eingebrochen. Zu einer höheren Teuerung ist es angesichts der Zurückhaltung beim Konsum bisher nicht gekommen. Sie ist sogar zurückgegangen. Gemäss den Messungen zum Konsumentenpreisindex fallen die Preise in der Schweiz seit dem Februar; im April gingen sie sogar um 1,3 Prozent zurück. Gemäss der letzten Prognose der Schweizerischen Nationalbank werden sie selbst im Jahr 2022 noch um bloss 0,7 Prozent ansteigen.

— Weshalb befeuern die Geldspritzen der Notenbanken die Teuerung nicht?

Eine Lehrbuchweisheit besagt, dass eine Aufblähung der Geld-



Geringe Investitionen und scheue Konsumenten verhindern Anstieg der Teuerung: Das könnte sich nach der Krise ändern. Foto: Olivier Vogelsang

menge früher oder später zu einer Inflation führt. Denn mit mehr Geld werden keine realen Werte geschaffen. Entscheidend in der Analyse sind die Worte «Geldmenge» und «früher oder später». Die Notenbanken schaffen zwar viel Geld, doch das kommt kaum in der Wirtschaft an. Während die Bilanzsumme der SNB sich seit 2007 gar mehr als verachtfacht hat, gilt das nicht für die tatsächlich in der Wirtschaft vorhandene Geldmenge.

Die sogenannte Geldmenge M3 – sie umfasst das Bargeld, die Einlagen auf Banken, die Spareinlagen und Termineinlagen – hat sich im gleichen Zeitraum noch nicht einmal verdoppelt und ist um bloss 75 Prozent angewachsen. Bei der SNB haben die Devisenkäufe zur Schwächung des Frankens – sie sind vor allem für das Anwachsen der Bilanz verantwortlich – zu einer entsprechenden Aufblähung der Einlagen der Banken bei ihr ge-

führt. Doch statt dass das neu geschaffene Geld über tiefe Zinsen zu mehr produktiven Investitionen oder einer Zunahme des Konsums geführt hätte, hat es die Kapitalmärkte befeuert und dort seit der Finanzkrise zu fast ununterbrochen steigenden Kursen geführt. Das alles garantiert aber nicht, dass die Inflation auch nach der Krise tief bleiben wird.

— Was ist zu erwarten, wenn die schlimmste Krisenphase vorbei ist?

Wenn die Gesamtnachfrage sich nach der Krise normalisiert, ist ein deutlicher Anstieg der Inflation nicht ausgeschlossen. In Foren von Ökonominen und Ökonomen wird dafür eine Reihe von Gründen angeführt. Dabei sticht die hohe Verschuldung der Staaten als Folge der Krise hervor. Nach früheren Phasen sehr hoher Verschuldung haben sich die Länder oft mit einer höheren Inflation ihrer Verpflichtungen entledigt. Wenn der Wert des Geldes sinkt, dann sinkt auch jener der Schulden. Doch gleichzeitig

sinkt dann auch die Kaufkraft der Bevölkerung.

Damit nicht höhere Zinsen als Folge der Inflation den Regierungen die Rechnung versalzen, haben sie einen Zinsanstieg durch Markt Eingriffe verhindert. Theoretisch möglich ist auch, dass Notenbanken später den Staaten mit neu geschaffenem Geld aushelfen. Auch das führt zu Inflation. Doch damit es zu einer Reduktion der Schulden per Inflation oder zu einer direkten Finanzierung der Staaten durch Notenbanken kommt, müssten jene ihr Ziel aufgeben, die Preise stabil zu halten, und auch ihre Unabhängigkeit wäre nicht mehr gegeben.

Schon jetzt setzen sich die Notenbanker heftig gegen alle Bestrebung in diese Richtung zur Wehr. Das ist aber teilweise auch die Folge von Forderungen und Bewegungen, die in dieser Unabhängigkeit ohnehin keinen Sinn mehr sehen und auch kein Problem damit haben, wenn die Notenbanken direkt Ausgaben der Staaten finanzieren.

Inflation in der Schweiz



Grafik: mt/Quelle: BFS

Tausende Stellen in Gefahr

Jobabbau im grossen Stil Der weltweit agierende Basler Reise-Detailhändler Dufry leidet stark unter der Corona-Pandemie. Auch die 788 Angestellten des Konzerns in der Schweiz blicken in eine unsichere Zukunft.

Kurt Tschan

Covid-19 hat Dufry hart getroffen: Der Lockdown führte beim zu 100 Prozent vom Reiseverkehr und vom Tourismus abhängigen Basler Reise-Detailhändler zum Worst-Case-Szenario. Das Unternehmen betreibt weltweit in 65 Ländern 2400 Duty-free- und Duty-paid-Läden an Flughäfen, auf Kreuzfahrtschiffen, in Seehäfen, Bahnhöfen, Stadtzentren, Flugzeugen, auf Fähren und an Grenzübergängen.

Das Desaster widerspiegelt sich auch im Aktienkurs: Seit Ende Jahr verloren die Valoren rund zwei Drittel ihres Wertes und dümpelten gestern nach weiteren Abschlägen hart an der 30-Franken-Grenze.

Besonders massiv trifft der Einbruch des Geschäfts die Angestellten. Wie der Basler Konzern mitteilt, sollen 20 bis 35 Prozent der Personalkosten eingespart werden. Dabei wurden allfällige Szenarien mit Umsatzrückgängen von 40 bis 70 Prozent betrachtet.

Rotstift auf allen Ebenen

In erster Linie dürfte der Kahl-schlag saisonale Mitarbeiter und jene, die Teilzeit arbeiten, treffen. Frühpensionierungen sind ebenso in Vorbereitung wie die Reduktion von Pensen. Wie hoch der Stellenabbau ausfallen wird, bleibt vorerst offen. Klar ist lediglich, dass es auf allen Organisationsebenen und in allen Regionen Entlassungen geben wird.

Dufry hat in Basel seinen Hauptsitz. Hinzu kommen Beschäftigte an den Flughäfen in Zürich-Kloten und Basel-Mülhausen. Insgesamt sind 788 Per-

sonen für Dufry in der Schweiz tätig. Weltweit sind es 35'000.

Gegenwärtig laufen die Konsultationsverfahren mit den Gewerkschaften. Deshalb sei es noch nicht möglich, Details zur Anzahl der Entlassungen und zu den betroffenen Standorten zu machen, sagt Dufry-Sprecher Renzo Radice. Geht alles nach Plan, will Dufry das einschneidende Restrukturierungspro-

Ein Drittel des Umsatzes wird mit Parfüms erwirtschaftet.

gramm von Juni bis Oktober umsetzen.

So dramatisch Covid-19 Dufry trifft, so flexibel ausgestaltet sind viele der abgeschlossenen Mietverträge: Verhängt etwa eine Regierung einen Lockdown, fallen auch die Mietzinse weg. Das Geschäftsmodell von Dufry sieht vor, dass die Mietzinse häufig von den jeweiligen Frequenzen abhängig sind. Je mehr Passagiere an einem Flughafen abgefertigt werden, umso höher fällt der Mietzins aus.

Bei den Verhandlungen dürfte es deshalb primär um die Frage gehen, ob die vertraglich festgelegten Mindestmietbeträge nach Pandemie bezahlt wer-



Ein Bild aus besseren Tagen. Wegen der Corona-Pandemie müssen jetzt viele Dufry-Angestellte um ihre Arbeitsstelle zittern. Foto: TDG

den müssen. Die Verkaufsflächen sind nicht selten flexibel und passen sich den Laufwegen der Passagiere an.

Bei Dufry ist man in der Zwischenzeit dazu übergegangen, für jedes Verkaufsgeschäft eine eigene Wiedereröffnungsstrategie zu entwickeln. Da behördliche Anweisungen schon nach wenigen Tagen angepasst werden können, sind lokale Entscheide erforderlich.

Viele Fragen

Positiv für Dufry ist bei allen Sorgen um den kriselnden Tourismus, dass keine leicht verderblichen Waren verkauft werden. Ein Drittel des Umsatzes wird mit Parfüms erwirtschaftet. Food-Artikel wie edle Schinken oder Olivenöl, aber auch Süßigkeiten machen 18 Prozent aus, Wein und Spirituosen 17 Prozent. Die Luxusgüter wie Uhren und Schmuck kommen auf 11 Prozent.

Nicht selten werden auch Produkte verkauft, die sonst nirgends in den Verkaufsregalen stehen. So produziert etwa Lindt & Sprüngli für Dufry Schokolade mit einem speziellen Geschmack, und anders als bei anderen Geschäften werden Spirituosen häufig in Literflaschen angeboten.

Das angekündigte Umstrukturierungsprogramm hinterlässt bei den Analysten viele Fragen. So seien etwa nicht die Kosten für alle Massnahmen abgebildet, heisst es. Die Bank Vontobel will deshalb ihre Schätzungen bezüglich Umsatz und Rentabilität gründlich überprüfen.

Rückbau bedeutet Eigentor

Ökonomie auf dem Prüfstand Die Globalisierung bringt der Welt nochmals mehr Wohlstand, wenn sie auf eine neue Basis gestellt wird.

Wir haben in unserer Region Pharmakonzerne und Medizinalproduktshersteller, die ihre Erzeugnisse in die Welt liefern, Wirkstoffe von überall her beziehen und Forscher und Spezialisten aus aller Welt beschäftigen. Wir haben ein Unternehmen, das in der Karibik Zigarren produziert und sie weltweit verkauft. Wir haben vorab im Baselbiet unzählige KMU, die in Nischen tätig sind. Sie produzieren etwa Uhren- und Uhrwerke, Werkzeugspannsysteme und Holzverbindungs-systeme.

Logistiker aus der Region sorgen für die Ein- und Ausfuhr von Waren und Zwischenprodukten. Die Liste solcher Unternehmen in der Nordwestschweiz liesse sich eindrucksvoll verlängern. Ohne sie hätten wir nicht den Wohlstand, um den wir seit Jahrzehnten beneidet werden.

Schwachstellen erkennbar

Wir stellen nach den letzten Monaten fest, dass die Globalisierung auch Risiken birgt; Schwachstellen sind zutage getreten. Unternehmen haben nicht rechtzeitig die für die Produktion notwendigen Stoffe und Geräte erhalten. Lieferketten wurden unterbrochen. Und schon ist die Globalisierung aufs Neue verteu-

felt worden. Die nationale Versorgungssicherheit sei nicht mehr gewährleistet, man müsse sich wieder vermehrt auf heimische Produktionen besinnen.

Das mag in einigen Bereichen zum Teil berechtigt sein. Ver-

wundbare Lieferketten müssen analysiert werden. Die Abhängigkeit von Lieferanten aus China und Indien ist zu gross, und im Gesundheitssektor müssten Teile der Produktion vielleicht nach Europa oder in die Schweiz re-

patriert werden. Ähnliche Schlüsse ergeben sich in anderen Branchen. Die Just-in-time-Philosophie steht auf dem Prüfstand; Die Lagerhaltung wird möglicherweise vergrössert.

Eine komplette Abkehr von der Just-in-time-Produktion verbietet sich aus Konkurrenz- und Kostengründen. Bestimmt fahren die Einkäufer das Risikomanagement nach oben. Der Kreis der Lieferanten dürfte grösser werden. Und wir müssen mit steigenden Preisen bestimmter Güter rechnen.

Armut ging global zurück

Als Erster hat der britische Ökonom David Ricardo (1772–1823) gezeigt, weshalb Arbeitsteilung unter den Volkswirtschaften sinnvoll ist. Wenn sich zwei Staaten auf die Herstellung je eines Produktes konzentrieren und dieses untereinander austauschen, profitieren beide mehr, als wenn sie beide Produkte getrennt herstellen.

Das Ricardo-Modell erklärt den Aussenhandel zwischen zwei Ländern. Aus unterschiedlichen Arbeitsproduktivitäten entstehen sogenannte komparative (vergleichende) Kostenvorteile. Dadurch ergeben sich wiederum komparative Preis-

vorteile der Länder zueinander. Das hat die Ökonomie erkannt. Entsprechend hat sich eine gigantische Arbeitsteilung, der Abbau von Handelsbarrieren und daraus der gigantische Welthandel entwickelt. Die Mobilität ist gestiegen, Technologien sind unter den Ländern ausgetauscht worden.

Die Bilanz der Globalisierung der letzten Jahrzehnte ist eindrucksvoll und nachhaltig. Der Welthandel hat die Welt vorwärtsgebracht. Es stimmt zwar, dass die Globalisierung die materielle Ungleichheit in den hoch entwickelten Volkswirtschaften vergrössert hat. Aber insgesamt ist das Wohlstandsniveau im Verlauf der letzten vielen Jahre in die Höhe geschneilt, die Armut global zurückgegangen, die Lebenserwartung gestiegen und die Kindersterblichkeit zurückgegangen.

Die Globalisierung sei das grösste Armutsbekämpfungsprogramm, das die Welt je gesehen hat, schreibt die österreichische «Die Presse» in der aktuellen Deglobalisierungsdebatte euphorisch.

Die drei in Wien forschenden Professoren Harald Badinger, Jesus Crespo Cuaresma und Harald Oberhofer halten bezüglich

des Gesundheitssektors fest, dass der negative Effekt der erhöhten Mobilität auf die weltweite Übertragung von infektiösen Krankheiten offensichtlich sei, die positiven Effekte der Globalisierung für den medizinischen Fortschritt in der Deglobalisierungsdebatte würden hingegen kaum erwähnt: «Globale Forschungs- und Kommunikationssysteme erleichtern die Entwicklungen von neuen Impfungen und medizinischen Therapien.»

Kinderarbeit und Korruption

Unbestritten sind die negativen Folgen der Globalisierung: Kinderarbeit, menschenverachtende Arbeitsbedingungen, Korruption, Ausbeutung von Ressourcen in Entwicklungsländern und andere ökologische Todsünden. Solche Missstände auszurotten, ist die Aufgabe der Konzerne, aber auch der Politik.

Deswegen aber die Globalisierung zurückzubauen, käme einem Eigentor der Weltverbesserer und Donald Trump, der den Handelskrieg mit China angezettelt hat, gleich. Die Globalisierung abzubauen, hiesse, den Wohlstand niederzureissen.

Felix Erbacher



Extinction Rebellion nutzt die Corona-Krise, um eine Transformation des gesellschaftlichen Systems zu fordern. Foto: Susanne Keller

Basel soll mehr in Wirtschaft investieren

Impulsprogramm der SP Die Sozialdemokraten wollen für die Zeit nach der Corona-Krise mehr Geld ausgeben, um die Konjunktur abzufedern. Bürgerliche Parteien sehen den Ausbau des Staatshaushalts kritisch.

Martin Regenass

Der Rechnung 2019 mit einem Überschuss von 745 Millionen Franken hat der Grosse Rat an der Sitzung vom Mittwoch einstimmig zugestimmt. Dieses überaus positive Resultat weckt allerdings Begehrlichkeiten sowohl auf linker wie auch auf bürgerlicher Seite, zumal die Zukunft des Staatshaushalts wegen der Corona-Krise und ihrer finanziellen Folgen im Moment schwierig abzuschätzen ist. Bei der SP machte Fraktionssprecher Thomas Gander klar, dass der Kanton künftig ein Impulsprogramm finanzieren solle. Dazu wollen die Sozialdemokraten auch eine höhere Staatsverschuldung in Kauf nehmen, die sich im Moment auf einem histori-

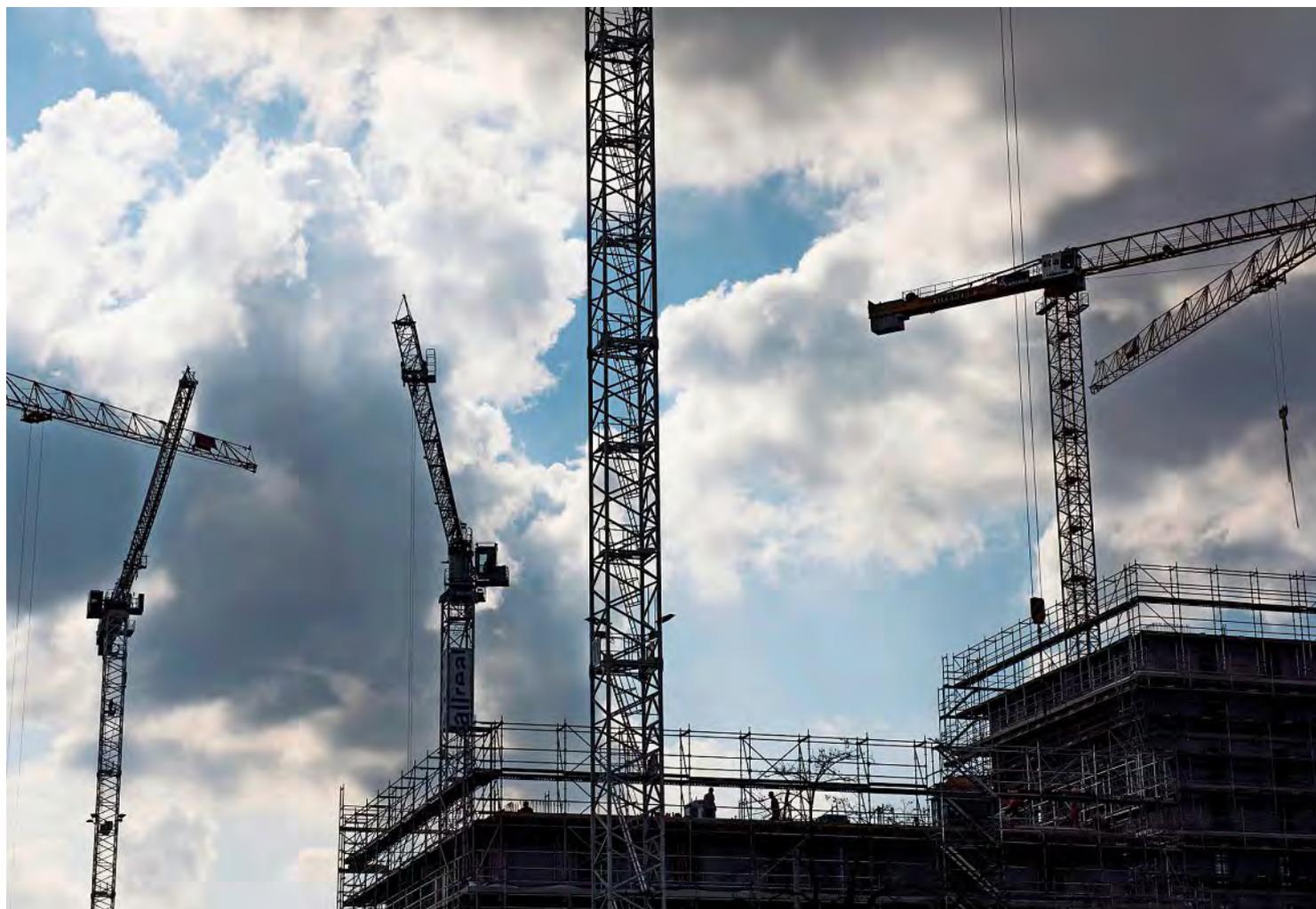
 **Grosser Rat**
Berichterstattung aus dem Rathaus

schon Tief befindet. Welche Punkte dieses Impulsprogramm beinhalten soll, dazu machte Gander ein paar Angaben. So sollen Staatsgelder beispielsweise in den Bereich Dekarbonisierung, in die Digitalisierung, in die Forschung oder in die Aufwertung von Pflegeberufen fließen.

In einem Positionspapier sind die Ideen der SP konkretisiert. Einerseits seien Solaranlagen oder Dämmungen von Häusern stärker zu subventionieren, zudem sei in die Digitalisierung der Schulen oder in die digitale Fortbildung von Arbeitslosen zu investieren.

Steuersenkung fraglich

Auf der anderen Seite soll der Staat Kindertagesstätten stärker unterstützen und in Gesundheitsberufen bessere Löhne bezahlen oder in Jungunternehmen investieren, damit der Standort Basel nach der Corona-Krise attraktiv bleibt.



Über der Hochbaubranche ziehen dunkle Wolken auf. Das könnte die Arbeitslosenzahlen in die Höhe treiben. Foto: Urs Jaudas

Die Anmeldung dieser Begehrlichkeiten und der damit voraussehbare Ausbau des Staatshaushalts bei gleichzeitig unklaren künftigen Steuereinnahmen durch Unternehmen und Privatpersonen führen auf bürgerlicher Seite zu vielen Fragezeichen. So bei FDP-Grossrat Erich Bucher.

«Der Kanton hat heute schon zahlreiche Projekte, die noch in der Schwebe sind. Der Staat braucht kein zusätzliches Geld, sondern vielmehr einen Effort, um die bestehenden Projekte zu beschleunigen und voranzutreiben.» Die FDP sei aber offen, Hand zu bieten, wenn die SP mit

Die Rechnung 2019 weckt auf linker wie auch auf bürgerlicher Seite Begehrlichkeiten.

«guten Projekten» aufwarte. Bucher fragte in seinem Votum im Rat, ob es nicht sinnvoller wäre, die Steuern zu senken und den Steuerzahlern etwas zu-

rückzugeben, anstatt Geld in ein Impulsprogramm zu investieren. Auf Nachfrage konkretisierte Grossrat Bucher: «Im Moment sind Steuersenkungen aber sicher kein Thema, solange unklar ist, wie sich die Corona-Krise auf den Staatshaushalt auswirkt.»

Eine andere Haltung zu Steuersenkungen vertritt Alexander Gröflin. Der SVP-Grossrat argumentiert mit den ökonomischen Theorien des Briten John Maynard Keynes. Dass der Staat in Krisenzeiten die Arbeitslosigkeit dämmen könne, funktioniere auf langfristige Dauer nicht.

«Die Krise wird damit nur auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben. Deshalb und weil Basel-Stadt mit der Pharmabranche gut aufgestellt ist, bringt ein Impulsprogramm nichts.» Vielmehr müssten gemäss Gröflin in der jetzigen Krisenzeit die Dividendensteuern und auch die Steuern für natürliche Personen gesenkt werden, damit die Leute mehr Geld ausgeben und so die Wirtschaft ankurbeln könnten. «Ich kann nicht verstehen, weshalb die Linken nicht verstehen, dass man mit Steuersenkungen die Wirtschaft ankurbeln könnte.» SP-Finanzdirektorin Tanja

Soland verweist auf Anfrage zum Impulsprogramm auf Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin. Der SP-Regierungsrat seinerseits bringt den Bund ins Spiel. So liege es in erster Linie in dessen Kompetenz, Konjunkturmassnahmen zu ergreifen und in Absprache mit den Kantonen die Steuerung zu übernehmen. Entscheidend sei dabei, wie die Rezession verlaufen werde.

Kein Alleingang

«Da der Verlauf der Rezession noch nicht genau bezeichnet werden kann, sind abhängig davon je nachdem andere Massnahmen zu ergreifen», sagt Brutschin. Es sei aber davon auszugehen, dass die Rezession längere Zeit andauern werde. Ein Zeichen sei dabei die Hochbaubranche. Dort seien die Kapazitäten je nach Region unausgelastet, was in den nächsten Monaten auch zu Arbeitslosen bei den nachgelagerten Bereichen wie den Gipsern, Malern und Elektrikern führen könnte.

Im Hinblick auf die Abschwächung der Konjunktur müssten die Kantone und der Bund Szenarien und Programme ausarbeiten, die man dann zur Stützung der Wirtschaft aus der Schublade ziehen könne. Wichtig, so Brutschin, sei es dabei, dass der Kanton Basel-Stadt mit dem Impulsprogramm nicht einen Alleingang plane, sondern sich abspreche. Von Steuersenkungen hält Brutschin wenig. «Wenn die Leute mehr Geld zur Verfügung haben, besteht auch das Risiko, dass sie es sparen, im Internet oder im Ausland ausgeben. Die Wirkung auf die Konjunktur in der Region wäre damit klein.»

Thomas Gander will sich bezüglich des Impulsprogramms unbedingt mit den anderen Parteien absprechen, sodass im Grossen Rat Mehrheiten möglich würden.

Dienstag, 21. Juli 2020

Wirtschaft

Die Stunde der Banken

Julius Bär legt das beste Halbjahresergebnis ihrer Geschichte vor. Auch bei anderen Banken sprudeln die Gewinne. Aber wie lange noch?



Julius Bär vermeldete gestern einen Rekord-Halbjahresgewinn. Bild: Juri Junkov



Die UBS legt heute ihre Zahlen vor. Ein gutes Resultat wird erwartet. Bild: Gaëtan Bally/Keystone



Die Bank of America erlebte ihr bestes Quartal im Handelsgeschäft seit einem Jahrzehnt. Bild: Getty



Die JPMorgan Chase, die grösste US-Bank, verzeichnet ebenfalls Rekorde im Handel. Bild: Getty

Stefan Ehrbar

Die Weltwirtschaft war zu grossen Teilen lahmgelegt in den letzten Monaten. Unternehmen kämpften um Aufträge sowie Lieferketten und schickten ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit. Die Banken hingegen florieren. So schrieb Julius Bär in den ersten sechs Monaten 2020 mit 491 Millionen Franken den höchsten Halbjahresgewinn ihrer 130-jährigen Geschichte.

Der Betriebsertrag stieg um 9 Prozent auf 1,85 Milliarden Franken. Die grösste Schweizer Privatbank profitierte davon, dass ihre Kunden deutlich mehr Wertschriften kauften und verkauften. Dank einem starken Anstieg des Transaktionsvolumens nahm die Bank im Kom-

missions- und Dienstleistungsgeschäft mehr Geld ein. Das veränderte Marktumfeld, inklusive stark erhöhter Marktvolatilität, habe zu einer spürbaren Zunahme der Kundenaktivität im Devisen-, Derivat- und Edelmetallhandel geführt, teilte die Bank mit. Die Pandemie sorgte für rege Handelstätigkeit.

In der Schweiz profitieren Privat- und Grossbanken

Das zeigt sich nicht nur in der Schweiz. Auch in den von der Pandemie hart getroffenen USA, wo im Vergleich zum Februar derzeit 15 Millionen Menschen mehr arbeitslos gemeldet sind, fallen die Handelsrekorde an den Finanzmärkten. Die fünf grössten Wall-Street-Banken JPMorgan Chase, Goldman

Sachs, Morgan Stanley, Bank of America und Citigroup haben im zweiten Quartal einen Handelsumsatz von umgerechnet 38,3 Milliarden Franken verzeichnet. Das ist laut der «Financial Times» der höchste Wert seit einem Jahrzehnt.

In der Schweiz profitieren vor allem die Privat- und Grossbanken von den hohen Handelsvolumen, sagt Andreas Venditti, Analyst bei Vontobel. «Diese gesteigerten Volumen haben sich schon in den guten Ergebnissen des ersten Quartals gezeigt.»

Die Banken profitierten zudem von Stützungsmaßnahmen wie Kurzarbeit und den Coronakrediten, die der Wirtschaft halfen und die Arbeitslosigkeit tief hielten. «Die grosse Pleitewelle haben wir noch nicht ge-

sehen», sagt Venditti. Zwar dürften die Grossbanken, die eine starke Position im Geschäft mit Firmenkrediten haben, deutlich höhere Rückstellungen bilanzieren müssen als im letzten Jahr. Dennoch dürften die UBS heute als auch die Credit Suisse nächste Woche gute Resultate vorlegen, sagt Venditti.

Weniger profitieren können die Kantonalbanken. Diese vergeben einerseits Firmenkredite und könnten darum in den nächsten Jahren vermehrt Rückstellungen bilanzieren. Andererseits sind sie aber im Handelsgeschäft weniger stark und können dadurch die negativen Effekte weniger kompensieren. Auch bei den Privat- und Grossbanken rechnet Venditti aber damit, dass die hohen Volumen

nicht ewig andauern. Bei Julius Bär habe die Bruttomarge schon im Mai und Juni wieder deutlich abgenommen im Vergleich zu den ersten vier Monaten. Der Gewinn werde im zweiten Halbjahr deutlich zurückgehen.

Die Aktienmärkte sind eher skeptisch bei den Banken

Die Banken als Profiteure der Coronakrise – daran glaubt auch Michael Kunz, Analyst bei der Zürcher Kantonalbank, nicht. «Das Kreditbuch wird ja zum Beispiel nicht wirklich besser», sagt er. Von einem vorteilhaften Marktumfeld würde er nicht sprechen: «Wir stehen immer noch deutlich unter den Höchstständen». Für Julius Bär erwarte er im zweiten Halbjahr «keine Wunder». Das gelte für andere

Banken genauso. Diese Skepsis zeigt sich auch an den Aktienmärkten. Nur wenige Finanztitel sind heute mehr wert als Anfang Jahr. Während der SMI seit dann fast alle coronabedingten Verluste wettgemacht hat und noch knapp 3 Prozent im Minus steht, sind die Titel der UBS gegenüber Jahresbeginn über zehn Prozent tiefer bewertet. Jene von Julius Bär sind über 20 Prozent im Minus, die Aktien der CS sind gar über 30 Prozent weniger wert.

Allerdings werde der Vergleich mit dem SMI, in dem defensive Schwergewichte wie die Pharmatitel eine wichtige Rolle spielen, den Banken nicht ganz gerecht, sagt Vontobel-Analyst Andreas Venditti. «Im Vergleich zu grossen US-Banken steht insbesondere die UBS sehr gut da.»

Beide Basel kommen glimpflich davon

Konjunkturreinbruch hat Folgen Die Corona-Krise trifft die Kantone laut einer UBS-Studie sehr unterschiedlich.

Daniel Aenishänslin

Den Umständen entsprechend gut: So geht es Baselland und Basel-Stadt gemäss einer Studie der UBS über die Auswirkungen der Krise auf die Kantone. Die Ökonomin Katharina Hofer und der Ökonom Matthias Holzhey aus dem Chief Investment Office Global Wealth Management bewerten beide Halbkantone mit «top». Das erreicht kein anderer Kanton. Nicht einmal Zürich. Solothurn landet auf Platz 10, der Aargau auf Platz 12. Baselland und Basel-Stadt sollen über den vorteilhaftesten Mix aus Branchen- und Unternehmensstruktur und dem Monitoring verfügen.

Das Monitoring zielt auf die Faktoren Arbeitslosigkeit, Baugesuche, Neueinträge ins Handelsregister sowie auf die Kreditkartenumsätze. Verglichen wird mit dem ersten Halbjahr 2019. In allen Kantonen tiefer lagen die Konsumausgaben via Kreditkarte. Während in Obwalden und Basel-Stadt noch mehr Firmen gegründet wurden, ging der schweizerische Durchschnitt um 8 Prozent zurück.

Die stärksten Einbussen insgesamt verzeichneten das Tessin und der Kanton Schaffhausen. Hofer und Holzhey führen dies darauf zurück, dass die beiden Kantone während des Lockdown «besonders einschneidende Massnahmen» ergriffen haben. Das Fazit: Je mehr einschränkende Massnahmen, desto grösser der Konjunkturreinbruch. Grundsätzlich gelte, die Rezession sei eine Krise der Kleinunternehmer. Jedes fünfte Unternehmen, das neun oder weniger Personen beschäftigte, habe seinen Betrieb einstellen müssen. Dagegen habe dies nur auf 3 Prozent der Unternehmen mit mehr als 250 Angestellten zugefallen.

Städtetourismus im Keller

Besonders resistent gegen die Corona-Krise erwies sich die Wertschöpfung in Basel-Stadt. Den Grund dafür sehen die Ökonomen in der Anwesenheit von Wirtschaftsplayern, die wenig betroffen seien: die Pharmabranche sowie Grossunternehmen.



Vom Konjunkturreinbruch weniger betroffen: Die Pharmabranche. Foto: Actelion

Dasselbe treffe auf den Kanton Zürich mit seiner starken Finanzbranche zu. Katharina Hofer und Matthias Holzhey attestieren beiden Kantonen langfristig gute Wachstumsaussichten.

Der Schweizer Jurabogen mit den Kantonen Jura, Solothurn und Neuenburg kommt hingegen schlecht weg. Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten sind in besonders betroffenen Branchen tätig. Schmerzliche Exportausfälle muss die ansässige Uhrenindustrie hinnehmen. Solche Rückschläge treffen Kantone mit grossem Industriesektor (Ausnahmen sind Nahrungsmittel- und Pharmaindustrie) besonders hart.

Hotellerie sowie Gastronomie zählen mit Sicherheit zu den

Hotellerie und Gastronomie zählen mit Sicherheit zu den Corona-Verlierern.

Corona-Verlierern. Und in dieser Kategorie zählt auch der Kanton Basel-Stadt zu denen, welche die Zeche zahlen. Während etwa der Bergtourismus die Leute wieder vermehrt anzieht, bleibt der Städtetourismus im Keller.

Unsicherheit dominiert

Die Ökonomen Hofer und Holzhey wagen keine Prognose bezüglich der kantonalen Bruttoinlandprodukte für das Jahr 2020. Noch immer dominiere die Unsicherheit. Sie erwarten einen Rückgang des Schweizer Bruttoinlandproduktes um 5,5 Prozent, für einzelne Kantone um bis zu 10 Prozent.

Auf die beiden Basel müsste allerdings die Annahme zutreffen, dass ein Minus von maxi-

mal 2,5 Prozent Tatsache wird. Diese Zahl schreiben Hofer und Holzhey wenig betroffenen Kantonen zu.

Der Bericht schliesst nicht mit aufmunternden Worten. «Die langfristigen Folgen der Corona-Krise für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz lassen sich noch kaum abschätzen – ebenso die langfristigen Wachstumsaussichten für einzelne Kantone.»

Mehrere Faktoren dürften eine Rolle spielen, denn die Rezession könnte sich direkt auswirken auf kantonale Finanzen, Steuerfüsse und letztlich auch auf die Branchenstrukturen.

Das würde die Karten neu mischen. Einfach mit weniger Trümpfen.

Freitag, 14. August 2020

Wirtschaft

Gewerkschaften verweigern Lohnverzicht

Trotz Pandemie und Wirtschaftskrise: Die Gewerkschaften fordern mehr Lohn, insbesondere für «Coronahelden» - eine Einordnung.

Niklaus Vontobel

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat sie am 1. August auf dem Rütli geehrt: die «Coronahelden». Für einige dieser «Helden» fordern die Gewerkschaften nun deutlich mehr Lohn, trotz schwerer Wirtschaftskrise. Gestern wurde die Lohnrunde 2021 lanciert.

1 Werden viele Gewerkschaften im Coronajahr gar keine Lohnerhöhungen fordern?

Es wird keinen schweizweiten Verzicht geben, dem sich eine Mehrheit der Gewerkschaften anschliesst. Der Kaufmännische Verband hat zwar angekündigt, keine klassischen Lohnerhöhungen zu fordern. Aktuell erscheint es nicht opportun, für ganze Branchen mehr Lohn zu verlangen, höchstens für einzelne Betriebe. In Hotellerie und Gastronomie werden die Löhne nicht verhandelt, für das Bundespersonal auch nicht. Aber dies wird nicht zur Regel. Das haben gewichtige Gewerkschaften gestern zum Auftakt der Lohnrunde klargestellt.

2 Was fordern die Gewerkschaften für 2021?

Es brauche Lohnerhöhungen, trotz Coronakrise, heisst es von den Gewerkschaften Travailssuisse, Syna, Transfair und der Hotel&Gastrounion. Einen Verzicht auf Lohnforderungen gibt es für einige Bereiche: neben dem Gastgewerbe auch für die öffentliche Verwaltung. Dort gehe es darum, Jobs zu sichern. Doch eine flächendeckende Nullrunde dürfe es nicht geben. In vielen Branchen hätten die Mitarbeiter sich Lohnerhöhungen redlich verdient: Verkäuferinnen, Pflegehilfen, Pöstler



Sie sollen mehr Lohn erhalten: Reinigungspersonal im Spital Lugano.

Bild: Pablo Gianinazzi/Keystone

oder Reinigungspersonal. «Weil sie durchhielten, wurde aus dem Lockdown kein Zusammenbruch.» Sie hätten schöne Worte gehört, nun brauche es Taten: Lohnerhöhungen.

3 Was entgegnen die Arbeitgeber?

Es gebe «kaum» Spielraum für Lohnerhöhungen, sagte diese Woche der Chefökonom des Arbeitgeberverbands. Simon Wey begründet diese Haltung mit der Schwere der Krise. So zeige eine Umfrage: Rund 60 Prozent der Betriebe sagen, ihr Geschäft sei stark beeinträchtigt. 14 Prozent sehen gar ihre Existenz gefährdet.

4 Wie laufen die Verhandlungen im Coronajahr ab?

Trotz aller angriffiger Rhetorik:

Nicht allzu anders als in früheren Jahren. Die Positionen der Sozialpartner markieren keinen dramatischen Bruch mit der Vergangenheit. Bei den Arbeitgebern weicht die aktuelle Haltung kaum ab von jener aus dem letzten Lohnherbst. Damals gab es «geringen Spielraum» für Lohnerhöhungen, nun gibt es «kaum Spielraum». Die Gewerkschaften betonen, jede Branche einzeln zu betrachten und ihre Forderungen anzupassen. Doch gehört es zur typischen Politik von schweizerischen Gewerkschaften, stark auf den Geschäftsgang einzelner Branchen und Unternehmen einzugehen.

5 Kommt es in der Coronakrise zum Lohncrash?

Ja und Nein. Ja, weil Bund und Sozialpartner in Kauf nahmen,

dass die Kurzarbeit dramatisch ausgeweitet wird. Im Mai standen rund 900 000 Arbeitnehmer in Kurzarbeit. So wurde ein Emporschnellen der Arbeitslosenquote vermieden. Doch es gibt Nebenwirkungen: In einer Umfrage von Travailssuisse erhielt die Hälfte der Arbeitnehmer nur 80 Prozent ihres Lohnes. Somit wird Hunderttausenden der Lohn vorübergehend stark gekürzt. Was kaum passiert: dass Betriebe den Mitarbeitern dauerhaft einen tieferen Lohn in den Arbeitsvertrag schreiben wollen. Die Löhne sind in allen Industriestaaten erstaunlich resistent. Arbeitsverträge werden kaum je angetastet, auch in Krisen nicht. Was aber meist geschieht: Die Arbeitgeber verweigern Lohnerhöhungen, bis sich ihre Bilan-

Eine Auswahl von Forderungen der Gewerkschaften

- **Im Gesundheitswesen:** 1 Prozent mehr für alle Beschäftigten, deutliche Erhöhungen für Löhne unter 5500 Franken
- **Im Detailhandel:** Erhöhungen für Löhne unter 5500 Franken, für Ungelernte mindestens 4000 Franken
- **Von der Politik:** Arbeitnehmer in Kurzarbeit, die weniger als 5000 Franken verdienen, sollen 100 Prozent des Lohns erhalten
- **In Branchen und Betrieben mit Löhnen unter 4000 Franken:** deutliche Lohnerhöhungen
- **Im Bauhauptgewerbe:** 80 bis 100 Franken mehr Lohn
- **In der Chemie- und Pharmasowie Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie:** je nach Situation des Betriebs zwischen 0,5 und 1,5 Prozent mehr Lohn
- **Bei SBB und SBB Cargo:** Verzicht auf generelle Lohnforderungen; 0,9 Prozent der Lohnsumme einsetzen für individuelle Erhöhungen, Sicherung der Arbeitsplätze, Zeichen der Anerkennung
- **In öffentlichen Verwaltungen:** Verzicht auf generelle Lohnerhöhungen, keine Lohnsenkungen
- **Für Pöstlerinnen und Pöstler:** Anerkennungsprämie. Es wird mehr Lohn verlangt, aber wie viel genau, wird erst noch festgelegt

zen erholt haben. Auf Krisen folgen meist Jahre ohne grosses Lohnwachstum.

6 Wie sind die Aussichten für dieses Jahr?

Es kommt unerwartet zu einem vergleichsweise grossen Lohnwachstum. Der Durchschnittsschweizer wird sich 0,9 Prozent mehr kaufen können für seinen Lohn. Mit diesem realen Lohnplus rechnet die Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich KOF. Zustände kommt dies so: Im typischen Lohnbeutel sind bloss 0,3 Prozent mehr Lohn drin. Doch die Coronakrise bewirkt einen Preisschock: Die Preise sinken um 0,6 Prozent. Unter dem Strich bleibt ein realer Lohnzuwachs von 0,9 Prozent. Damit gelingt vorübergehend der Ausbruch aus einer

dreijährigen Lohntristesse. 2019 waren die Reallöhne noch immer tiefer als im Jahr 2016.

7 ... und für 2021?

Es droht der Rückfall in die Lohntristesse. Laut Konjunkturforschungsstelle KOF wird es ein kümmerliches Lohnplus von 0,3 Prozent geben. Nach Abzug der Inflation bleiben noch 0,2 Prozent übrig. An diesen trüben Aussichten werden auch kämpferische Gewerkschaften nicht allzu viel ändern. Ungleich wichtiger wird sein, wie viel Schwung die Wirtschaft im Herbst hat. Nach dem derzeitigen Konsens wird der Arbeitsmarkt nicht in einem derart katastrophalen Zustand sein wie mitten im Lockdown noch befürchtet. Doch eine schwere Wirtschaftskrise scheint unvermeidbar zu sein.

Donnerstag, 20. August 2020

Wirtschaft

Kleine gegen Grosse

Weil zwei Wirtschaftswelten aufeinanderprallen, brodeln es in den Verbänden. Die Spannungen nehmen zu.

Roman Schenkel
und Stefan Ehrbar

Coiffeursalons, IT-Buden, Restaurants: 99 Prozent der knapp 600 000 Unternehmen in der Schweiz sind KMU. Firmen, die 1 bis 250 Angestellte beschäftigen. Gut drei Millionen der insgesamt 4,5 Millionen Beschäftigten arbeiten bei einem KMU. Die Zahlen des Bundesamts für Statistik belegen, dass die Phrase, die KMU seien das Rückgrat der Schweiz, keine leere ist. Die Umsätze und Gewinne sind zwar oft überschaubar. Doch die Menge macht's: Gemäss der Basler Firma Nimbo dürfte der Wert aller Schweizer KMU bei 659 Milliarden Franken liegen.

Nestlé, Novartis, Roche: Kein anderes Land wie die Schweiz zählt pro Kopf so viele erfolgreiche Grossfirmen. In der Liste der wertvollsten Konzerne weltweit steht Nestlé auf Rang 13. Die Basler Pharmamultis Roche und Novartis folgen knapp dahinter. Alleine dieses Trio bringt es auf eine Börsenkaptalisierung von fast 800 Milliarden Franken.

Es gibt zahlreiche Reibungsflächen

Bei diesen Zahlen liegt es auf der Hand, dass es für Gross und Klein nicht eine Wirtschaftspolitik geben kann. Zwei Welten treffen aufeinander – der Streit zwischen Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler und Economiesuisse-Direktorin Monika Rühl wegen der Konzernverantwortungsinitiative lässt grüssen.

Doch das Beispiel Konzernverantwortungsinitiative ist nur eines von vielen Themen, bei welchen die Meinungen von KMU- und Konzernvertreter weit auseinandergelassen. Beim Vaterschaftsurlaub bzw. der Elternzeit lieferten sich die Konzerne in der Schweiz einen regelrechten Wettbewerb, wer den längsten hat. Johnson&Johnson stieg mit acht Wochen ins Ren-



bz – Zeitung für Basel



Unterschiedliche Interessen: KMU (links Kaffeemaschinenbau bei der Firma Schaetti) und Grosskonzerne wie Roche.

Bilder: Keystone

Auf **659**
Milliarden Franken beläuft
sich der Wert aller Schweizer
KMU.

Fast **800**
Milliarden Franken sind
Nestlé, Roche und Novartis
an der Börse wert.

nen, das Pharmaunternehmen MSD bot 16 Wochen, Novartis und Nestlé kamen mit 18 Wochen und der Zigarettenhersteller Japan Tobacco International (JTI) legte für seinen Schweizer Standort mit 20 Wochen noch einen obendrauf.

KMU sahen diesem Wettstreit ungläubig zu. Nicht etwa, weil sie per se dagegen wären – der designierte Gewerbeverbandspräsident Fabio Regazzi hält den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub für «ein Opfer, das die KMU akzeptieren müssten» – sie sind allerdings

schlicht nicht in der Lage, in dieser Liga mitzuspielen. Wie sollen diese Absenzen kompensiert, geschweige denn finanziert werden?

David Dorn, Professor an der Universität Zürich, wertet die Spannungen vor allem dahin gehend, dass die «Wirtschaft» eine heterogene Gruppe von unterschiedlichen Branchen, Unternehmensgrössen und Absatzmärkten ist. «Daraus ergeben sich unterschiedliche Interessen», sagt Dorn. Grosse, internationale Unternehmen würden zwar bezüglich Absatzmärkten und Zulieferern durchaus im selben Boot sitzen wie KMU im Maschinenbausektor. «Von den kleinen Firmen, deren Markt auf die Schweiz beschränkt ist, setzen sie sich aber deutlich ab.»

Das zeige sich neben der Konzernverantwortungsinitiative zum Beispiel auch beim Rahmenabkommen mit der EU. «Für international ausgerichtete Unternehmen hat der Zugang zum europäischen Markt höchste Priorität, deshalb möchten sie das Abkommen schnellstmög-

lich unter Dach und Fach haben», sagt Dorn. Umgekehrt betonten binnenorientierte Firmen die flankierenden Massnahmen. «Das schützt sie gegenüber ausländischen Unternehmen, die billige Arbeitskräfte in die Schweiz schicken möchten.»

Die Konzerne hätten wegen der hohen Gehälter an Ansehen eingebüsst. «Viel Beachtung finden auch Verstösse gegen Umwelt- oder Arbeitnehmerstandards», sagt Dorn. Er betont aber, dass Konzerne bei Hochschulabgängern nach wie vor als attraktive Arbeitgeber gelten. Zudem leisteten sie wichtige Impulse in Sachen Innovation und Wirtschaftswachstum. «Die ungewöhnlich hohe Dichte an internationalen Konzernen ist eine Stärke der Schweizer Volkswirtschaft», sagt der Zürcher Professor.

Dass in der Coronakrise manche Konzerne florieren, während gleichzeitig viele Gewerbetreibende und KMU um ihre Existenz bangen, führt Dorn darauf zurück, dass die grossen Firmen im Gegensatz zu KMU

auf hohen Kapitalbeständen sitzen würden und die aktuelle Rezession so besser wegstecken können. «Zudem begünstigt der digitale Wandel generell die Grossen, weil sie hohe IT-Investitionen besser stemmen können. Als Belohnung winken Effizienzsteigerungen, die grössere Umsätze und eine höhere Gewinnmarge bringen.» Dadurch würden die Grossen in den einzelnen Branchen noch stärker.

Zwist zwischen den Verbänden nicht neu

Zwist zwischen den Verbänden ist kein neues Phänomen. Unter Getöse entschied sich der Uhrenverband 2013 für den Austritt bei Economiesuisse. Und 2006 drohte die Maschinen- und Elektroindustrie auszutreten. Die Kritik tönnte damals gleich wie heute: KMU würden sich im Gebaren der Economiesuisse nicht erkennen, die Organisation widme sich nur den Grosskonzernen, erklärte Philippe Maquelin, damaliger Finanzchef der Maschinenfabrik Tornos.

Krise wirft Firmen um Jahre zurück

Darbende Industrie Die Hoffnung auf einen raschen Aufschwung hat sich für viele Unternehmen zerschlagen. Weil Aufträge ausbleiben, scheuen die Chefs auch vor drastischen Schritten nicht mehr zurück.

Angelika Gruber

Die Aussichten sind düster: Der Umsatz des Werkzeugspezialisten Urma dürfte in diesem Jahr um 20 bis 30 Prozent einbrechen, schätzt Inhaber Urs Berner. Doch er gibt sich kämpferisch: «Ich mache mir keine Sorgen, wir werden wieder zurückkommen», sagt der 63-jährige Unternehmer aus Rapperswil AG.

Seine Firma fertigt in zweiter Generation Präzisionswerkzeuge für den Bau von Motoren, Getrieben und Maschinen. Die liefert er dann in die ganze Welt. Doch durch die Corona-Krise ist das Geschäft eingebrochen. Und an eine schnelle Erholung glaubt der Unternehmer nicht. Er schätzt, dass sein Unternehmen zwei bis drei Jahre brauchen wird, nur um beim Umsatz wieder das Niveau von 2019 zu erreichen.

Doch immerhin musste Berner keine seiner 100 Beschäftigten in der Schweiz entlassen. Zwar will auch er den Personalstand leicht reduzieren. Doch das schafft er, indem er frei werdende Stellen nicht nachbesetzt. «Bei uns gibt es keine Corona-Entlassungen, wir haben das auch nicht geplant», sagt Berner.

Damit geht es der Urma AG besser als vielen anderen. Metallverarbeitende Betriebe oder Maschinenbauer wie den Familienbetrieb in Rapperswil gibt es viele in der Schweiz: Oft sind die Firmen auf eine Nische spezialisiert und dort seit Jahrzehnten erfolgreich – trotz hoher Lohnkosten. Ihre Produkte verkaufen sie typischerweise in die ganze Welt. Die Corona-Krise erwischt sie nun mit voller Wucht: Denn keine Region und kaum eine Abnehmerbranche ist immun gegen die Pandemie.

«Wir leben jetzt von der Hand in den Mund»

Das bekommt auch der Maschinenbauer Baltec mit Sitz in Pfäffikon ZH zu spüren. Das Unternehmen stellt Nietmaschinen für die Autobranche her und ist auf mehreren Kontinenten vertreten. «Unsere Diversifikation nutzt uns momentan nicht viel, weil die Krise alle Regionen der Erde erfasst hat», sagt Finanzchef Michael Hepper. Der Umsatz ist durch Corona um die Hälfte eingebrochen. Viele der 40 Mitarbeiter in der Schweiz sind auf Kurzarbeit. «Die Arbeit ist uns gegen Mitte Mai ausgegangen, nachdem der Arbeitsvorrat von rund



Urs Berner schätzt, dass sein Unternehmen Urma zwei bis drei Jahre brauchen wird, um beim Umsatz wieder das Niveau von 2019 zu erreichen. Foto: Boris Müller

zwei Monaten abgearbeitet war. Wir leben jetzt von der Hand in den Mund», sagt Hepper.

Zwar gebe es weiterhin viele Anfragen von Kunden, doch viele zögern wegen der schwierigen Lage, tatsächlich zu investieren.

Eine rasche Besserung ist nicht in Sicht. «Wir stellen uns darauf ein, dass es in den kommenden Monaten auf dem tiefen Niveau weitergeht.»

Dass die beiden Beispiele keine Einzelfälle sind, zeigen die

jüngsten Zahlen des Bundesamts für Statistik für das zweite Quartal: Produktion und Umsätze sind im gesamten sekundären Sektor so stark eingebrochen wie seit der Finanzkrise 2009 nicht mehr.

Wie dramatisch die Lage vieler Betriebe ist, zeigt die jüngste Umfrage des Branchenverbands Swissmechanic, der auf kleine und mittelständische Firmen in der Maschinenbau-, Elektro- und Metallindustrie spezialisiert ist: 27 Prozent der von Swissmechanic befragten Firmen haben bereits Mitarbeiter entlassen. Einige wenige Firmen mussten sogar schliessen. Drei Viertel der Unternehmen haben einen Einstellungsstopp verhängt und Kurzarbeit angemeldet.

«Das Hauptproblem ist der Auftragsmangel», erläutert Swissmechanic-Direktor Jürg Marti. Wichtige Abnehmerbranchen für Schweizer Industriefirmen zaudern beim Tätigen neuer Bestellungen. «Es gab einen weltweiten Nachfrageeinbruch – beispielsweise bei Autos, in der Luftfahrt und der Maschinenindustrie.»

Auch Grossfirmen streichen Stellen

Eine rasche Besserung ist nicht in Sicht: Auch für das laufende dritte Quartal gehen die Unternehmen mit einer deutlichen Mehrheit von weiter sinkenden Aufträgen und Umsätzen aus. Für die Studie haben Swissmechanic und BAK Economics im Juli rund 250 KMU befragt. Der Branchenverband Swissmem, der eher grössere Industriefirmen repräsentiert, will am kommenden Mittwoch über die aktuelle Lage informieren.

Dort dürfte das Bild ähnlich sein – denn auch vor Grossfirmen machen die Krise und der damit verbundene Kahlschlag nicht halt: Der Lifthersteller Schindler hat zum Beispiel bereits angekündigt, weltweit rund 2000 Stellen abzubauen, davon bis zu 10 Prozent in der Schweiz.

Der Zahnimplantatehersteller Straumann hat wegen der Pandemie weltweit rund 660 Stellen gestrichen, davon etwa 60 am Hauptsitz in Basel. Und bei Oerlikon sollen bis Jahresende 700 von 800 geplanten Stellen abgebaut sein, davon rund 50 in der Schweiz und Liechtenstein. Auch die Industriefirmen Dätwyler und Komax haben ihren Personalstand im laufenden Jahr um 350 respektive 150 Stellen reduziert.

Mit seiner Zuversicht ist der Rapperswiler Unternehmer Urs Berner da fast schon eine Ausnahme in der Schweizer Industrie.

Es winkt reales Lohnplus von bis zu 1,5 Prozent

Überraschung im Lohnherbst Eine Umfrage verspricht für 2021 eine durchschnittliche Salärerhöhung um 0,6 Prozent. Die Negativteuerung stärkt die Kaufkraft zusätzlich. Doch fast jeder vierte Arbeitgeber strebt eine Nullrunde an.

Robert Mayer

Weggebrochene Absatzmärkte, stark eingeschränkte Produktion, weit verbreitete Kurzarbeit und Stellenabbau – das alles noch eingehüllt in einen Nebel voller Unsicherheit über die Aussichten für das Winterhalbjahr: Kaum je haben Lohnverhandlungen in den letzten Jahren unter so schlechten Vorzeichen stattgefunden.

Dass da keine Salärspünge zu erwarten sind, ist den meisten klar. «Es wird eine anspruchsvolle Lohnrunde geben», umschreibt Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, die Ausgangslage. In der Hotellerie und Gastronomie haben sich die Sozialpartner bereits darauf verständigt, die Löhne für 2020 und 2021 auf dem Niveau des Vorjahres zu belassen.

Umso mehr verwundert, was die erste grosse Lohnumfrage in diesem Herbst aufzeigt: Die Saläre dürften demnach im Durchschnitt um 0,6 Prozent steigen. Durchgeführt hat sie das St. Galler Beratungsunternehmen Know.ch. «Würde dies tatsächlich so kommen, wären wir nicht gänzlich unzufrieden», sagt Gabriel Fischer, zuständig für Wirtschaftspolitik beim Arbeitnehmerverband Travaillsuisse.

«Das Bild ist je nach Branche extrem unterschiedlich»

Etwas überrascht zeigt man sich auch beim Schweizerischen Arbeitgeberverband. «0,6 Prozent mehr Lohn erachten wir vor dem Hintergrund der Corona-Krise als beachtlichen Wert», meint dessen Chefökonom Simon Wey. Die Lohnsituation müsse dieses Jahr noch stärker als in früheren Jahren differenziert betrachtet werden. In Branchen, die von den Massnahmen zur Corona-Eindämmung betroffen sind, besteht laut Wey «wenig Spielraum» für Lohn-erhöhungen.

Bei Gabriel Fischer findet er Gehör: «Das Bild ist in diesem Jahr je nach Branche extrem



Lehrerinnen und Lehrer müssen sich auf ziemlich bescheidene Lohnerhöhungen einstellen. Foto: Keystone

unterschiedlich.» Abgesehen vom Gastrobereich, so fügt der Travaillsuisse-Vertreter hinzu, sei auch bei den Autozulieferern, den Herstellern von Uhren und Luxusgütern sowie in der öffentlichen Verwaltung «kaum der Moment für höhere Löhne».

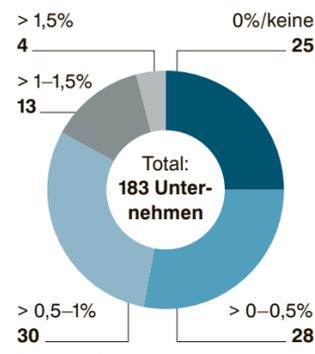
Kommt der Schock erst noch? Durchgeführt wurde die Lohn-

umfrage von Know.ch im August. 183 Unternehmen gaben dabei die Höhe der geplanten Lohnerhöhungen zwischen 0 und über 2 Prozent in Bandbreiten von 0,25 Prozentpunkten an. Auf Basis dessen gelangt Know.ch-Geschäftsführer Andreas Kühn zur besagten Schätzung einer mittleren Saläranhebung von 0,6 Prozent.

Kühn will indes nicht ausschliessen, dass seine nächsten Umfragen im Oktober und November ein etwas anderes Bild zeigen. «Nach meinem Eindruck ist die Tragweite von Corona noch nicht überall vollständig geklärt», begründet er seine Vorsicht. «Viele Arbeitgeber werden erst im Lauf des Herbsts erkennen, wie die Pandemie ihren Ge-

Geplante Lohnerhöhungen für 2020/21

Anteil Unternehmen, die eine Lohnerhöhung beabsichtigen, in Prozent
Lesbeispiel: 25% der Unternehmen erhöhen ihre Löhne nicht.



Grafik: mre/Quelle: Know.ch

Individuelle Lohnerhöhungen überwiegen bei weitem

Anteile von Firmen, welche die Saläre anpassen, in Prozent
generell individuell

Pharmaindustrie	40	100
Dienstleistungen für Unternehmen	36	100
Gross- und Detailhandel	29	100
Öffentliche Verwaltung	22	89
Energie, Wasser, Entsorgung	20	90
Gesamt	17	95
Finanz, Versicherungen	4	96
Informationstechnologie	0	100

Grafik: mre/Quelle: Know.ch

schäftsgang beeinflusst.» Unter Umständen werde daher die Prognose im November nach unten korrigiert. «Ganz sicher wird das der Fall sein», so Kühn, «wenn neue Lockdown-Massnahmen kommen.» Dem halten Gabriel Fischer und Daniel Lampart entgegen, dass es auch Wirtschaftszweige gebe, denen es gut bis sehr gut laufe – trotz oder gerade wegen Corona. Dazu zählen die Pharmaindustrie, die Bauwirtschaft (dank vielen Renovationen), die Banken oder die Velohersteller und -verkäufer.

Mehr Kaufkraft mitten in der Krise

Auch wenn die laufende Lohnrunde aus Sicht der Beschäftigten am Ende etwas schlechter ausfallen sollte, als die August-Umfrage vermuten lässt – in den meisten Portemonnaies wird auf jeden Fall etwas hängen bleiben. Denn berücksichtigt man die negative Teuerungsrate, die in diesem Jahr knapp –1 Prozent betragen dürfte, winkt eine reale Lohnsteigerung in der Grössenordnung von gegen 1,5 Prozent.

Sie ist letztlich massgebend, denn sie bestimmt, wie es um die Kaufkraft der Leute bestellt ist.

Selbst in jenen Firmen, in denen in diesem Lohnherbst eine Nullrunde angesagt ist – das dürfte laut der Umfrage von Know.ch für fast ein Viertel zutreffen –, werden die Arbeitnehmenden real etwas bessergestellt sein.

Ausgerechnet das Krisenjahr 2020 dürfte somit vielen Privathaushalten zu einem höheren Lebensstandard verhelfen – soweit sie weder von Kurzarbeit noch vom Verlust des Arbeitsplatzes betroffen sind. Fischer von Travaillsuisse wertet die negative Teuerung daher als «vorzüglichen Steilpass für die Arbeitgeber». Denn solange sie andauere, verliere das Argument der Arbeitnehmervertreter, mit steigenden Löhnen die Kaufkraft zu erhalten, erheblich an Zugkraft.

Darauf angesprochen, entgegen Arbeitgebervertreter Wey, die negative Teuerung könne als generelle Lohnerhöhung angesehen werden. «Sie führt dazu, dass alle Mitarbeitenden mit ihren Löhnen mehr konsumieren können.» In einem solchen Umfeld neigen die Unternehmen besonders dazu, die Saläre individuell – also anhand (subjektiver) Leistungskriterien – zu erhöhen.

Am Arbeitsmarkt geht es aufwärts

Neue Seco-Daten zur Beschäftigung Die Arbeitslosenquote hat sich stabilisiert. Überwunden ist die Krise allerdings noch nicht.

Die gestern veröffentlichten Zahlen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zum Schweizer Arbeitsmarkt machen deutlich, dass der im Frühjahr befürchtete Kahlschlag nicht eingetroffen ist – und auch kaum eintreffen wird. Die Arbeitslosenquote ist im August nur um 0,1 Prozent auf 3,3 Prozent angestiegen. Bereinigt um saisonale Effekte ist sie sogar bei 3,4 Prozent stabil geblieben. Im Januar lag die (unbereinigte) Quote noch bei 2,6 Prozent.

Auch für die Zukunft gibt es bisher keine Anzeichen für eine breite Entlassungswelle, wie Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit beim Seco, erklärt. Diese Befürchtung wurde vor allem von der Sorge getrieben, dass krisenbedingt ein grosser Teil der Unternehmen Konkurs anmelden müsse. Eine solche Ent-

wicklung würde sich in den Insolvenzenschädigungen niederschlagen. Doch hier zeigt sich nichts. «Im Vergleich zum Vorjahr sehen wir in diesen Daten keine auffällige Veränderung», sagt Zürcher.

Sichtbar ist allerdings eine Zunahme der Anmeldungen für Massenentlassungen. Laut Obligationenrecht müssen Unternehmen solche Pläne anmelden. Bisher sind davon 8000 Beschäft-



Die Arbeitslosenquote lag im August bei 3,3 Prozent. Foto: DPA

tigte insgesamt betroffen, 2500 kamen im August dazu. Laut Zürcher sind es vor allem grössere Unternehmen mit Restrukturierungsplänen, die einen entsprechenden Abbau planen.

Doch die Zahl der tatsächlichen Entlassungen dürfte deutlich tiefer ausfallen. Erfahrungsgemäss sei das nur ein Bruchteil dessen, was die Unternehmen anfänglich anmeldeten, sagt der oberste Arbeitsmarktverantwortliche der Schweiz. Zudem würde bei grossen Unternehmen auch die gewöhnliche Fluktuation den Druck zum Personalabbau mindern.

Beim Seco erwartet man angesichts dieser Aussichten neu nicht mehr eine Arbeitslosenquote von 3,8 Prozent für das Jahr 2020, sondern neu nur noch eine Quote von unter 3,5 Prozent, wie das Staatssekretariat gestern

Nachmittag im Rahmen einer neuen Zwischeneinschätzung bekannt gab.

Dass die Arbeitslosigkeit bisher nicht stärker angestiegen ist, lag an der Kurzarbeitsentschädigung, die auch diesen Zweck verfolgt. Gemäss einer Schätzung des Seco hätte die Arbeitslosenquote im März statt bei 2,9 Prozent bei mehr als 10 Prozent gelegen, hätte es die Kurzarbeit nicht gegeben. Auf dem Höhepunkt der Krise im April wäre die Quote vermutlich sogar auf über 20 Prozent gestiegen, tatsächlich lag sie bei 3,3 Prozent.

Weniger Kurzarbeit

Insgesamt lagen Bewilligungen für Kurzarbeit von 1,9 Millionen Beschäftigten vor. Beansprucht wurde sie von den Unternehmen aber für deutlich weniger: auf dem Höhepunkt im April für

rund 1,3 Millionen Beschäftigte, im Mai noch für 1 Million, und im Juni sank die Zahl bereits auf eine halbe Million.

Seither sind die Anträge und Bewilligungen für Kurzarbeit für den Oktober und den September ebenfalls deutlich zurückgegangen: Für den September wurden Bewilligungen für 422'000 Beschäftigte und damit 8 Prozent aller Beschäftigten erteilt und für den Oktober 340'000 Bewilligungen, was noch 6,6 Prozent aller Beschäftigten entspricht.

Kurzarbeit hatte noch eine weitere für die ganze Volkswirtschaft und den weiteren Konjunkturverlauf entscheidende Funktion: Sie hat die Einkommen der Beschäftigten stabilisiert. So zeigen die Daten, dass die durch die Kurzarbeit gestützten Einkommen deutlich weniger stark zurückgingen als die

Konsumausgaben. Das bedeutet, dass die finanzielle Lage der Haushalte sich verbessert hat und deren Ersparnisse angestiegen sind. Das wiederum ist eine gute Voraussetzung für eine wirtschaftliche Erholung.

Sämtliche präsentierten Zahlen bestätigen das Bild, dass es mit der Wirtschaft nach dem schlimmen zweiten Quartal wieder deutlich aufwärtsgeht. Das gilt in erster Linie für die Binnenwirtschaft. Für Jubelstimmung ist es aber dennoch zu früh. Das liegt zum einen an den verbleibenden Unsicherheiten zum weiteren Verlauf der Virusanstechungen und nötigen Gegenmassnahmen. Zudem spielt für die besonders offene Schweizer Volkswirtschaft die Entwicklung im Ausland eine grosse Rolle.

Markus Diem Meier

Donnerstag, 17. September 2020

Wirtschaft

Was von der Wirtschaftskrise übrig bleibt

Ökonomen der Credit Suisse glauben, dass reiche Länder wie die Schweiz die Delle rasch ausgleichen können – anders als ärmere Länder.

Daniel Zulauf

«Die Schwachen werden schwächer, die Starken stärker.» Die ohnehin schon grosse globale Ungleichheit wird durch die Pandemie weiter zunehmen, ist Credit-Suisse-Chefökonom Oliver Adler überzeugt. Länder, denen im Frühjahr das Geld oder auch die Umsetzungsfähigkeit fehlten, die wirtschaftlichen Folgen der Ausbreitung des Coronavirus beziehungsweise die Kosten des Lockdowns abzumildern, werden die aktuelle Krise nachhaltig zu spüren bekommen, meint Adler.

Die Schweiz gehört zu den privilegierten Ländern. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 8,2 Prozent eingebrochen – ein Wert, der seit Beginn der Messungen des Seco im Jahr 1980 noch nie erreicht worden war. Doch Claude Maurer, Leiter Konjunkturanalyse Schweiz bei der Credit Suisse, geht davon aus, dass diese Delle vergleichsweise schnell ausgeglichen werden wird.

BIP soll nur um etwa vier Prozent sinken

In der Zeit des Lockdowns seien die Haushaltseinkommen im Durchschnitt um höchstens knapp fünf Prozent gesunken. Die Differenz zum BIP-Einbruch sei durch Transferzahlungen, wie zum Beispiel Kurzarbeitsentschädigungen, ausgeglichen worden. Diese fiskalischen Massnahmen hätten in Verbindung mit der vorteilhaften Branchenstruktur der Wirtschaft und der vergleichsweise «massvollen» Ausgestaltung des Lockdowns einen tieferen Absturz verhindert. Vor allem aber hätten die Massnahmen den Boden für eine rasche Erholung gelegt.



Die Erholung der Schweizer Wirtschaft geht weiter, verliert aber an Schwung.

Bild: Ennio Leanza/Keystone (Zürich, 27. August 2020)

«Die globale Ungleichheit wird durch Corona weiter zunehmen.»

Oliver Adler
Chefökonom Credit Suisse

Maurer war schon in der Vergangenheit deutlich optimistischer als andere seiner Berufskollegen. Nun sieht er sich bestätigt. Für das Gesamtjahr rechnet er unverändert mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes in der Schweiz um vier Prozent. Die anderen grossen Prognoseinstitute rechnen – zumindest im Moment noch – mit einem Einbruch um durchschnittlich 5,8 Prozent. Der aktuelle Erholungsschub werde auch durch die hohen Ersparnisse getragen, welche die Haushalte während des Lockdowns angehäuft hätten. Die CS hat eine Zahl von

8 Milliarden Franken berechnet. Davon dürften nach Schätzung der Bank zwei Drittel schnell in den Konsum zurückfliessen.

Die Credit Suisse ist optimistischer als andere

Die rasche Erholung verhindert in Maurers Szenario auch einen Anstieg der Arbeitslosenquote. Mit bis zu vier Prozent in der Spitze (Mitte 2021) erreiche diese keinen Wert, der hoch genug ist, um den Menschen die Freude am Konsum vollständig zu nehmen. So werde sich die Schweiz entlang der Linie eines «schiefen V» langsam, aber sicher aus der

Delle herausarbeiten, bis die sogenannte «Output-Lücke», die Differenz zwischen der tatsächlich erbrachten Wirtschaftsleistung und dem Potenzial, wieder geschlossen ist.

Die Credit Suisse geht nicht davon aus, dass die Coronakrise das Wachstumspotenzial der Schweizer Wirtschaft längerfristig nicht beeinträchtigen wird. Auch damit zeigen sich die Ökonomen der Bank zuversichtlicher als andere Auguren. Das Staatssekretariat für Wirtschaft zum Beispiel geht davon aus, dass die Coronakrise das Produktionspotenzial der Schwei-

zer Wirtschaft nachhaltig beschädigen wird, was bis zum Jahr 2030 einen Einkommensverlust pro Kopf von 3400 Franken bis zu 6900 Franken pro Jahr bedeuten könnte. Gründe für ein Absinken des Produktionspotenzials wären zum Beispiel geringere Investitionen der Firmen, also ein Verlust an Produktionsressourcen. Auch das Humankapital könnte nachhaltig Schaden nehmen, wenn arbeitslos gewordene Menschen nicht rasch in den Arbeitsprozess zurückfinden können und so ihre Fertigkeiten verlieren. Gerätselt wird zudem, ob die Pandemie auch die Produktivität der Erwerbstätigen dämpfen könnte, zum Beispiel ob sie im Homeoffice weniger effizient arbeiten als im Büro.

Zuverlässige Antworten auf die meisten dieser Fragen wird auch Maurer erst in einigen Jahren geben können. Unbestritten ist immerhin, dass die zunehmende Überalterung der Bevölkerung den mit Abstand grössten Effekt auf das Potenzialwachstum der Wirtschaft ausübt. Diese Entwicklung wird das Wachstumspotenzial der Schweiz trotz Zuwanderung in den kommenden zehn Jahren um gut 0,5 Prozent pro Jahr senken. Zurzeit bewegt es sich laut Maurers Berechnungen bei rund einem Prozent. Bei so geringem Tempo kommt auch der Befund nicht ganz überraschend, dass der in der Coronakrise entstandene Rückstand auf die Marschtabelle in nützlicher Frist aufzuholen ist. Umgekehrt droht die Krise für viele Schwellenländer für lange Zeit zu einer Bürde werden, wenn deren mithin grösstes Kapital, die junge Bevölkerung, nicht schnell wieder produktiv werden kann.

Region



Der Bachgraben, ein Landstreifen zwischen Basel und Allschwil, ist die grösste Baustelle der Region. Die Geschichte hatte sich nicht abgezeichnet, als der Fürstbischof Jakob Christoph Blarer von Wartensee die Bauern

Unheimliche «Silicon-Mile»

Das Niemandsland an der Grenze zu Frankreich rückt ins Zentrum. Nirgendwo sonst in der Region wird kräftiger an der Zukunft gebaut.

Christian Mensch

Mehr Peripherie geht nicht. Fernab von jedem Durchgangsverkehr liegt der Bachgraben. Ein überschaubarer Streifen Land, 1,4 Kilometer lang, einige hundert Meter breit. Von Süden nach Norden verbindet er die Vorortsgemeinde Allschwil mit der Zentrumsstadt Basel. Im Osten begrenzt der Wall des Dorfbachs das Gebiet, im Westen stösst er an die französische Grenze. Nur wer sich verfahren hatte, ist bis vor wenigen Jahren auf den Hegenheimermattweg geraten, der den Ausläufer der Rheinebene schnurgerade durchzieht.

Das war gestern. Heute ist der Bachgraben Boomgebiet. Im Wettstreit schiessen Firmenkomplexe aus dem Boden. Mit Tonnen von Beton wachsen die Skelette in die Höhe. Ein Heer von Arbeitern zieht sie auf die Norm von zwanzig Metern, es werden keine billigen Industriebauten, sondern architektonisch anspruchsvolle Labor- und Bürokomplexe. Nur die neuen Parkhäuser sind reine Funktionalität. Raum für 6000 Arbeitsplätze entsteht, ein Eldorado für Forscher, ein Cluster der hohen Wertschöpfung. Der Hegenheimermattweg mutiert zur «Silicon-Mile», an der sich Firmen der Life Sciences, der Public Health und der begleitenden Hochtechnologie wie auf einer Perlenkette aufreihen.

Diese Geschichte hatte sich nicht abgezeichnet. Archäologische Funde lassen zwar auf eine frühe bronzezeitliche Siedlung schliessen, doch bis weit in die Neuzeit lag die Stadt Basel ebenso weit weg wie das Bauerndorf Allschwil, zu dessen Bann der Bachgraben gehört. Die Äcker waren fruchtbar, aber häufig überschwemmt, bis im 16. Jahrhundert der Fürstbischof Jakob Christoph Blarer von Wartensee die örtlichen

Bauern in Fronarbeit hiess, den Dorfbach zu zähmen. Mit einem Wall wurde sein Verlauf reguliert. Rechtsufrig etwas höher, um bei Hochwasser das Siedlungsgebiet zu schützen. Linksufrig standen Schieber, um die Äcker zu bewässern oder um einen Eisweiher zu speisen. Der Dorfbach lag nun tatsächlich in einem Graben. Obwohl: Urkundlich ist nachgewiesen, dass das Gebiet schon ein Jahrhundert früher «bachgraben» genannt wurde.

Die Städter haben sich früh als grosse Landbesitzer eingenistet

Die Allschwiler Bauernfamilien, die Vogts, die Werdenbergs, die Gürtlers, hatten sich den Boden geteilt. Immer schmäler wurden durch Erbteilungen allerdings ihre Parzellen. Schon früh machten sich aber auch die Stadt Basel und das städtische Bürgerspital auf der Landschaft breit. Ein Plan des Gemeindegastasters von 1895 zeigt, wie sie sich grosszügig und expansiv westwärts der Stadt Territorium sicherten.

Die grüne Grenze zu Frankreich blieb nah, bedrohlich nah. 1939, nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, wurde der Dorfbach trockengelegt, das Wasser in den östlich gelegenen Feldgraben umgeleitet, Bunker errichtet und der Wall als Grenzbefestigung genutzt. Soldaten lagen nun im Graben, die Grenze fest im Auge. Noch lange galt für Gebäude eine Höhenbegrenzung; keines durfte den Blick vom Wall in die französische Nachbarschaft verstellen.

Der Allschwiler Dorfhistoriker Max Werdenberg erzählt: Nach dem Krieg wollte die Stadtregierung den Flughafen vom Sternfeld in Birsfelden zum Bachgraben nach Allschwil verlegen. Doch die Milchgenossenschaft habe sich als Vertreter der Bauernschaft er-

folgreich dagegen gewehrt. Nun liegt das Gebiet exakt in der An- und Abflugschneise des Euro-Airport, der stattdessen zwei Dörfer weiter draussen im Elsass gebaut wurde. Auch den Bau eines Güterbahnhofs, der dann im Sankt Johann entstehen sollte, wussten die Allschwiler widerständlerisch zu verhindern.

Das Ackerland sollte für die Landwirtschaft reserviert bleiben. Die Industrialisierung war ohnehin weitgehend ausgeblieben. Allschwil blieb das bäuerliche Sundgauerdorf, das wohl bloss aufgrund eines historischen Irrtums nicht zum französischen Elsass gehört. Der Ort wuchs, doch bloss als Schlafgemeinde, gearbeitet wurde anderswo. In den Lehmgruben auf der anderen Dorfseite wurden Ziegel und Backsteine geformt und gebrannt. Im Dorfkern, umgeben von Riegelbauten, standen ein Betrieb der Metallindustrie sowie eine Schuhfabrik. Der Rest war bestenfalls Gewerbe. Der Bauboom in der Stadt machte immerhin den Kies

«Was jetzt im Bachgraben passiert, ist <too big to fail>.»

begehrt, der unter den Äckern der Bachgrabenebene lag. Direkt an der Landesgrenze trugen Bagger die Humusschicht ab und hoben den Rohstoff aus. Noch heute türmen sich alte Kiesberge neben neuen Schrotbergen. Die einstigen Gruben unter ihnen sind mit Bauschutt und anderen Inertstoffen zugeschüttet.

In den 1980er-Jahren stieg der Druck auf das untergenutzte Grenzgebiet. Es drohte die wilde Überbauung, eine trostlose Anhäufung von billigen Industriebauten, wie sie viele Ortsbildränder der Schweiz als blechgewordene Verschandlung prägen. Es war der damalige SP-Gemeindepräsident Werner Klaus, der dem Landstrich eine Ordnung verlieh, die noch heute gilt: Zwischen Dorfbach und Hegenheimermattweg soll das Bachgrabengebiet grün bleiben. Nun reihen sich vom Dorf her ein Jugendfreizeithaus, Tennisplätze, eine Bocciahalle und acht Fussballplätze bis zum Stadtrand. Dort schliesst das gleichnamige Gartenbad an. Dessen Schwimmbecken und Liegewiesen liegen grösstenteils auf Allschwiler Boden, der Eingang steht jedoch auf Stadtboden. Das Gartenbad wurde 1962 eröffnet. Die Fussballfelder errichtete der Kanton Basel-Stadt als Ersatz für die Plätze, die mit der Gartenausstellung «Grün 80» in Brüglingen verloren gingen.

Der Streifen auf der anderen Strassenseite des Hegenheimermattwegs bis zur Grenze sollte Gewerbezone werden. Die Anfänge liessen nicht vermuten, was daraus werden sollte. Tennishallen lockten die Sportler, einige Gewerbegebäude gesellten sich dazu. Und mit der Coop Mineraloel zog ein erster starker Steuerzahler in das Bachgrabengebiet. Es blieb aber weiterhin Niemandsland, prädestiniert für die billige

doppelstöckige Holzbaracke, welche die Gemeinde 1993 direkt an der Landesgrenze errichtete: die Asylunterkunft Atlas. Bis zu 150 Flüchtlinge fristen dort, abgeschottet vom schweizerischen Alltag, seither ein Leben im Warten auf einen bundesbehördlichen Entscheid. An Skurrilität ist das Setting kaum zu überbieten. Der Holzbau erinnert an Schweizer Gemütlichkeitsarchitektur, doch das gesamte Areal ist eingezäunt, videoüberwacht, von Securitypersonal abgeschirmt. Seit sieben Jahren ist der Atlas keine Asylunterkunft mehr, sondern die Aussenstelle der Bundesempfangsstelle Bässlergut. Für Bewohner ist es ein Privileg, im Atlas zu sein; wer sich nicht an die Regeln hält, muss in die Zentrale zurück.

Actelion begründet das neue Zeitalter im Bachgraben

Der Beginn der neuen Bachgrabenära hat nur einen Steinwurf vom Atlas begonnen. Er trägt einen Namen: Clozel, Jean-Paul und Martine. Das charismatische Unternehmerpaar setzte erst vor gut zwanzig Jahren den Grundstein, als sie die Pharmafirma Actelion gründeten. Es sollte kein weiterer Spin-off der Platzhirsche Novartis und Roche sein, sondern ein Unternehmen, das eigenständig in der Weltliga spielt. Nahe und doch auf Distanz zu den Giganten, im Life Sciences Cluster Basel gelegen, aber auf Baselbieter Boden. Nach dem wirtschaftlichen Durchbruch bauten die Architekten Herzog & de Meuron einen repräsentativen Hauptsitz, der diesen Anspruch unterstreicht. Er ist zur Ikone des neuen Bachgraben geworden. Es ist ein Bau mit Strahlkraft, wenn auch von beschränktem praktischem Nutzen, wie Mitarbeiter erzählen.



verpflichtete, den Dorfbach mit einem Wall zu zähmen, um die Ebene von wiederholten Überschwemmungen zu schützen.

Bild: Roland Schmid

Allschwil, so wurde damals im Dorf erzählt, hatte alle erdenklichen Möglichkeiten genutzt, um den Clozels mit Steuerrabatten entgegenzukommen. Der Verzicht hatte sich gelohnt. Actelion wurde nicht nur ein unternehmerischer Erfolg, er zog Nachahmer an. Viollier gehört dazu, ein medizinisches Labor mit über 700 Mitarbeitenden, das aktuell 25 Jobs ausgeschrieben hat. Oder das eher unscheinbare, auf Antibiotika spezialisierte Pharmaunternehmen Polyphor, das beim Börsengang vor zwei Jahren 165 Millionen eingekommen hat. Oder Abbott, das sein weltweites Hauptquartier in der Sparte Generika im Bachgraben aufgebaut hat. Oder Sulzer Chemtec, in dem der ehemalige Metallbetrieb aus dem Dorfkern aufgegangen ist.

Im alten Gebäude der Actelion ist schliesslich der Switzerland Innovation Park (SIP) eingezogen und damit die Uni Basel, die sich einmietet. Es ist der erste und bisher einzige Uni-Standort auf Baselbieter Grund. Diese Symbolik verpflichtet und entlarvt: Als Basel-Stadt dem notleidenden Baselland vor fünf Jahren achtzig Millionen Franken schenkte, um damit die gemeinsame Trägerschaft der Universität zu retten, verkündeten die beiden Regierungen diesen Deal in Vollbesetzung just in diesem Gebäude. Der Bachgraben als Schnittstelle zwischen Stadt und Land, von beiden beansprucht und doch keinem richtig zugehörig.

Marcel Tanner zündet die zweite Stufe der Entwicklung

Der Beginn der neuesten Entwicklung ist ebenfalls mit einem Namen verbunden: Marcel Tanner. Als Direktor des Swiss Tropical and Public Health Institute (TPH) drängte er wie die Clozels auf einen repräsentativen Neubau für sein global erfolgreiches wie expansives Institut. Der Bachgraben bietet ein Umfeld, das seinen Ambitionen entspricht; ein Mix von renditegetriebener Pharmawirtschaft, universitärer Wissenschaft und staatlich geförderter Start-ups. Tanner ist mittlerweile emeritierter Leiter des TPH. Als Präsident der R.-Geigy-Stiftung hat er aber nicht nur weiterhin wesentlichen Einfluss auf

das TPH, er initiierte auch in unmittelbarer Nachbarschaft einen weiteren Bau, das PH2. Auf 10 000 Quadratmetern entstehen Räume für NGO und Stiftungen, die sich um die Weltgesundheit kümmern. Es sind Büros und Labors, aber auch ein «Dormitorium» für Studierende, Dozierende und Gäste der TPH. Es gleicht der Neuinterpretation eines Klosters, in dem die modernen Mönche in den gleichen Mauern leben wie arbeiten sowie der Religion und Wissenschaft huldigen.

Und noch ein parastaatlicher Betrieb sorgt dafür, dass der Bachgraben nicht wiedererkannt wird: das Basler Bürgerspital. Schon längst war es Grundbesitzer, 1967 erweiterte es seine Fläche um 12 000 Quadratmeter durch einen Landabtausch mit dem Kanton Basel-Stadt. Sein Gelände hatte es jahrzehntelang den Schrebergärtnern überlassen, die als kleinbürgerliche Nachfolger der Bauern die fruchtbaren Böden beackerten. Die Zäsur liegt im Entscheid des Bürgerspitals, das Land nicht mehr zu günstigen Konditionen den Gärtnern zu überlassen, sondern es in Baurecht einer kommerziellen Nutzung zuzuführen. Ein Masterplan, genannt «BaseLink» und vor sieben Jahren von Burckhardt+Partner entwickelt, unterteilt die 75 000 Quadratmeter seither in vier Parzellen mit jeweils vier Bauflächen. Der Grossteil davon ist ohne Zutun lobbyierenden Wirtschaftsförderinnen und -förderern verkauft.

Das TPH und das PH2 wachsen auf diesen Parzellen. Den grössten Komplex auf vier Feldern überbaut der St. Galler Bauentwickler Senn. Nach Plänen von Herzog & de Meuron zieht er auf 50 000 Quadratmetern Fläche den Grand Réseau d'Innovation et de Développement (Grid) hoch. Die Universität Basel und der SIP haben sich als frühe Ankermieter angemeldet, das Pharmaunternehmen Basilea ist mittlerweile gefolgt und zieht von der Stadt ins Boomland. Der Grid-Rohbau des ersten Teils steht und macht die offene Struktur mit breiten Fensterfronten erkennbar, in denen die Mitarbeitenden mit freiem Blick auf die grüne Grenze arbeiten werden.

Der Ort an der Peripherie hat Magnetwirkung, auch für Herzog & de Meuron, die dominierenden Architekten auf dem Life-Science-Strip. Mit Actelion standen sie am Anfang, mit Grid entwerfen sie das grösste Einzelprojekt. Auf zwei weiteren Baufeldern wollen sie selbst als Bauherren diese Zukunft mitgestalten. Nur Dienstleistungsgebäude für das neue Wissensquartier zu schaffen, genügt ihrem Anspruch nicht. «Ein neue Art des Arbeitens» versprechen die Architekten: eine Kita im Haus, ein Veloparking mit Duschen und Umkleide, Co-Working-Arbeitsplätze für eine «Work-Work-Balance». Auf der Höhe des Gartenbads planen sie deshalb einen Eckbau, der mit vierzig Metern Höhe die anderen um das Doppelte überragen wird. Wer von der Stadt her auf den Hegenheimerweg einbiegt, soll erkennen, dass hier das 21. Jahrhundert die Vorgeschichte vergessen macht.

Die Maximalhöhe ist Herzog & de Meuron vorbehalten

Mehr als eine Bauhöhe von vierzig Metern geht am Bachgraben nicht. Das ist eine Beschränkung durch den nahen Flugplatz. Ein zweiter Bau, am anderen Ende der Strasse, wird jedoch ebenfalls diese Höhe erreichen. Denn die Clozels haben mittlerweile ihre Actelion milliardenteuer an Johnson & Johnson verkauft, in einem Teil der Gebäude je-

«Allschwil blieb lange ein Schlafort, gearbeitet wurde anderswo.»

doch sogleich ihre neue Firma Idorsia gegründet. Und eine dieser Bauten wird Herzog & de Meuron bis auf Maximalhöhe aufstocken.

Die Entwicklung verläuft rasant. Erst vor sieben Jahren wurde BaseLink konzeptionell vorbereitet, nun stehen nur noch wenige Flächen frei. Auf einem Baufeld, das vom Biergarten Hortus zwischengenutzt wird, werde ein ganz besonderer Bau entstehen, erzählt Johannes Eisenhut, Projektverantwortlicher von Senn: Nicht bloss ein Null-Energie-Haus, das im Jahr so viel Energie produziert, wie sein Betrieb verbraucht, sondern eines, das nach 25 Jahren so viel Energie erzeugt haben wird, dass auch die graue Energie kompensiert sein wird. Damit ist jene Energie gemeint, die für den Bau des Gebäudes verbraucht wird. Ingenieure und Nachhaltigkeitsexperten entwerfen die Struktur. Holz, Lehm und Stroh werden die Baustoffe sein. In Umkehr des üblichen Arbeitsvorgangs haben die Designer von Herzog & de Meuron aus diesen Vorgaben eine Architektur zu entwickeln.

Das Experimentelle und das Handfeste liegen nahe beieinander. Die Skan AG, ein Technologiezulieferer der Pharmaindustrie, hat sich ausserhalb der BaseLink eine Parzelle gesichert. 420 Personen arbeiten an ihrem neuen Hauptsitz, eine Produktionsfläche von 5000 Quadratmetern steht Ende Jahr zur Verfügung, Reserven für dereinst 600 Arbeitsplätze sind geschaffen. Die Firmen sind international vernetzt, haben Kunden und Niederlassungen auf der ganzen Welt. Die Flughafennähe wird mehr als nur sinnbildlich.

Tagsüber entsteht eine hoch urbane Betriebsamkeit. Zwei Hotels werden die Geschäftskunden über Nacht aufnehmen. Doch grosse Pendlerströme werden wie Gezeiten hinein- und hinausfluten. Noch sind die zusätzlichen Parkhäuser nicht fertig, noch sind die neuen Büro- und Laborwelten nicht bezogen – und doch schon heute staut sich der Verkehr in Richtung Stadt wie in Richtung Gemeinde. Neue Busverbindungen sind zwar im Einsatz, die Strasse wird verbreitert, doch Abhilfe ist damit nicht geschaffen. Die Verkehrsinf-

rastruktur ist nicht darauf vorbereitet, was im Bachgraben entsteht.

Die Allschwiler Politik beschäftigt sich immer wieder mit ihrem Boomquartier hinter dem Dorfbach. Nennenswerte Einwände gibt es kaum. Auch nicht, als kürzlich im Einwohnerrat der Quartierplan «Idorsia» mit der geplanten Aufstockung verabschiedet wurde. Unbehagen äusserte einzig der Grüne Ueli Keller: «Ich bin noch nie gefragt worden, ob ich diese Riesengeschichte im Bachgraben eigentlich will. Ich kann immer nur bei einzelnen Dominosteinen mitbestimmen. Zum Bachgraben als Ganzes wurden wir noch nie befragt.» Er will vom Gemeinderat nun immerhin wissen, wie er diese Ausgangslage beurteile. Wie denn die demokratische Beteiligung der Bevölkerung sei, der Allschwil schliesslich gehöre.

Die Antwort kann vorweggenommen werden: Was jetzt im Bachgraben passiert, ist «too big to fail». Nicht nur die Gemeinde, auch der Kanton ist auf das Steuersubstrat der Unternehmen angewiesen, die sich dort ohne ihr Zutun ansiedeln. Für das Verkehrsproblem kann der Gemeinderat lediglich auf die Pläne verweisen, die Entlastung bringen sollen. Auf die Umfahrung mit einem direkten Tunnelzubringer zur Basler Nordtangente. Auf eine neue internationale Strasse, die der Grenze entlang auf französischem Territorium den Verkehr aufnehmen wird. Auf eine Untertunnelung der Vorortsgemeinde in Richtung Süden. Seit gut einer Generation werden diese Ideen mit jeweils leicht veränderter Routenführung aufs Papier gezeichnet. Als lediglich die Dorfbevölkerung davon profitiert hätte, verschwanden die Pläne Mal für Mal in den Schubladen. Dies könnte nun anders sein; schliesslich gilt es, den Bedürfnissen der «Silicon-Mile» gerecht zu werden.

Für die Bevölkerung wird der Bachgraben fremde Peripherie bleiben – wenn auch eine, die sich zum Zentrum gemacht hat.

Hinweis

Die Bildreportage mit zahlreichen Visualisierungen auf www.bzbasel.ch

Im Herbst rollt grosse Betreibungswelle an

Lohneinbussen wegen Corona und vermehrter Konsum auf Pump: Die Zahl der überschuldeten Personen hat deutlich zugenommen.

Gabriela Jordan

Viele Schweizerinnen und Schweizer konnten in den vergangenen Monaten sparen. Statt ihr Geld für Ferien und Freizeit auszugeben, häuften sie es auf dem Konto an. Vielen anderen erging es aber genau umgekehrt, wegen Kurzarbeit oder Jobverlust klafft ein Loch im Portemonnaie. Wer seine Rechnungen nicht bezahlt hat, musste sich bisher trotzdem nicht vor Geldeintreibern fürchten. Weil während des Lockdowns ein temporärer Betreibungsstopp galt, schoben Gläubiger ihre Forderungen vorerst auf. Laut dem Verband der schweizerischen Betreibungsämter sind die Fallzahlen im Vergleich zu Vorjahren um bis zu 20 Prozent im Rückstand.

Die Verzögerung dürfte aber schon bald aufgeholt werden: Betreibungsämter und Inkassofirmen rechnen damit, dass es im Herbst eine Welle von Betreibungen und Gläubigerforderungen geben wird, sei es von Krankenkassen, Telekomfirmen oder Detailhändlern. «Bisher warteten manche Gläubiger vielleicht aus Solidarität zu», sagt Stephan Boesch, Präsident der Zentralschweizer Betreibungsämter. «Jetzt dürften sie ihre offenen Beträge auf einmal einfordern.» Dafür haben sie drei Möglichkeiten: Es auf eigene Faust versuchen, private Inkasso-Anbieter beauftragen oder den gerichtlichen Weg (Betreibung) einschlagen.

Schuldenberatungen sind «ziemlich auf Nadeln»

Schuldenberatungen sind ob dieser Situation beunruhigt. Auch sie glauben, dass es zu einem deutlichen Anstieg überschuldeter Personen gekommen ist. Häufiger als sonst klingelt das Telefon aber noch nicht: «Wir spüren solche Entwicklungen immer erst verzögert und sind deshalb ziemlich auf Nadeln», sagt Olivia Nyffeler, Rechtsanwältin bei der Berner Schuldenberatung. Ehe sich Betroffene entschliessen, eine Beratungsstelle aufzusuchen, haben sie demnach meist schon mehrere Mahnungen und Zahlungsbefehle per Post erhalten. Damit es gar nicht erst so weit kommt, empfiehlt Nyffeler, frühzeitig zu handeln und mit Gläubigern eine Lösung zu suchen (siehe Box rechts).

Während des Lockdowns sei das Beratungstelefon «praktisch verstummt», sagt Nyffeler weiter. Die Leute hatten



Während des Lockdowns galt noch ein temporärer Betreibungsstopp.

Bild: Sandra Ardizzone (Geroldswil, 27. November 2019)

plötzlich andere Ängste, mussten sich in der neuen Situation zurechtfinden, Betreuung für ihre Kinder organisieren. Geldsorgen dürften bei einigen kurzzeitig in den Hintergrund getreten sein. Doch jetzt klinge das Telefon wieder wie eh und je, in Luft aufgelöst hätten sich die Geldsorgen nicht, bei manchen seien sie sogar schlimmer geworden.

Schuld daran ist aber nicht bloss Corona. In die Schuldenspirale geraten häufig Leute, die ihren Konsum nicht

im Griff haben: Sie kaufen unbeschwert Kleider, Möbel oder Elektronikprodukte auf Kredit ein und verschieben die Zahlung auf den St. Nimmerleinstag – moderne Zahlungsmethoden wie PayPal machen es möglich. Oder sie haben mehrere Leasingverträge und somit relativ hohe monatliche Fixkosten, die sie sich im Falle eines Jobverlustes nicht mehr leisten können. Gerade der coronabedingte Boom des Onlineshoppings könnte das Problem der Überschul-

dung verschärft haben. Darüber hinaus verschulden sich Leute freilich auch aus Gründen wie Scheidung, Krankheit, Erbschaft oder Familiengründung.

Inkassofälle nehmen schon seit Jahren zu

«Zahlreiche Leute leben über ihren Verhältnissen und bezahlen Rechnungen einfach nicht. Solche Inkassofälle nehmen seit Jahren zu», sagt Dick Wolff, Inhaber der Liechtensteiner In-

Schuldenberg: Was tun?

- **Prioritäten setzen:** Miete, Nebenkosten und Krankenkassenprämien gehören zum Existenzminimum und sollten unbedingt bezahlt werden. Für sie empfiehlt sich ein Dauerauftrag oder Lastschriftverfahren (LSV). Kredite oder Leasingverträge können notfalls warten.
- **Aktuelle Rechnungen vorziehen:** Aktuelle Rechnungen sollte man gegenüber älteren zuerst begleichen, da diese Kosten im Falle einer Betreibung sonst nicht ins betreibungsrechtliche Existenzminimum einberechnet werden und die Pfändungssumme höher ausfällt.
- **Nicht umschulden:** Kredite aufzunehmen, um Schulden zu bezahlen, ist riskant. Besser ist es, Kontakt mit dem Gläubiger aufzunehmen und einen realistischen Zahlungsvorschlag auszuarbeiten, etwa in Form von Raten.
- **Konsumverhalten anpassen:** Wenn man weiss, dass sich die persönlichen Einkommensverhältnisse ändern werden, sollte man unnötige Ausgaben reduzieren und Geld auf die Seite legen.
- **Schuldenberatung aufsuchen:** Kantonale Schuldenberatungsstellen und Organisationen bieten Schuldner kostenlose Unterstützung an. (gjo)

kassofirma IB Score AG, beim Besuch seines Betriebs in Liechtenstein. IB Score AG ist in der Schweiz, in Liechtenstein sowie im Ausland tätig. «Wir haben deshalb mehr als genug Arbeit und wollen nicht von der Coronakrise profitieren», betont er im Gespräch, darum bemüht, den schlechten Ruf seiner Branche zu korrigieren.

Der Branche wird zum Beispiel vorgeworfen, Schuldner mit harten Formulierungen und Drohungen zu verunsichern (siehe Interview unten). Nicht selten werden Inkassofälle in Sendungen wie «Kassensturz» thematisiert. Wolff argumentiert, dass in diesem Bereich die Rolle des Täters und Opfers in der öffentlichen Wahrnehmung vertauscht ist. «Firmen haben das Recht, bezahlt zu werden. Sonst kommen sie in finanzielle Schwierigkeiten.» In der aktuellen Situation könnte es so tatsächlich zu einer Abwärtsspirale kommen. Schon jetzt wird im Herbst mit einer Welle von Firmenkonkursen gerechnet.

Dienstag, 13. Oktober 2020

Wirtschaft

Wie schlimm wird die Wirtschaftskrise noch?

Nach einer Achterbahnfahrt der Prognosen gibt der Bund ein Zwischenfazit – die fünf wichtigsten News und Hintergründe.

Niklaus Vontobel

1 So lautet die neue Prognose

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) der Schweiz wird dieses Jahr um 3,8 Prozent geringer sein als im Vorjahr. Das ist der stärkste Rückgang seit der Erdölkrise von 1975. Damals ging das BIP jedoch ungleich stärker zurück: um 6,7 Prozent. Für 2021 rechnet das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) damit, dass sich die Wirtschaft weiter erholen wird. Die Bruttoinlandprodukt wird gemäss Prognose um 3,8 Prozent wachsen.

Das bedeutet, wie das Seco schreibt: Erst Ende 2021 wird wieder das BIP-Niveau des Jahres 2019 erreicht. Der Seco-Leiter Eric Scheidegger sagt: «Mit anderen Worten: Wir werden zwei verlorene Jahre haben.»

2 So verlief die Achterbahn der Prognosen

Im April 2020 war es noch ein Einbruch von 6,7 Prozent; nun wird es deutlich weniger schlimm: ein Minus von 3,8 Prozent. Das Seco musste seine Prognose für das Wirtschaftswachstum 2020 im Verlaufe der Coronakrise wiederholt anpassen. Und selbst die Korrektur von 6,7 auf 3,8 Prozent erzählt noch nicht die ganze Achterbahn der Konjunkturprognosen.

Im Dezember 2019 – das neue Coronavirus verbreitete sich noch unbemerkt von der Weltöffentlichkeit in China – erwartete das Seco noch eine moderate konjunkturelle Abkühlung: ein Wachstum von 1,3 Prozent. Diese Prognose war

spätestens am 16. März hinfällig, als der Bundesrat die ausserordentliche Lage erklärte und weite Teile der Wirtschaft schliessen mussten. Am 19. März erwartete das Seco darum eine Rezession, etwa in der Grössenordnung der Finanzkrise: ein BIP-Rückgang von 1,5 Prozent. Sicher war damals schon, dass wenig sicher war. Das Seco schrieb: «Die Prognoseunsicherheit ist zurzeit aussergewöhnlich hoch.»

Es folgte im April eben die Prognose von minus 6,7 Prozent, gefolgt im Juni von einer Prognose von minus 6,2 Prozent. Nun, im Oktober, ist gemäss Seco mit einem Einbruch von 3,8 Prozent zu rechnen. Das Seco kann vermelden: «Wirtschaftseinbruch 2020 weniger stark als befürchtet.»

3 Darum sieht es aktuell weniger schlimm aus

Die Schweiz fand dann doch schneller aus dem Stillstand, als es im Juni noch erwartet werden konnte. Man konnte die Wirtschaft, früher als erwartet, aus dem Lockdown entlassen. Die Strategie der sozialen Distanzierung hatte die Fallzahlen überraschend rasch hinuntergebracht. Ähnlich verlief es im Ausland, was besonders für die Schweizer Exporte wichtig war. Seco-Direktor Scheidegger sagt: «Dass die Aussichten heute besser sind als befürchtet, ist eindeutig dem Umstand zu verdanken, dass die Wirtschaft rascher als erwartet und dauerhaft geöffnet werden konnte.»

Mit den Lockerungen war in der Wirtschaft eine starke Gegenbewegung zu beobachten.

Im Seco erwartet man für das dritte Quartal 2020 ein Wachstum zum Vorquartal in einer Grössenordnung von fünf bis sechs Prozent.

Diese eindruckliche Erholung zeigt sich auch bei der Kurzarbeit. Im April wurde Kurzarbeit bisher für rund 1,3 Millionen Arbeitnehmer abgerechnet. Im Juli waren es bisher 350 000. Diese Zahlen zeigen laut Scheidegger, wie schnell sich die Unternehmen an die neue Situation anpassen konnten. Und sie seien eine Bestätigung für das Instrument der Kurzarbeit. «Es hat sich als sehr hilfreich erwiesen und einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert.»

4 Wo es nach wie vor schlimm aussieht

Die Schätzungen für die gesamte Wirtschaft verbergen wie immer grosse Unterschiede. In einigen Branchen sind die Aussichten nach wie vor düster: so in der Hotellerie, in der Gastronomie oder in der Uhrenbranche. Für diese Branchen sieht es aktuell nicht nach einer raschen Erholung aus.

Mit den steigenden Fallzahlen steigt das Risiko, dass die Politik zu Massnahmen greifen muss, die diesen Branchen noch mehr schaden. Bereits hat der Kanton Zug vorgeschrieben, dass Gastro-Angestellte eine Maske tragen müssen. Im Kanton Bern gilt neu eine Sitzpflicht in Bars und Restaurants.

5 Darum könnte die Achterbahn der Prognosen weitergehen



Gastronomen können nicht auf eine schnelle Erholung hoffen. Bild: Alexandra Wey/Keystone (Zürich, 16. März 2020)

Die Coronakrise ist noch lange nicht ausgestanden. Und nach wie vor sind es das Virus und die Gegenmassnahmen, die den Gang der Wirtschaft bestimmen. Dabei ist immer beides möglich: Es kann besser oder schlimmer herauskommen, als es heute erwartet wird.

Schlimmer wird es, wenn es tatsächlich zu einer zweiten Wel-

le kommt – und sich die Politik wiederum nur mit Massnahmen zu helfen weiss, welche weite Teile der Wirtschaft erneut stillstehen lassen. Dann wäre auch zu befürchten, dass sich mehr Unternehmen nur mit Entlassungen zu helfen wissen – oder gleich ganz aufgeben. Oder es kommt besser, weil sich Betriebe und Konsumenten weniger beeindrucken

oder einschüchtern lassen. Trotz Krise würden sie dann mehr einkaufen und investieren als erwartet. Ein weiteres Szenario: Man bekommt das Virus schneller in den Griff, etwa dank eines Impfstoffes oder besserer Tests. Dann würde sich die Konjunktur deutlich schneller erholen. Scheidegger sagt: «Eines ist sicher, die Unsicherheit bleibt gross.»

Region

Der Arbeitsmarkt ist stärker als die Pandemie

Robuste Wirtschaft Covid-19 hat in den beiden Basel zu keiner Entlassungswelle geführt. Die Zahl der Konkurse ging sogar zurück.

Kurt Tschan

Zwischen März und September kam es in den beiden Basel zu über 1000 Entlassungen. Das ist vergleichbar mit den Vorjahren. Da bei weitem nicht alle Firmen einen Stellenabbau melden müssen, ist allerdings von einer grossen Dunkelziffer auszugehen. Dies zeigt eine Umfrage beim Basler Amt für Wirtschaft und Arbeit und dem städtischen Konkursamt, bei der Baselbieter Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion sowie bei der Gewerkschaft Unia Region Aargau-Nordwestschweiz.

— **Gab es in Basel wegen des Lockdown mehr Konkurse?** Nein. Zwischen dem 16. März und Ende September sind rund ein Viertel weniger Firmenkonkurse (84) eröffnet worden als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres (112). Der Lockdown hatte, wenn überhaupt, nur den Effekt, dass weniger Konkurse eröffnet wurden. Dies ist zum Teil auf den vorübergehenden Betriebsstillstand zurückzuführen. Da die absoluten Zahlen auf Kantonsebene für den vergleichsweise kurzen Zeitraum des Lockdown tief und kurzfristige Schwankungen normal sind, lassen sich keine verlässlichen statistischen Aussagen machen. Die Zahl der Konkurse schwankt jedes Jahr. Derzeit liegt sie unter der Entwicklung der letzten fünf Jahre.

— **Hat der Staat geholfen, Konkurse zu verhindern?** In der Stadt Basel haben die Unterstützungsmassnahmen der öffentlichen Hand mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu beigetragen, dass weniger Konkurse eröffnet wurden. Dabei dürften auch Firmen profitiert haben, die sich bereits in einer finanziellen Schieflage befunden haben; anders ist kaum zu erklären, dass seit dem Lockdown deutlich weniger Konkurse eröffnet worden sind als in den Vorjahren.

Wirtschaftskrisen wirken sich regelmässig erst mit Verzögerung auf die Zahl der Konkurse aus. Eine Prognose ist schwierig, weil die Wirkung der Massnah-



Der Detailhandel hat die Corona-Krise bisher gut gemeistert – trotz Maskenpflicht. Foto: Pino Covino

men von Bund und Kantonen schwer abzuschätzen ist. Es ist möglich, dass die allgemein erwartete Konkurswelle erst 2021 eintrifft.

— **Welche Branchen sind hauptsächlich von Konkursen betroffen?**

In Basel-Stadt wird darüber keine Statistik geführt. Generell sind Bauwirtschaft (darunter Akkordgruppen und andere Kleinunternehmen) und Gastronomie bei Konkursen vertreten.

— **Wie viele Entlassungen gab es seit dem Lockdown?**

Seit dem Lockdown kam es in Basel-Stadt in elf Unternehmen zu grösseren Entlassungen. Pro Firma waren zwischen 15 und 90 Personen betroffen. In Basel-land kündigten zehn meldepflichtige Firmen von März bis Ende September Entlassungen an. Gesamthaft waren in Basel-land 325 Mitarbeitende betroffen.

— **Gibt es eine Entlassungswelle?**

Nein. In den letzten Jahren gingen in Basel zwischen 15 und 25 Meldungen pro Jahr ein. 2020 steht bisher in diesem Schnitt. Teilweise wird Covid-19 bei Entlassungen als Begründung angegeben, zum Beispiel in der Gastronomie. Jedoch stehen insbesondere bei den grösseren Entlassungen längerfristige Entwicklungen ohne oder mit geringem Bezug zum Coronavirus im Zentrum der Begründung. Erwähnt werden der Strukturwandel, die Verlagerung von Produktionsstätten sowie globale Umstrukturierungen. Im Kanton Baselland kann aktuell für 2020 im Vergleich zu den vergangenen Jahren kein Anstieg der meldepflichtigen Entlassungen (Massenentlassungsverfahren) beobachtet werden.

— **Welche Branchen sind vor allem betroffen?**

Eine Tendenz ist in Basel wie in den Vorjahren nicht zu beobachten. In Baselland sind Touristik, Verkehr und Transport, Pharma, Metallbau, Fahrzeugbau und das Sozialwesen stark betroffen.

— **Müssen alle Firmen Entlassungen melden?**

Nein. Voraussetzung sind Massenentlassungen. Wenn mindestens zehn Personen in Betrieben betroffen sind, die mehr als 20 und weniger als 100 Arbeitnehmende beschäftigen. Gleiches gilt auch für Betriebe, die mindestens 100 und weniger als Arbeitnehmende beschäftigen und mindestens zehn Prozent der Belegschaft abbauen, oder Betriebe mit mindestens 300 Arbeitnehmenden, die mindestens 30 Personen entlassen.

— **Steigt die Nachfrage nach offenen Stellen?**

Die Zahl der Stellensuchenden hat in Basel bis Anfang Jahr kon-

tinuierlich abgenommen. Ende Januar gab es 3345 arbeitslos Gemeldete. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Einschränkungen stieg diese Zahl bis August 2020 auf 4142 Personen, wobei gegenüber dem Vormonat bereits wieder ein Rückgang ersichtlich ist. Die Prognosen sind zurzeit mit viel Unsicherheit belastet. Basel rechnet mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten, jedoch gleichzeitig auch mit einer Stabilisierung im mittelfristigen Zeitraum.

— **Kann der Staat mit geeigneten Massnahmen Jobs retten?**

Ja. Viele Basler Firmen, die in Kurzarbeit waren, arbeiten wieder im Normalbetrieb. Betroffen sind nach wie vor Branchen wie Hotellerie oder Event. Von rund 6000 Anträgen für Kurzarbeit zwischen März und August wurden per 1. September weniger als

1000 erneuert. Es steht noch nicht fest, ob diese Firmen wirklich Kurzarbeit abrechnen werden oder ob sie vorsorglich einen Antrag eingereicht haben. Mittel- und Langfristprognosen werden in Basel keine abgegeben.

Ähnliches gilt auch für Basel-land. Hier hängt die Arbeitsplatzsituation nicht nur von der Entwicklung der Binnenkonjunktur, sondern massgeblich auch von der wirtschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Exportzielmärkten der ansässigen Wirtschaft ab. Wie stabil die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten in den einzelnen Märkten sein wird, ist vor dem Hintergrund der aktuellen Unsicherheiten schwierig zu beurteilen.

Auch für die Gewerkschaft Unia Aargau-Nordwestschweiz ist die zukünftige Entwicklung schwierig abzuschätzen, insbesondere weil die Situation keineswegs ausgestanden ist. Im Allgemeinen zeigen die wirtschaftspolitischen Stützmassnahmen gemäss Unia aber Wirkung. Eine Abkehr von der staatlichen Investitionspolitik, wie von bürgerlichen Kreisen gefordert, wäre nach Ansicht der Gewerkschaft in der jetzigen Situation verheerend.

— **Was läuft falsch in Zeiten von Covid-19?**

Gemäss Unia entziehen sich trotz der grosszügigen Staatshilfen und steigender Arbeitslosenzahlen einige Arbeitgeber ihrer sozialen Verantwortung. Die Gewerkschaft fordert deshalb mit ihrer Kampagne «Solidarisch aus der Krise!» ein Kündigungsverbot für sämtliche Firmen, die staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Über 20'000 Arbeitnehmende haben den Appell unterzeichnet.

— **Wo besteht Handlungsbedarf?**

Auch für alle Arbeitnehmenden, die durch die Masken der Sicherheitsnetze Arbeitslosenversicherung und Kurzarbeitsentschädigung gefallen sind, braucht es gemäss Unia Hilfe. Die Gewerkschaft fordert für sie einen Covid-19-Überbrückungsfonds.

Basel muss den Spitzenplatz abgeben

Laut der neusten Standortanalyse der CS ist der Kanton Zug der attraktivste Firmenstandort. Zürich und Aargau bleiben in den Top 5.

Maurizio Minetti

«Stillstand kann Rückschritt bedeuten», sagt Jan Schüpbach. Der Ökonom verantwortet bei der Credit Suisse die jährliche Studie zur Standortqualität der Kantone. Die aktuelle Ausgabe zeigt, dass Kantone an Boden verlieren können, wenn sie selber ihre Firmensteuern unangetastet lassen, während andere ihre Gewinnsteuersätze senken. «Das ist etwa in Ob- und Nidwalden

der Fall, die deswegen je zwei Plätze verloren haben», erklärt Schüpbach. Nidwalden habe zwar Ende September eine Senkung der Gewinnsteuern beschlossen, doch dieser Entscheid werde erst Anfang 2021 umgesetzt. Auf der anderen Seite haben die diesjährigen Aufsteiger Genf und Freiburg die steuerliche Attraktivität für juristische Personen deutlich verbessert.

An der Spitze des Rankings ist es dieses Jahr wie erwartet zu einem

Wechsel gekommen. Nachdem Basel-Stadt vor einem Jahr Zug überholen konnte, eroberte der Zentralschweizer Kanton die Spitzenposition wieder zurück. Nach Zug und Basel-Stadt folgen Zürich, Genf und Aargau. Im vom Kanton Luzern angeführten Mittelfeld können Basel-Landschaft, Schaffhausen sowie Solothurn jeweils zwei Ränge gutmachen. Mit dem zweitgrössten Ranggewinn – ganze fünf Ränge – verbessert sich der Kanton Freiburg näher in Richtung Mittelfeld. Am Ende der Rangliste kam es nach Jahren der Stabilität zu einem Rangwechsel: Aufgrund leichter Verbesserungen, vor allem bei der steuerlichen Attraktivität für Firmen, verweist der Kanton Jura das Wallis auf den Schlussrang des diesjährigen Standortqualitätsindikators.

Es geht nicht nur um die Steuern

Bereits vor einem Jahr war absehbar, dass Basel-Stadt die Nummer-eins-Position wieder verlieren würde, denn Zugs Steuersenkungen waren schon damals beschlossen, aber noch nicht umgesetzt. Der Vorsprung des Kantons Zug auf Basel-Stadt ist allerdings minim. Schaut man nur den Faktor Steuern an, folgen hinter Zug die Kantone Appen-

Standort-Qualität der Kantone

Rang	Kanton	Rang Vorjahr
1	Zug	2
2	Basel-Stadt	1
3	Zürich	3
4	Genf	14
5	Aargau	4
6	Schwyz	6
7	Nidwalden	5
8	Luzern	7
9	Basel-Landschaft	11
10	Thurgau	10
11	Schaffhausen	13
12	Waadt	8
13	Appenzell Ausserrhoden	9
14	Obwalden	12
15	Solothurn	17
16	St. Gallen	15
17	Appenzell Innerrhoden	16
18	Freiburg	23
19	Uri	20
20	Neuenburg	19
21	Glarus	21
22	Bern	18
23	Tessin	22
24	Graubünden	24
25	Jura	26
26	Wallis	25

zell Innerrhoden, Nidwalden und Obwalden. Nach Steuersenkungen bieten aber auch zahlreiche weitere Kantone attraktive Unternehmenssteuern – der relative Vorteil tiefer Unternehmenssteuern hat daher abgenommen.

Die Steuern sind zwar ein wichtiger Faktor bei der Standortattraktivität, aber die CS berücksichtigt eben auch Faktoren wie die Erreichbarkeit – gemeint ist vor allem die Verkehrsanbindung – sowie die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften. Mit den Anpassungen der Firmensteuern sei das Feld in den letzten Jahren näher zusammengerückt. «Die Unterschiede sind nicht mehr so gross wie früher», sagt Studienautor Jan Schüpbach. Die beiden anderen Faktoren – Erreichbarkeit und Fachkräfte-Verfügbarkeit – dürften in den kommenden Jahren deshalb wichtiger werden. Diese seien allerdings auch schwieriger zu beeinflussen. «Zug und Basel-Stadt werden mittelfristig an der Spitzenposition bleiben», wagt Schüpbach daher einen Ausblick.

Die Coronakrise hat auf die Studie vorerst keinen Einfluss. Sie gilt laut Schüpbach als Wegweiser für Unternehmen und Unternehmer, die verschiedene Standorte evaluieren. Der Zeithorizont liege bei drei bis fünf Jahren.

Wirtschaft

Der Konsum bricht wegen Corona ein

Läden und Beizen leer Schweizer Konsumenten nehmen den zweiten Lockdown vorweg: Restaurants und Geschäfte sind offen, doch es gehen immer weniger Leute hin. Nur in den Supermärkten herrscht Hochbetrieb.

Isabel Strassheim
und Konrad Staehelin

Obwohl alle Geschäfte geöffnet sind, gehen wegen der stark steigenden Infektionszahlen und der zweiten Homeoffice-Welle deutlich weniger Menschen einkaufen oder essen. Das zeigen neuste Zahlen der Konjunkturforschungsstelle der ETH. Deren Forscher erfassen Echtzeitdaten über das Kauf- und Mobilitätsverhalten der Schweizerinnen und Schweizer.

Der aktualisierte Aktivitätsindikator zeigt, dass die Mobilität wie auch die Kauflust derzeit sinken. Die Menschen nehmen also einen möglichen zweiten Lockdown schon vorweg. Die Angst hält die Leute zurück.

Schon vor dem ersten Lockdown war es bei den Schweizern zu einem freiwilligen Rückzug gekommen. Der Bundesrat verkündete zwar erst Mitte März die Schliessung von Schulen, Läden und Restaurants. Aber bereits Anfang März blieben die Menschen eher zu Hause.

Erneut freiwilliger Rückzug

Ähnlich ist es jetzt: Der Aktivitätsindikator der Schweiz liegt aktuell wieder auf dem Niveau von Anfang März. Die ETH-Konjunkturforscher werten dabei insgesamt fünf Indikatoren aus. Die Mobilität wird etwa anhand der Autofrequenz an wichtigen Strassenknotenpunkten gemessen oder des Passagieraufkommens an bestimmten Bahnhöfen. Zur Bestimmung der Kauflust dienen unter anderem die Anzahl und Umsatzhöhe von Kredit- und Debitkartentransaktionen.

Der Gesamtindex stand Anfang der Woche zwar weit über dem Tiefpunkt von Ende März beim letzten Lockdown. Aber die negative Entwicklung gleicht jener von Anfang März. Danach schloss der Bundesrat die



Kundin mit Schutzmasken beim Einkaufen im Kaufhaus Loeb in Bern. Foto: Marcel Bieri (Keystone)

Geschäfte zwangsweise. Der Rest ist bekannt.

Legt man den Fokus allein auf das Kaufverhalten, dann ergibt sich ein differenzierteres Bild: Forscher der Universität St. Gallen haben im Rahmen des Projekts «Monitoring Consumption Switzerland» festgestellt, dass in der Woche seit den neusten Vorgaben des Bundesrats unter anderem die Unterhaltungsaktivitäten stark nachgelassen ha-

ben. Dazu werteten sie die Zahlungen mit Debitkarten aus. Gegenüber der Vorjahreswoche stand in dieser Kategorie ein Minus von 18 Prozent zu Buche – und das, obwohl in diesem Jahr mehr mit Karte bezahlt wird.

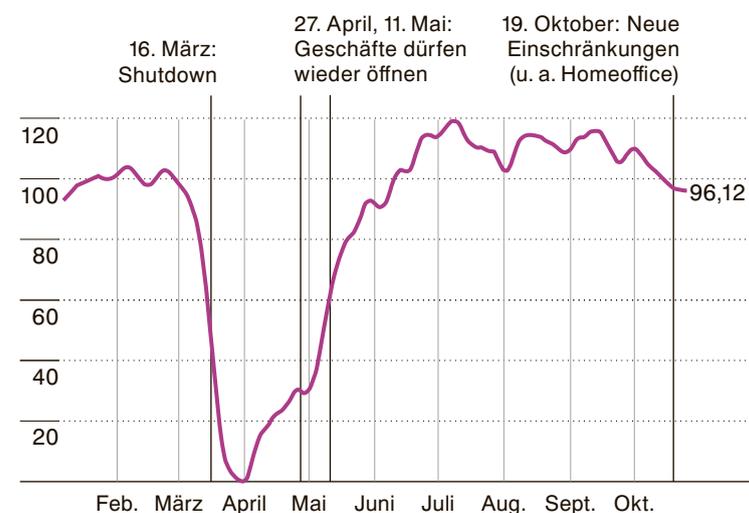
Auch im Gastgewerbe zeigt sich eine starke Bremsspur: Die Forscher der Universität St. Gallen stellten fest, dass in der vergangenen Woche nur noch Rechnungen im Wert von 86 Millio-

nen Franken mit Debitkarten bezahlt wurden. In der Woche davor waren es noch 96 Millionen gewesen. Unter der Homeoffice-Empfehlung des Bundesrats leiden ganz besonders Kantinen (sie stellen zum Teil nun auf Heimlieferungen um).

Aber auch Restaurants bekommen dies zu spüren. Das zeigt unter anderem das Beispiel der schweizweit operierenden Ospena Group, zu der unter

KOF-Aktivitätsindikator im Oktober im Sinkflug

Index zur ökonomischen Aktivität der Schweiz



Grafik: ake / Quelle: KOF Konjunkturforschungsstelle ETH Zürich

anderen die Molino-Pizzerias gehören: Sie verzeichnete in der vergangenen Woche einen Umsatzrückgang von 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, wie sie auf Anfrage bekannt gibt.

Ganz anders sieht es jedoch bei Lebensmittelhändlern aus: «Mehr oder weniger liegt das gesamte Supermarktsortiment über dem Vorjahr», sagt Migros-Sprecher Marcel Schlatter. Gefragt sind Konserven und Reis, Pasta und Backzutaten, was ein Anzeichen dafür ist, dass sich die Konsumenten auf eine längere Zeit zu Hause einstellen.

Onlinehandel legt wieder zu

Zum grossen Sturm auf die Regale, den sogenannten Hamsterkäufen, kommt es jedoch diesmal nicht. Der Absatz von WC-Papier, der sich beim Beginn der Pandemie als eine Art Angstindikator gezeigt hat, ist auch dieses Mal erhöht. «Aber er geht jetzt nicht gleich durch die Decke», sagt Schlatter. Dennoch sind Hygieneartikel erneut mit Abstand am meisten gefragt.

Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Der Bedarf an Schutzmasken treibt die Nachfrage an.

Ein Gewinn ist der vorweggenommene Lockdown der Konsumentinnen und Konsumenten für die Onlinehändler. Digitec Galaxus hatte schon Mitte Oktober ein Anziehen der Bestellungen verspürt, das sich jetzt noch einmal verstärkt hat. «Die zweite Welle macht sich bei uns nun auch bei den Garten- und Handwerkerutensilien besonderes bemerkbar», sagt ein Sprecher. Auch Spielzeug laufe sehr gut.

Und letztlich zeigt auch eine Auswertung von Google-Abfragen durch die ETH-Konjunkturforschungsstelle, die Universität St. Gallen und andere, dass sich die individuelle Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage verdüstert: Die Begriffe «Wirtschaftskrise», «Kurzarbeit», «arbeitslos», «Insolvenz» werden zunehmend geogogelt. Der Abwärtstrend ist definitiv in den Köpfen der Schweizer angekommen.

Wirtschaft

Die zweite Welle schlägt auf die Wirtschaft durch

Konjunkturlage Die aktuellen Daten zeigen: Um die Beschäftigungsaussichten steht es schlecht.

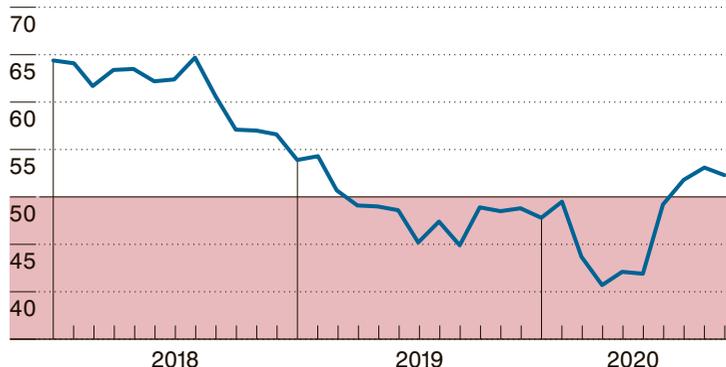
Auch ohne Lockdown in der Schweiz haben die steigenden Ansteckungszahlen die Wirtschaft im Oktober bereits gebremst. Das zeigen am Montag veröffentlichte Konjunkturdaten, die noch auf Umfragen unter Unternehmen im abgelaufenen Monat basieren. Die deutliche Erholung der Wirtschaft nach der Öffnung im Frühjahr geht schon wieder zu Ende.

Der sogenannte Einkaufsmanagerindex (PMI) für die Industrie ist erstmals wieder gesunken, nachdem er zuvor in jedem Monat seit Juli wieder kräftig angestiegen war. Der Index basiert auf Umfragen unter Grosseinkäufern von Unternehmen und wird von der Credit Suisse und der Einkäufervereinigung Procure publiziert. Immerhin befindet sich der Index mit 52,3 noch immer über der Marke von 50 Punkten im Bereich, der für Wachstum steht.

Wie schon im Frühling wirken sich die steigenden Ansteckungen deutlich mehr auf den Dienstleistungssektor aus als auf

Die Stimmung in der Industrie kehrt wieder

Einkaufsmanagerindex für die Industrie. Werte unter 50 zeigen einen Geschäftsrückgang, Werte darüber ein Wachstum.



Grafik: mrue/Quelle: Credit Suisse, Procure

die Industrie. Auch das Gastgewerbe zählt zum Dienstleistungssektor.

Der entsprechende PMI hat es zwar nach historisch einmaligen Tiefstwerten im Frühling im Juli wieder über die Wachstumsgrenze geschafft. Im Oktober ist er nun wieder gesunken. Der ausgewiesene Wert von 50,4 Punkten steht weder für eine weitere

Erholung noch für eine neue Krise. Allerdings wurde die Umfrage noch vor den neu vom Bundesrat beschlossenen Verhaltensbeschränkungen erhoben.

Damit zeigt sich erneut, dass eine Eintrübung der Wirtschaftslage auch ohne Lockdown eintritt, wenn die Fallzahlen steigen. «Sollte es nicht gelingen, die Fallzahlen zu

stabilisieren, dürfte sich der wirtschaftliche Ausblick deutlich verschlechtern», schreibt daher der Ökonom Claude Maurer, der bei Credit Suisse für die PMI-Erhebung zuständig ist. Tagesaktuelle Daten etwa zum Mobilitätsverhalten lassen vermuten, dass sich die wirtschaftlichen Aktivitäten seit der PMI-Erhebung bereits weiter verringert haben. Die Credit Suisse erwartet nun, dass die Schweizer Wirtschaftsleistung im vierten Quartal im Vergleich zum Vorquartal wieder um 0,5 Prozent sinken wird.

Stellenabbau über alle Branchen hinweg

Beunruhigend unter den Detailergebnissen im PMI sind die Beschäftigungserwartungen, die Manager aus der Industrie sowie der Dienstleistungsbranche geäußert haben. In beiden Branchen ist demnach mit einem fortgesetzten Personalabbau zu rechnen. Die Kurzarbeit hat immerhin im Oktober leicht abgenommen. Die befragten Ein-

kaufsmanager aus der Industrie gaben an, dass noch rund 14 Prozent der Beschäftigten in Kurzarbeit sind. Bei den Dienstleistern sind es noch 6 Prozent.

Auf eingetrübte Aussichten auf den Arbeitsmärkten deutet auch der Beschäftigungsindikator der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) hin, der ebenfalls am Montag veröffentlicht wurde. Auch er beruht auf einer umfassenden Umfrage unter Unternehmen.

Die Umfrage zeigt, dass über alle Branchen gesehen weiterhin mit einem Stellenabbau zu rechnen ist. Am stärksten betroffen ist das Gastgewerbe. Aber auch im Grosshandel und in der Industrie sind die Erwartungen für den Arbeitsmarkt überdurchschnittlich düster.

So viele Jobs kostet die Corona-Krise: Seit Beginn der Corona-Krise fallen in der Schweiz Tausende Jobs weg. Fast täglich kündigen Firmen Entlassungen an. Die Übersicht.

Markus Diem Meier

«Ein neuer Lockdown wäre verheerend»

Corona-Krise Christoph Mäder, der neue Präsident des Wirtschaftsverbands Economiesuisse, kritisiert, dass immer mehr Kantone die Unternehmen schliessen. Auch die teure Hilfspolitik sieht er mit Sorge.

Dominik Feusi
und **Stefan Häne**

Herr Mäder, Sie sind seit einem Monat im Amt. Wie viel Mal haben Sie in dieser Zeit mit Wirtschaftsminister Guy Parmelin gesprochen?

Das will ich nicht kommentieren. Ich stehe aber in ständigem Kontakt mit Bundesräten, sofern es nötig ist.

Jetzt ist es nötig. Der Bundesrat hat letzte Woche noch einmal Massnahmen beschlossen, aber keinen Lockdown. Haben Sie Ihre Anliegen durchgebracht?

Der Bundesrat hat mit Augenmass gehandelt. Gerade im Vergleich zum Ausland geht er moderat, ja unaufgeregt zu Werk.

Was, wenn bei uns die Fallzahlen nicht zurückgehen: Sind Sie dann einverstanden, wenn wieder Läden und Restaurants ganz geschlossen werden?

Wir alle müssen einen zweiten Lockdown unbedingt vermeiden. Die Folgen wären verheerend.

Wie teuer würde es diesmal?

Wir haben das nicht im Detail durchgerechnet, aber es würde sehr teuer werden. Ich bin aber zuversichtlich, dass sich dieses Szenario mit dem neuen Massnahmenpaket des Bundesrats vermeiden lässt. Wir sind weit, weit davon entfernt, ein Szenario zu sehen, bei dem ein zweiter Lockdown zwingend nötig wird.

Die Spitäler füllen sich aber. Genf geht erneut in den Lockdown. Neuenburg und Jura auch. Befürchten Sie, dass es nun zu einem Dominoeffekt kommen wird und weitere Kantone handeln?

Ja, einen solchen Effekt befürchten wir tatsächlich. Wir appellieren an die Politik, weiterhin verhältnismässig zu bleiben und Schutzmassnahmen möglichst spezifisch und problembezogen zu treffen.

Fokussiert die öffentliche Debatte zu sehr auf die stark steigenden Fallzahlen – und zu wenig auf die effektive Auslastung der Spitäler?

Ja. Es besteht so die Gefahr, dass man nicht mehr abwartet, ob getroffene Massnahmen wirken, und bereits die nächsten beschliesst.



Christoph Mäder ist der neue Präsident von Economiesuisse. Foto: Urs Jaudas

Wie wollen Sie verhindern, dass der Bundesrat nicht doch noch einen Lockdown beschliesst?

Wir legen unseren Unternehmen nochmals nahe, die Schutzkonzepte, die sie ausgearbeitet haben, weiterhin strikt einzuhalten. Meines Wissens hat es in keinem Unternehmen hierzulande einen Superspreader-Event gegeben. Es hängt nun sehr viel an der persönlichen Disziplin jedes Einzelnen von uns.

Müssen Unterstützungsmassnahmen wie Kurzarbeit, Kredite, Erwerbsersatz und Härtefallentschädigungen verlängert werden?

Der Staat darf nun keinesfalls mit der Giesskanne Gelder verteilen. Vielmehr muss er genau prüfen, wer wie stark von der Krise betroffen ist. Hilfe sollen jene erhalten, die unmittelbar betroffen sind. In der Hotellerie der städtischen Agglomeration etwa ist die Situation dramatisch. Es

gibt weder Geschäftsreisende noch ausländische Touristen. Vom Wintersport können diese Betriebe auch nicht profitieren.

Ausgerechnet die SP stellt sich als jene Kraft dar, die der Wirtschaft mit Geld zu Hilfe eilt, und zeigt auf die Bürgerlichen, die dagegen seien.

Das ist Teil des politischen Lärms. Wer sich dagegen verwehrt, nicht all den vielen Wünschen stattzugeben, die nun

Bestens vernetzt

Christoph Mäder (61) leitet Economiesuisse seit Anfang Oktober. Er kennt den Verband jedoch seit zwölf Jahren von innen. Von 2008 bis 2019 war er Mitglied des Vorstandsausschusses, und von 2011 bis 2017 war er Vizepräsident. Der in Basel ausgebildete Jurist arbeitete vorher bei Sandoz, Novartis und Syngenta.

aufgekommen sind, ist noch lange nicht unverantwortlich oder wirtschaftsfeindlich. Wichtig ist, dass wir am Ende vernünftige Lösungen haben, die wir auch finanziell stemmen können.

Die Schweiz könnte sich noch mehr verschulden.

Dieses Szenario gilt es unbedingt zu verhindern. Hier noch ein paar hundert Millionen, dort einige Milliarden: Ich bin irritiert, mit welcher Leichtigkeit die Politik mittlerweile riesige Beträge spricht oder noch sprechen will.

«Das Wissen über Covid-19 ist noch immer lückenhaft.»

Wir sind in einer Krise.

Trotzdem, mit weiteren Schulden burden wir der nächsten Generation eine gewaltige Last auf. Deshalb befremden mich jene Stimmen, die nun sagen, die Gesamtverschuldung der Schweiz sei noch immer halb so gross wie im europäischen Durchschnitt, man könne problemlos ein Hilfspaket von 80 Milliarden Franken schnüren. Es kann nicht sein, dass die Schweiz über die nächsten 50 Jahre eine massive Schuldenwirtschaft betreibt, nur weil der Zinssatz der Schulden derzeit tief ist.

Die düsteren wirtschaftlichen Prognosen vom Frühling haben sich als übertrieben entpuppt.

Wir haben die Krise bisher recht gut gemeistert, weil wir auf einer soliden Finanzpolitik der letzten Jahre aufbauen können.

Trotzdem ...

Wir hatten im Sommer in der Tat eine überraschend schnelle Erholung. Die Fallzahlen sind sehr schnell gesunken, die Leute begannen wieder zu konsumieren. Trotzdem bin ich vorsichtig. Die Signale sind gemischt, die Lage ist kritischer, als viele glauben. Die Exportindustrie hat zuerst noch von gut gefüllten Auftragsbüchern profitiert, mittlerweile aber gehen weniger Aufträge ein, weil wegen Covid-19 die Situation in den wichtigen Exportmärkten weiterhin angespannt ist. Die Wirtschaftsaguren schauen auch nur in eine Glaskugel.

In der Corona-Diskussion werden Wirtschaft und Gesundheit gegeneinander ausgespielt. Was tun Sie dagegen?

Wissen Sie, die Wirtschaft sind wir alle, und wir machen alles, um das zu betonen.

Das gelingt Ihnen aber immer weniger. Auch bei der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative steht die Wirtschaft am Pranger.

Der Versuch der Initianten, einen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zu konstruieren und zu bewirtschaften, macht uns grosse Sorge. Dem ist mit Sachlichkeit schwer beizukommen. Wir versuchen, den Gefühlen den Initiativtext entgegenzuhalten, um den geht es.

Wenn Sie die Abstimmung verlieren, dann wäre das eine schwere Niederlage. Was für Konsequenzen ziehen Sie dann?

Das müssten wir uns überlegen, wenn es so weit wäre. Aber ich will darüber nicht spekulieren.

Economiesuisse ist vor allem eine Kampagnenorganisation zur Ablehnung von Initiativen von Links-Grün und von der SVP. Genügt das?

Nein, das genügt nicht. Unsere Kernaufgabe ist, die wirtschaftlichen Interessen im politischen Prozess zu vertreten. Die Kampagnentätigkeit ist in den letzten Jahren wohl oder übel stärker in den Vordergrund gerückt. Ich würde viel lieber Ressourcen einsetzen für die konstruktive Lösung von anstehenden Problemen, zum Beispiel in der Frage der Nachhaltigkeit – ökonomisch, ökologisch und sozial.

Basel Stadt Land Region

«Der Winter wird hart»

Region Basel vor Pleitewelle Gabriel Barell vom Basler Gewerbeverband zeichnet ein düsteres Bild für die Zukunft.

Es ist ein Satz, den die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in jüngster Vergangenheit mehrfach verwendet hat: «Der Winter wird hart.» Genau das sagt jetzt auch Gabriel Barell, Direktor des Gewerbeverbandes Basel-Stadt. Seine Aussichten für die kommenden Wochen und Monate sind düster. «Die finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone hat die grössten Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft abgefedert. Allerdings handelt es sich dabei oft einfach um eine zeitliche Verschiebung des Problems», sagt Barell.

In der gesamten Schweiz trüben sich die Konjunkturaussichten deutlich ein, und es wird mit steigenden Arbeitslosenzahlen sowie einer Abnahme der Konjunktur dynamik gerechnet. In Zürich rüsten sich die Behörden bereits für einen grösseren Ansturm auf das Konkursamt. «Das Notariatsinspektorat geht davon



Die Gastronomie leidet: Ein leeres Lokal in Basel. Foto: Nicole Pont

aus, dass mit einer erheblichen Zunahme der Konkursverfahren gerechnet werden muss», sagte Andrea Schmidheiny Konic, Sprecherin beim Obergericht des Kantons Zürich, vor wenigen Tagen

dem «Tages-Anzeiger». Um der anschwellenden Konkurswelle Herr zu werden, wurde in Zürich ein Spezialteam mit zehn Vollzeitstellen gebildet, für das extra Büroräumlichkeiten angemietet

wurden. Ob in Basel-Stadt ebenfalls mehr Personal benötigt wird, ist zurzeit noch offen. «Bei einer sich abzeichnenden erheblichen Zunahme der Konkurse wäre das sicher nötig», sagt Matthias Häuptli, Leiter Konkurse beim Konkursamt Basel-Stadt. «Derzeit ist in Basel keine Zunahme der Konkurse ersichtlich.»

Aufgrund von Rückmeldungen aus den verschiedenen Branchenverbänden und auch aus anderen Kantonen geht der Gewerbeverband Basel-Stadt davon aus, dass es im Herbst und im Winter zu Stellenabbau und einer Zunahme der Firmenkonkurse kommen wird. «Auch wenn die Kurzarbeitsentschädigung und teilweise auch die Unterstützungsprogramme noch weiterlaufen, kommt irgendwann der Punkt, an dem es für eine Unternehmerin oder einen Unternehmer keinen Sinn mehr macht, weiterzumachen», sagt Barell.

Wie stark die Pleiten zunehmen werden, wagt in Basel niemand zu prognostizieren. Zu rasch verändern sich die Faktoren, die eine Rolle spielen, zu schnell geht im Moment die Entwicklung. Nur eines ist gewiss – die Situation war so nie da gewesen. «Es fehlen die Erfahrungswerte, weil der Lockdown in seiner Wirkung schwer mit früheren Rezessionen vergleichbar ist», sagt Häuptli.

«Welle kommt im 2021»

Im Baselbiet rechnet man für dieses Jahr mit keiner Zunahme der Konkursfälle mehr, und die aktuellen Zahlen seien tiefer als im Vorjahr, erklärt Reto Tschudin, Hauptabteilungsleiter Betriebs- und Konkursamt Basellandschaft, auf Anfrage. «Persönlich gehe ich aber davon aus, dass die sogenannte Welle im 2021 auf uns zukommen wird.» Im Gegensatz zu Zürich rechnet Tschudin

damit, dass «die künftigen Fälle mit dem aktuellen Personalbestand bewältigt» werden können. «Wir haben die dafür nötigen Strukturen bestmöglich geschaffen», sagt Tschudin.

Besonders stark in den Konkursstrudel gezogen werden die Branchen Event, Gastronomie, Hotellerie und Kultur, ebenso aber die Tourismus- und die Reisebranche sowie der Detailhandel. «Je länger die Corona-Krise andauert, desto stärker werden auch die Zulieferbetriebe der genannten Branchen leiden», sagt Barell.

Häuptli vom basel-städtischen Konkursamt will bezüglich der betroffenen Branchen keine Prognose wagen, da die Branchenzugehörigkeit der Schuldner nicht erhoben werde. Im Baselbiet heisst es, es seien «wie in einem «normalen» Jahr alle Branchen vertreten».

Mischa Hauswirth

Wirtschaft

Warum die Börsen trotzdem boomen

Kursfeuerwerk trotz Pandemie Wie diese Entwicklung entstand und was sie für die Zukunft bedeutet – in vier Punkten erklärt.

In Europa und den USA wütet eine zweite Welle der Corona-Ansteckungen, und die wirtschaftliche und militärische Weltmacht USA befindet sich seit den Wahlen vom Dienstag in einer Systemkrise. Doch statt dass sich das in einer üblen Stimmung an den weltweiten Aktienmärkten zeigt, kam es dort in dieser Woche zu einem eigentlichen Kursfeuerwerk. Der Swiss-Market-Index als wichtigster Börsenindex der Schweiz legte über die letzten fünf Tage um 7,3 Prozent zu.

Die führenden Börsenplätze Europas sind sogar mehr als einen Prozentpunkt stärker angestiegen. Selbst in den USA, dem Epizentrum der aktuellen Unsicherheiten, stieg der breite S&P-500-Index bis zum Donnerstag mit 7,35 Prozent gleich stark an wie der Schweizer Leitindex.

Der Nasdaq-Index, der von Technologieunternehmen wie Facebook, Apple, Amazon, Netflix und der Google-Mutter Alphabet

(kurz FAANG) dominiert wird, verzeichnet sogar einen Anstieg um rund 9 Prozent. Wie lässt sich diese Entwicklung erklären, und was bedeutet sie für die Zukunft? Die wichtigsten vier Punkte:

1 Keine starke US-Regierung

Vor den Wahlen hat man sich auch an den Börsen auf einen deutlichen Sieg der Partei der De-

mokraten mit einem Joe Biden als Präsidenten eingestellt. Zwar zeichnet sich nun tatsächlich eine Präsidentschaft Bidens ab, aber zu einer «blauen Welle», einem überragenden Sieg der Demokraten auch im US-Kongress, ist es nicht gekommen. Für die Börsen bedeutet das, dass eine Regierung Biden schwach sein wird und kaum in der Lage, mit ihren An-

liegen durchzudringen: einer Steuererhöhung für die Reichen und einer stärkeren Regulierung der mächtigsten Firmen vor allem im Technologiesektor. Der grösste Anteil der Aktien befindet sich im Besitz der reichsten Amerikaner, und die mögen eine solche Politik nicht. Jetzt müssen sie weniger befürchten, das verschafft den Aktien Attraktivität.

2 Die Macht der FAANG-Riesen

Die FAANG-Unternehmen haben schon im Vorfeld der Wahl die US-Börsen nach oben getrieben. Der Nasdaq-Index, den diese Firmen dominieren, ist im laufenden Krisenjahr um rund 33 Prozent angestiegen. Zum einen profitieren diese Firmen von der Krise, weil ihre Angebote noch attraktiver werden: Wenn physische Kontakte kaum mehr möglich sind, dreht sich erst recht alles ums Internet. Für die Börse noch wichtiger aber sind die Erwartungen für die Zukunft. Da niemand in Sicht ist, der

die Macht der dominierenden Unternehmen brechen kann, werden noch deutlich höhere Gewinne dieser Unternehmen erwartet.

3 Geldpolitik ohne Grenzen

Ein wichtiger Treiber der Börsen bleibt die Geldpolitik, die weltweit so expansiv ist wie noch nie. Gestern hat die US-Notenbank Fed zwar keine Änderung beschlossen, doch das hat wenig Bedeutung: Ihr Leitzins liegt schon jetzt bei rund null Prozent, und sie kauft monatlich für 120 Milliarden Dollar Staatsanleihen und verbrieft Hypothekenpapiere ohne absehbares Ende. Die Bilanz des Fed ist allein in diesem Jahr von 4,2 Billionen auf mehr als 7,1 Billionen Dollar gestiegen. Eine Erhöhung der Zinsen ist noch auf Jahre hinaus ausgeschlossen, und dies nicht nur in den USA.

4 Nur Erwartungen

Der über Erwartung starke Anstieg der Wirtschaftsaktivitäten nach

der Krisenstimmung im Frühling macht den Börsianern zudem Mut für die weitere Zukunft über den Winter hinaus. Ein Grossteil der Unternehmen in den USA haben überraschend hohe Gewinne erzielt. An den Börsen werden aber weder Entwicklungen der Vergangenheit noch jene der Zukunft gehandelt, sondern Erwartungen zum Kommenden. Diese gehen davon aus, dass auch nach einer zweiten Welle die Wirtschaft sich wieder rasch erholt und dass bald im nächsten Jahr ein Impfstoff verfügbar sein wird. Doch Erwartungen können rasch wieder ändern: Abhängig ist das vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie oder auch davon, ob die letzten Wochen einer Trump-Präsidentschaft und eine mögliche Machtübergabe hässlich werden und dauerhafte politische und wirtschaftliche Schäden zurückbleiben.

Markus Diem Meier

SMI seit Montag

in Franken



Grafik: ake / Quelle: FuW

Nasdaq Comp. seit Montag

in USD





Business Hotel der Ina Invest AG



Fortimo Invest AG realisiert ein Parkhaus

BaseLink – Kristallisationspunkt für Lifesciences, Biotech und ICT

Auf dem BaseLink-Areal beim Bachgraben wird für die Zukunft gebaut. Es entsteht ein Kristallisationspunkt, an dem für die Gesundheit geforscht, entwickelt und gelehrt wird. Das BSB hat diese Entwicklung, aus der 6000 Arbeitsplätze resultieren, auf seinen Landreserven angestossen.

Nach rund 15-jähriger Planung und Entwicklung zur Nutzung der Landreserven des BSB beim Bachgraben in Allschwil ist das BaseLink-Areal mittlerweile zu einer der grössten Baustellen der Region gewachsen. Die 14 Parzellen des BSB sind bis auf wenige Flächen im Baurecht übertragen worden. Die Landflächen werden verantwortungsvoll und nachhaltig für das BSB sowie für das Wohl der Gesellschaft eingesetzt: Für das BSB durch die Auswahl namhafter Investoren und Unternehmen; für die Gesellschaft, da auf BaseLink ein Life-Science-Ökosys-

tem entsteht, wo durch Forschung, Entwicklung, Ausbildung und Umsetzung bedeutende Beiträge für eine bessere Gesundheit der Menschen geleistet werden sollen.

Die Investoren lassen ihre Bauprojekte von renommierten Architekten entwerfen. Spannende Architektur verbunden mit grosszügigem Grünraum wird ein inspirierendes Umfeld für Forschung, Entwicklung, Ausbildung und Unternehmertum bilden. BaseLink passiert. Die Dynamik ist atemberaubend. Im Folgenden ein Who-is-who:

«Belo Horizonte» für das Swiss TPH – der Magnet des BaseLink

Der Eckbau von Allschwil herkommend gehört dem Swiss TPH (Swiss Tropical and Health Institute). Ende 2021 werden rund 600 Mitarbeitende und Studierende in den repräsentativen Neubau «Belo Horizonte» einziehen.

Innovation-Garage – der Kreativraum

Vis-à-vis des Swiss TPH entsteht im Erdgeschoss des Parkhauses der Senn IFA AG die Innovation-Garage. Inspiriert von der Innovationskraft von «Garage Companies» wurde sie als



«Frame» der Rudolf Geigy-Stiftung



«Belo Horizonte», Swiss TPH



GRID – Campus of Collaboration



GRID – Campus of Collaboration, Blick in den Innenhof

niederschwelliges Raumangebot konzipiert. Bespielt wird der Kreativraum von der Universität Basel und Switzerland Innovation Park Basel Area.

GRID – wo Innovation und Kollaboration gelebt werden

In der Nähe des Swiss TPH wird ein vier Baufelder überspannender Gebäudekomplex von Senn IFA AG aus der Feder von Herzog & de Meuron gebaut. Mit GRID (Grand Réseau d'Innovation et de Développement) entsteht ein Campus, auf dem sich Wissenschaft, Arbeit und Freizeit kreuzen und vernetzen. Die Universität Basel (Department of Biomedical Engineering), Switzerland Innovation Park Basel Area wie auch das Pharmaunternehmen Basilea haben die Mietverträge bereits unterschrieben.

«Frame» der Rudolf Geigy-Stiftung – der «Public Health» verschrieben

Zwischen Swiss TPH und GRID baut Senn IFA AG zusammen mit der Rudolf Geigy-Stiftung ein Zentrum für patientennahe Forschung und Behandlung. Im transparent und leicht wirkenden Bau «Frame» werden Labors, Büros und ein Dormitorium für Studierende, Dozierende und Gäste des Swiss TPH eingerichtet.

«ALBA-Haus» – die neue Form des Arbeitens

Auf der Stadtseite des BaseLink-Areals baut Herzog & de Meuron im Auftrag der JP Bachgraben AG das ALBA-Haus, das mit Co-Working-Desks, zumietbaren Büros und Services wie einer Kita eine neue Art des Arbeitens verspricht.

Weiter sind die Pläne für ein Business Hotel der Ina Invest AG fortgeschritten und das Parkhaus von Fortimo Invest AG wird im Dezember 2020 eröffnet. Wo zurzeit ein Bier im Baudschungel genossen werden kann – im Hortus –, wird ein Null-Energie-Gebäude entstehen, das auch seine graue Energie kompensieren wird.

Allen Protagonisten auf BaseLink, ob Investoren, Architekten oder Mietern, ist eines gemeinsam: Sie wollen Teil des aufstrebenden Lifesciences- und Technologie-Clusters mit internationaler Ausstrahlung sein.

www.baselink.com

*Ruth Nebiker,
BCP Business Consulting Partner AG*

Video- und Audiobeiträge



«Nordwestschweizer Wirtschaft trotz Handelsstreitereien robust»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 04.11.2019, 1:39 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1ab867dc-51d4-487f-bd48-4645dd52ba02/media=db1ccabe-3540-4d04-be7e-17349950b89b>



Gespräch mit Wirtschaftsdirektor Christoph Brutschin

(Telebasel-Talk, 13.03.2020, 9:56 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1ab867dc-51d4-487f-bd48-4645dd52ba02/media=5793ecf5-52bb-4fa1-b5e8-20ab27454b96>



«Unternehmer kämpfen wegen Corona um ihre Existenz»

(Telebasel-Report, 25.03.2020, 12:00 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1ab867dc-51d4-487f-bd48-4645dd52ba02/media=78e3b800-7c0a-45fd-9288-de873449a48a>



«Studie über Zustand der Basler KMU nach dem Corona-Lockdown»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 05.06.2020, 4:40 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1ab867dc-51d4-487f-bd48-4645dd52ba02/media=ae3795fd-8ffa-445a-b787-c57d8d728ab5>



«Basel-Stadt rechnet dieses Jahr mit noch mehr Überschuss trotz Corona-Krise»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 18.06.2020, 4:09 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1ab867dc-51d4-487f-bd48-4645dd52ba02/media=d69b0366-b958-482f-8f9e-f3b792d57ce7>



«Basler Pharma behält Spitzenposition, andere holen aber auf»

(Radio SRF, Regionaljournal BS/BL, 13.07.2020, 2:32 min)

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/dossier/1ab867dc-51d4-487f-bd48-4645dd52ba02/media=7b17b9cd-fcc9-46d4-9cd7-f15235a992eb>

Impressum

Basler Stadtbuch, Dossier 2020:
Die Wirtschaft besser ausbalancieren

Redaktion: Christoph Merian Stiftung, Abteilung Kultur
Redaktionsschluss: Oktober 2020
Lektorat und Korrektorat: Dr. Rosmarie Anzenberger
© 2020 Leitartikel (S. 2–5): Felix Erbacher
www.baslerstadtbuch.ch

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein kostenloser Service public der Christoph Merian Stiftung.
www.cms-basel.ch
www.baslerstadtbuch.ch